
H 8040 F
ISSN 1619-1404
24. Jahrgang
Nummer 145
November | Dezember 2013
3,00 Euro
der rechte rand
magazin von und für antifaschistInnen
Wir sind Bürger keine Nazis
Schneeberg wehrt sich!
AUFMARSCH DER MITTE

Unser Titelbild vom Medienservice Erzgebirge zeigt Teilnehmer der ersten Kundgebung in Schneeberg gegen Flüchtlinge. Bürger und Nazis unter dem in der Geschichte oft benutzten Spruch »...wehrt sich!«

editorial & inhalt

Liebe Leserinnen und liebe Leser!

Schafft sie es – oder schafft sie es nicht? Am Abend des 22. September war die Spannung groß, ob die rechtspopulistische »Alternative für Deutschland« (AfD) in den Bundestag einzieht. Fast kometenhaft steuerte die Partei innerhalb weniger Monate auf der Zielgeraden Richtung 5-Prozent-Hürde. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat eine Partei so kurz nach ihrer Gründung bei einer Bundestagswahl so viele Stimmen auf sich vereinen können – und scheiterte am Wahltag tatsächlich nur knapp.

Während Parteien wie die NPD, »Pro Deutschland« oder »Die Rechte«, im Bundesdurchschnitt erwartungsgemäß schlecht abschnitten, war und ist die Entwicklung der AfD nur schwer einzuschätzen. 2014 stehen neben der Europawahl im Mai auch drei Landtagswahlen an. Wird sich die AfD etablieren können und in die Parlamente einziehen? Und in welche Richtung wird sie sich entwickeln? Die Aufnahme ehemaliger Mitglieder der aufgelösten antimuslimischen Partei »Die Freiheit« verfestigt den Trend zu einer neuen rechtspopulistischen Partei.

Auch in Norwegen und Österreich gab es in den letzten Wochen Parlamentswahlen. In beiden Ländern ist ein Rechtsruck zu verzeichnen. In Norwegen ist zum ersten Mal die rechtspopulistische »Fremskrittspartiet« (»Fortschrittspartei«) an der Regierung beteiligt. Dieses Ziel hat die »Freiheitliche Partei Österreichs« zwar verfehlt, sie konnte aber immerhin drittstärkste Kraft werden. Anlass genug, mit Sorge in das Nachbarland zu blicken. In Griechenland scheint die Regierung nach dem Neonazi-Mord an dem antifaschistischen Musiker Pavlos Fyssas hart gegen die Nazi-Partei »Chrysi Avgi« (»Goldene Morgenröte«) vorzugehen.

In Ost- wie in Westdeutschland sorgen sich derweil BürgerInnen darum, dass in ihrer Nachbarschaft syrische, rumänische, bulgarische oder tschetschenische Familien wohnen könnten. In einer beispiellosen Symbiose von Neonazis und AnwohnerInnen geschieht, wovon NPD & Co schon immer träumten: Eine rassistische Mobilisierung gegen »Fremde«. Erinnerungen an die Pogrome der frühen 1990er Jahre werden wach, doch vereinfachte Parallelen können das heutige Phänomen nicht erklären. Wir werfen den Blick auf die Dynamik dieser Prozesse und fragen nach Strategien und Argumentationsmustern der sogenannten »Bürgerinitiativen«.

Am 4. November jährte sich zum zweiten Mal die zufällige Enttarnung des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU). Seit Mai dieses Jahres läuft nun in München der Prozess gegen Beate Zschäpe und vier mutmaßliche Helfer. Der Medienandrang hat spürbar nachgelassen, es liegt nun an engagierten JournalistInnen und antifaschistischen Initiativen, den Verlauf des Prozesses zu dokumentieren und zu kommentieren.

Wir freuen uns sehr, dass die auch von uns unterstützte unabhängige Initiative zur Beobachtung und Dokumentation des Prozesses »NSU Watch« (www.nsu-watch.info) den »Medienprojektpreis 2013« der »Otto Brenner Stiftung« gewonnen hat! Das Projekt ist nach Auffassung der Jury »eine informative Website von radikaler Transparenz und ohne die im klassischen Journalismus unvermeidlichen Verkürzungen«.

Richtigstellung:

Die RNF-Aktivistin heißt Maria Fank, nicht Frank (s. drr Nr. 144, Seite 3).

Seite 3

Flüchtlingspolitik in Europa 03
Flüchtlinge und Nazis 04
Nach der Bundestagswahl I: AfD 06
Nach der Bundestagswahl II: AfD Ostdeutschland 08
Nach der Landtagswahl: AfD Hessen 09
Antiziganismus bei Nazis 10
Nazistrukturen in Nordhessen 12
Prozess »Freundeskreis Rade« 13

2 Jahre NSU

Überblick 14
Untersuchungsausschuss Bayern 16
Untersuchungsausschuss Bund 17
Interview: Türkische Gemeinde Hamburg 18
Anwälte und Angehörige zum Prozess 19
Veränderungen beim VS? 20
NSU-Chronik IX 21

Braunzone

»Zwischentag 2013« 22
»COMPACT«-Kongress 24
Ausbau beim »KOPP«-Verlag 25

kurz und bündig I

26

International

20. Todestag Ian Stuart Donaldson 27
Griechenland: Interview mit MC Yinka 28
Griechenland: »Goldene Morgenröte« 29
Österreich: Nationalratswahl 30
Norwegen: Parlamentswahl 32

kurz und bündig II

33

Rezensionen

34

»Bürger« in Sorge

In den vergangenen Monaten sind in verschiedenen Städten und Gemeinden in Ost und West die Proteste gegen Flüchtlingsheime angestiegen. NachbarInnen der Unterkünfte standen zusammen mit Neonazis – und hatten gegen deren Anwesenheit keine Einwände.

von Andreas Speit



^ *BürgerInnen und Nazis in Schneeberg vereint*

Ein Mann mit einer Kollektivbotschaft: »Wir sind Bürger, keine Nazis. Schneeberg wehrt sich!« Schon vor der Kundgebung am 2. November in der sächsischen Stadt hatte er das Schild gegen ein Heim für Flüchtlinge hoch gehalten. An jenem Samstag könnte sich AnwohnerInnen bei der von der NPD ausgerichteten Kundgebung wieder guten Gewissens einreihen. Denn die über 1.800 »Bürger«, erklären, nicht aus rassistischen Motiven auf die Straße zu gehen, sondern wegen der »steigenden Kriminalität« durch den Zuzug von Flüchtlingen. Ein feiner Unterschied, der vielleicht ermöglichte, dass in der kleinen Stadt einer der größten Aufmärsche gegen Asylsuchende stattfinden konnte. Die Kultur der Ablehnung und Abweisung hat die Bundesregierung seit Monaten selbst befeuert. Schon vor der Bundestagswahl warnte Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) nicht vor den Protesten gegen Asylsuchende, sondern vor den steigenden Anträgen auf Asyl. Wenige Wochen später war allerdings auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) von dem Ertrinken von 400 Menschen aus den afrikanischen Krisengebieten vor der italienischen Küste betroffen. Nach einer »menschlichen Katastrophe dieses Ausmaßes«, ließ Regierungssprecher Steffen Seifert wissen, sei es selbstverständlich, die bisherigen Regeln zu hinterfragen und über Verbesserungen nachzudenken. Die EU, erklärte Merkel, müsse sich »mehr mit den kurzfristigen Maßnahmen« beschäftigen, »die vor Lampedusa wirklich hilfreich sein können«, weswegen es wichtig sei, »die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern beim Flüchtlingsschutz« zu stärken. Und sie versicherte, in den Gesprächen hätte »die Stärkung der Grenzschutzagentur Frontex eine große Rolle gespielt und natürlich die Versuche bei der Bekämpfung der Schleuserkriminalität«. Im Dezember soll dann auch das Grenzüberwachungssystem »Eurosur« starten, um die Kommunikation zwischen den EU-Staaten zu verbessern und illegale Einwanderung zu erkennen und zu vermeiden. Debatten und Konzepte, die schon bei den laufenden Protesten als Legitimationen virulent waren.

Erste Brandanschläge wurden verübt. 2013 ist aber nicht 1992/1993: Der Protest hat sich professionalisiert. Die AkteurInnen können auf fast zwanzig Jahre »Hetzkultur« zurückgreifen. Über Facebook mobilisiert die Initiative »Schneeberg wehrt sich« so auch den anhaltenden Protest. Im virtuellen Raum lassen die »Macher« offen, wer sie sind. Auf der Straße verantwortete an dem Samstag jedoch Stefan Hartung von der NPD aus dem Erzgebirge die Aktion. Das hat aber eben auch nicht mehr gestört: Die Parteikader riefen die Parolen »Wir sind das Volk« und forderten einen »Bürgerentscheid«. Die AnwohnerInnen stimmten ein. Luftballons der Partei wurden den Kindern gereicht. Auch das gefiel. Die Fackeln ebenso. Ganz in der Tradition der Bergstadt, die für ihr »Lichtelfest« während der Adventszeit bekannt ist, haben die Veranstalter die Aufmärsche als »Lichtelläufe« angemeldet. Bereits am 19. Oktober waren mehr als 1.000 BürgerInnen bei einem von NPD-Kreisen angemeldeten Fackelmarsch gegen das neues AsylbewerberInnenheim im Stadtteil Wolfgangmaßen mit aufmarschiert. 2013 ist aber auch nicht 1992/1993 weil der Protest und die Solidarität für die Flüchtlinge sichtbar und konkret sind.

In Schneeberg waren am 2. November an die 500 DemonstrantInnen unter dem Motto »Refugees welcome – Gegen den rassistischen Mob in Schneeberg und Überall« auf der Straße präsent. Rund 200 Meter von der Aktion gegen die Flüchtlinge richteten Grüne, Die Linke und Antifa-Gruppen eine Kundgebung aus. Zu deren Unterstützung hatten die Glocken aller Schneeberger Kirchen geläutet. Volkmar Zschocke, Landesvorsitzender der Grünen, warf der NPD vor, »auf dem Rücken Hilfesuchender Fremdenhass zu schüren«. Im Alltag helfen NachbarInnen und Initiativen den Flüchtlingen, mit ihrer neuen Lebenssituation zurecht zu kommen. Am gleichen Tag war ein klares Statement gegen die bestehende Flüchtlingspolitik hunderte Kilometer entfernt zu vernehmen.

In Hamburg forderten an die 15.000 DemonstrantInnen ein Umdenken. Seit Monaten helfen Einzelpersonen, Gruppen, Vereine und Initiativen rund 300 Flüchtlingen, die auf der italienischen Insel Lampedusa ankamen und sich mittlerweile in Hamburg befinden, nicht abgeschoben zu werden. In der St. Pauli Kirche haben 80 Betroffene Kirchenasyl finden können. Gezielte Kontrollen von »Schwarzen« durch die Polizei wurden im Viertel gestört. »Bleiberecht für alle« und »Refugees welcome« hängt an Häuserwänden. Mit der Demonstration »Krieg, Flucht, Entrechtung – genug ist genug! We are here – Bleiberecht Paragraf 23« wurde aber nicht allein die Bundespolitik von CDU/CSU kritisiert, sondern auch die Politik der SPD im Senat der Hansestadt. An der Elbe bleibt sich die allein regierende Sozialdemokratie treu. Ein alter Spitzname des Bürgermeisters Olaf Scholz kursiert wegen der »harten Linie« erneut: »Brechmittel Olaf«. Vor zwölf Jahren verantwortete Scholz als Innensenator den Brechmitteleinsatz bei dem Verdacht auf den Handel mit Drogen. Am 8. Dezember 2001 wurde Achidi John gewaltsam das Brechmittel eingeflößt, der 19-Jährige starb an den Folgen.

In den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene von CDU/CSU und SPD zur Regierungsbildung scheint keine Kontroverse in Fragen der Asyl- und Flüchtlingspolitik zu bestehen. Vielleicht ist öffentlich keine Diskussion wahrnehmbar, weil kein Dissens vorhanden ist.

Rassismus in drei Akten

An vielen Orten der Republik finden rassistische Mobilisierungen gegen Flüchtlingsunterkünfte statt. Neonazis versuchen regelmäßig zu intervenieren, dies gelingt ihnen jedoch nur bedingt.

von Jan Nowak

Egal ob schmucke Marktgemeinde am Rande des Bayerischen Waldes, Kleinstadt im Vogtland, Ruhrgebietsmetropole oder Plattenbausiedlung in Berlin: Überall in Deutschland kam es im letzten Jahr verstärkt zu rassistischen Mobilisierungen gegen geplante oder neu errichtete Flüchtlingsunterkünfte. Angesichts steigender Flüchtlingszahlen im Gleichklang mit den Auswirkungen der globalen Krise ist nicht zu erwarten, dass diese Serie so schnell abreißt. Aus diesem Anlass soll im Folgenden ein Blick auf den dramaturgischen Ablauf solch rassistischer Mobilisierungen geworfen werden. Besonders im Fokus: Wie sehen neonazistische Interventionsversuche aus?

Erster Akt: Fremde sollen kommen

Am Anfang ist das Gerücht. Durch Mundpropaganda, in sozialen Netzwerken oder in der Lokalzeitung wird bekannt gemacht, dass möglicherweise eine Unterkunft für Flüchtlinge im Ort oder Stadtteil geschaffen werden soll. LokalpolitikerInnen werden von aufgebrachten BürgerInnen aufgefordert, sofort und umfänglich zu informieren. Noch ohne genau Bescheid zu wissen ob, wo und wie viele Flüchtlinge untergebracht werden sollen, beginnt das Jonglieren mit Argumenten. Willkommen ist hierbei jede Aussage, die darauf hinausläuft, dass gerade hier ein schlechter Ort für eine Unterkunft ist. Schließlich ist das Dorf für die erwartete Zahl an AsylbewerberInnen viel zu klein, der potentielle Ort für die Unterkunft mitten im Ortskern oder nahe an der Schule völlig unpassend, der Wertverlust der Eigenheime zudem absehbar. Außerdem wird der benachbarte Ort oder Bezirk immer bevorzugt, eigentlich ist der mal an der Reihe.
Bereits in dieser Phase wird offenbar, dass reichlich abrufbares rassistisches Wissen vorhanden ist. Die Bilder sind hierbei überall verblüffend ähnlich: Kommt die Unterkunft, wird die Nachbarschaft in Kriminalität versinken. Bevorzugt Spielplätze und Schulhöfe werden zu Umschlagplätzen für Drogen aller Art werden. Kinder können nicht mehr alleine von der Schule heim, da sie sonst ausgeraubt werden. Seine Gartenstühle muss man abends ins Haus tragen, sonst sind sie weg. Frauen und Mädchen, besonders mit blonden Haaren, können nach Anbruch der Dunkelheit nicht mehr vor die Tür, denn sexuelle Übergriffe sind vorprogrammiert. Außerdem ist klar, dass die Kultur der AsylbewerberInnen eine Reihe Probleme verursacht. Diese verrichten ihre Notdurft bevorzugt auf Gehsteigen und Grünflächen, sind unaufhörlich laut und gerade für die unmittelbare Nachbarschaft ist die Geruchsbelästigung wegen der fremdländischen Küche völlig unzumutbar. Kurz: Die haben einfach ganz andere Sitten.
Ob sich in dieser Situation eine BürgerInneninitiative gegen die Unterbringung von AsylbewerberInnen bildet, scheint stark von der politischen Kultur vor Ort abhängig zu sein. Besteht Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit demokratischer Parteien, ist dies unwahrscheinlicher. Es ist also kaum verwunderlich, dass BürgerInneninitiativen eher dort gegründet werden, wo bereits soziale und ökonomische Probleme bestehen und dieses Vertrauen damit weniger ausgeprägt ist. Das Sammeln von Unterschriften gegen die Unterbringung von AsylbewerberInnen ist hingegen unterschiedslos beliebt. Hierin scheint das Bedürfnis zum Ausdruck zu kommen, sich der Mehrheitsverhältnisse zu vergewissern, Druck auf etwaige AbweichlerInnen auszuüben und sich mit einem formal demokratischen Mittel für die weitere Auseinandersetzung zu wappnen.
Je nach lokaler Verankerung treten bereits jetzt Neonazis in Erscheinung. Option eins: Sind sie fix, verteilen sie ein an die lokale Situation angepasstes Flugblatt, notfalls auch ein vorhandenes Themenflugblatt zu »Asylschwemme« und »Ausländerkriminalität«. Hierdurch versuchen sie die vorhandenen rassistischen Ressentiments zu bekräftigen und lokale PolitikerInnen als unfähig und »volksfeindlich« zu markieren. Einzig sie selbst würden sich konsequent für die Interessen deutscher AnwohnerInnen und gegen Asyl einsetzen. Option zwei: Sie treten nicht als organisierte Neonazis in Erscheinung, da sie hierdurch Nachteile für den weiteren Verlauf der Auseinandersetzung befürchten. Dies scheint einerseits der Fall zu sein, wenn Neonazis über konkrete Handlungsstrategien verfügen. Andererseits ist das mancherorts auch lediglich Ausdruck weitgehender gesellschaftlicher Isolierung. Auch wenn sie zu diesem Zeitpunkt nicht öffentlich auftreten, entfalten sie bisweilen vielfältige Aktivitäten. Gerade anonyme Äußerungen in Kommentarspalten von Zeitungen oder Social Networks sind beliebt. Auch scheinen aktuell nahezu alle Facebook-Gruppen gegen AsylbewerberInnenunterkünfte durch Neonazis initiiert oder dominiert.

Zweiter Akt: Die kommunale Informationsveranstaltung

Unabhängig davon, ob eine BürgerInneninitiative zur Teilnahme aufruft, erfreuen sich kommunale Informationsveranstaltungen größter Beliebtheit. Auch Menschen, die sich ansonsten nicht sonderlich um demokratische Partizipation und Kommunalgeschehen scheren, laufen hier zu Höchstform auf. Gebetsmühlenartig wird allerorten beklagt, dass man viel zu spät informiert worden ist. Man fordert Transparenz. Außerdem: Es ist völlig undemokratisch, wenn man nicht gefragt wird, ob man einer AsylbewerberInnenunterkunft in seiner Nachbarschaft zustimmt. Das demokratische Verständnis vieler BesucherInnen beschränkt sich auf die Haltung: »Wir sind die Mehrheit und dagegen, deshalb darf keine Unterkunft geschaffen werden.« In ihrem Gefühl, seitens der Politik ungerecht behandelt zu werden und dem Ziel, die Unterbringung von AsylbewerberInnen zu verhindern, sind sich die meisten BesucherInnen einig. Hinsichtlich des Auftretens gibt es freilich Unterschiede. Ein Teil der Anwesenden beherrscht den verlogen-zeitgemäßen Jargon im Reden über Flüchtlinge; betont, wirklich nichts gegen AsylbewerberInnen zu haben und greift aus den im ersten Akt gefallenen Argumenten eher auf jene der kulturellen Differenz zurück. Aber irgendwann ist mal gut, bei drohendem Wertverlust des Eigenheims ist Schluss mit lustig. Die Differenz zu einem anderen Teil der Anwesenden, den offen rassistisch argumentierenden HetzerInnen, die »Asylanten« erst gar nicht ins Land lassen wollen, relativiert sich.
Beiden Gruppen ist gemein, dass sie gegenüber empirischen Argumenten in der Regel dichtmachen. KommunalpolitikerInnen und BehördenvertreterInnen versuchen es dennoch regelmäßig, legen Kriminalstatistiken vor, die nachweisen sollen, dass die Ängste der Leute unbegründet sind. Denn, so wird laufend betont, die Befürchtungen werden ernst genommen. Hierbei dürfen sich institutionelle AkteurInnen regelmäßig niederbrüllen lassen. Noch schlimmer ergeht es Personen, die für mehr Ver-



^ *Oktober 2013 – BürgerInnen und Nazis in Berlin vereint*

ständnis gegenüber Flüchtlingen plädieren. Wenn sie »die Ausländer« so lieben, so ist häufig zu hören, sollen sie sie doch in ihre Häuser einziehen lassen. Man selbst weiß aus anderen Ortschaften und Bezirken genau, dass sich dort alle Befürchtungen bewahrheitet haben. Während sich die Stimmung zuspitzt und die Verrohung immer sichtbarerer wird, kommt vielerorts die finale Frage: »Ist es überhaupt noch zu verhindern, dass die Ausländer kommen?« Wird diese Frage verneint, zieht regelmäßig ein Teil der BesucherInnen ab. Um etwas anderes als die Verhinderung der Unterkunft ging es ihnen nie.

Oft verbleiben nun noch drei Gruppen. Der Kreis derjenigen, der schon von Anfang an nichts gegen die Unterbringung von AsylbewerberInnen hatte und die RassistInnen ausbremsen wollte. Dann diejenigen, die tatsächlich durch die Argumente der institutionellen AkteurInnen überzeugt wurden und bereit sind, sich mit der Situation zu arrangieren. Als letztes noch jene, die hoffen, dass sich einzelne Aspekte in ihrem Interesse beeinflussen lassen. Ihnen geht es häufig um Probleme, die tatsächlich auftreten, wenn man viel zu viele Menschen ohne Beschäftigung und Perspektive in völlig ungeeigneten Unterkünften unterbringt. In dieser Gruppen finden sich regelmäßig auffällig viele Menschen mit migrantischem Hintergrund.

Neonazis ergreifen bei solchen Infoveranstaltungen zumeist Wort, nachdem bereits mehrere rassistische Redebeiträge erfolgt sind. Sie beziehen sich auf VorrednerInnen, ordnen das lokale Geschehen in einen größeren politischen Zusammenhang ein und bieten sich als BündnispartnerInnen für die weitere Auseinandersetzung an. Die Reaktionen hierauf sind höchst unterschiedlich: Da der Sagbarkeitsrahmen durch vorangegangene unwidersprochene rassistische Aussagen bereits ziemlich geweitet wurde, kommt es seitens der institutionellen AkteurInnen häufig erst beim Werben für die NPD zum Einspruch. Ist dies der Fall, wird das von Neonazis bisweilen mit einigem Erfolg als undemokratische Ausgrenzung aufgrund der Parteizugehörigkeit angeprangert. Haben Politik und Verwaltung die Situation erstmal soweit kommen lassen, wird die Ausgrenzung von Neonazis erschwert.

Dritter Akt: Rechtliche Schritte oder Schreiten mit Rechten

Was passiert nach den Informationsveranstaltungen? Glücklicherweise oft überraschend wenig, jedoch lassen sich auch hier entsprechend der politischen Kultur vor Ort verschiedene Tendenzen ausmachen. Besteht vor Ort Vertrauen in staatliche Institutionen und sind die finanziellen Möglichkeiten vorhanden, wird häufig auf rechtliche Mittel gesetzt. Widersprüche und Klagen gegen die Unterkunft oder einzelne Aspekte werden eingereicht. Ist das Vertrauen in staatliche Institutionen aufgrund vorhandener Deprivationserfahrungen weniger ausgeprägt, ist die Wahrscheinlichkeit für Aktionsformen wie Aufläufe und Kundgebungen vor den Unterkünften höher. Auch das Abgrenzungsbedürfnis gegenüber Neonazis scheint dann geringer. Da Medien und Politik an den meisten Orten nicht kampagnenhaft gegen die Unterkünfte wettern, beschränken sich die Aktivitäten jedoch in der Regel auf einen kleinen Kreis. Eine rassistische Eventkultur, vergleichbar mit jener bei antiziganistischen Aufmärschen in Tschechien, hat sich noch nicht entwickelt.

Offen neonazistische Interventionen wie Demonstrationen scheinen bisher keinen größeren Erfolg zu bringen, AnwohnerInnen wollen keinen Ärger mit »Extremisten«, sondern ihre Ruhe. Vielmehr vermögen Neonazis partiell dort punkten zu können, wo sie, ohne großes Aufsehen zu erregen, ihr Know-how zur Verfügung stellen und sich als zuverlässige BündnispartnerInnen erweisen. Für eine Wahlpartei mag dies nur bedingt interessant sein, im Sinne einer lokalen Verankerung ist der Effekt jedoch nicht zu unterschätzen. Deshalb gilt es neonazistische Interventionsversuche öffentlich zu machen und zu vereiteln.

Daneben bleibt eigentlich alles wie gehabt: Flüchtlingskämpfe unterstützen, Wohnungen statt Lager fordern, europäische Flüchtlingspolitik kritisieren, Fluchtursachen bekämpfen und Rassismus beim Namen nennen. Angesichts der Tatsache, dass Flüchtlinge anders als die meisten ihrer UnterstützerInnen dazu gezwungen sind, in den eingangs genannten Orten zu leben, sollte dies tunlichst geschehen, ohne ansprechbare AnwohnerInnen pauschal zu diffamieren.



Aufstieg des Rechtspopulismus

Die »Alternative für Deutschland« und das Ergebnis der Bundestagswahl 2013

von Gerd Wiegel

Mit 4,7 Prozent bei den Bundestagswahlen ist der »Alternative für Deutschland« (AfD) ein Erfolg gelungen. Der Zuspruch für die Partei ging weniger auf Kosten der Union aus CDU und CSU als vielmehr auf Kosten von FDP und DIE LINKE. Dennoch ist die AfD eindeutig eine Formation der politischen Rechten, die mit dem schillernden Begriff des Rechtspopulismus bezeichnet werden kann. Sie ist in ihrer gegenwärtigen Ausprägung weder neofaschistisch noch finden sich bisher Formen der NS-Verherrlichung oder eines völkischen Nationalismus oder völkischen Rassismus.

Thematisch bislang völlig auf die Kritik an der EU-Rettungspolitik, die damit verbundenen Kosten und die Ablehnung des Euro fixiert, bringt die mittlerweile 16.000 Mitglieder starke AfD eine Kritik an der EU-Politik zum Ausdruck, wie man sie in vielen europäischen Ländern findet. Der ideologische Hintergrund ist national-chauvinistisch und neoliberal grundiert. Weniger deutlich ausgeprägt ist bis jetzt eine islamfeindliche, ethnopluralistische und auf eine Ethnisierung der sozialen Frage angelegte Ausrichtung.

Ergebnisse

Mit 4,7 Prozent (2.052.372 Stimmen) hat die AfD den Einzug in den Bundestag knapp verpasst. Beim Blick in die Länder zeigt sich, dass sie im Osten etwas besser abgeschnitten hat als im Westen. In Sachsen konnte sie mit 6,8 Prozent ihr bestes Landesergebnis erzielen, gefolgt von Thüringen (6,2 Prozent) und Brandenburg (6 Prozent). Starke und über dem Bundesdurchschnitt liegende Ergebnisse gab es aber auch in den strukturstarken Ländern Hessen (5,6 Prozent) und Baden-Württemberg (5,2 %). Hier deutet sich die Heterogenität der WählerInnen der AfD an.

Von der FDP wechselten 430.000 WählerInnen zur AfD, von der Linkspartei 340.000. Es folgt die Union mit 290.000 Stimmen, von NichtwählerInnen konnte die AfD 210.000 Stimmen auf sich vereinen. Auch SPD (180.000) und Grüne (90.000) verloren Stimmen an die neue Partei. Die Interessenlage und Erwartungen der WählerInnen dürften sehr unterschiedlich sein. Das zeigt sich auch in der Zusammensetzung der AfD-WählerInnen: Mit 6 Prozent stellen ArbeiterInnen die größte Gruppe, gefolgt von Selbständigen, Angestellten und BeamtInnen mit je 5 Prozent. Unterdurchschnittlich vertreten sind RentnerInnen (4%) und Arbeitslose (3%). Die Erwartungen an die Europapolitik der AfD – und nur mit diesem Punkt war sie im Wahlkampf wahrnehmbar – speisen sich aus einer neoliberal grundierten ordnungspolitischen Vorstellung und einem chauvinistisch aufgeladenen Abwehrnationalismus: »Kein deutsches Geld für faule Griechen.«

Führung und Programm

Mit Bernd Lucke hat die Partei einen Vorsitzenden, der keine charismatische Gestalt im Sinne eines Jörg Haider, Jean Marie Le Pen oder Umberto Bossi ist. Lucke ist Professor für Volkswirtschaft an der Universität Hamburg und Vertreter einer harten neoliberalen Ordnungspolitik. Schon 2005 war er Mitinitiator des »Hamburger Appells«, in dem von WirtschaftwissenschaftlerInnen eine strengere Fiskalpolitik gefordert wurde. 2012 sammelte Lucke neoliberale ÖkonomInnen für einen Appell an Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zur Änderung ihrer Eurorettungspolitik im Sinne marktradikaler Ideologie.

Neben Lucke spielen unter anderem Konrad Adam und Alexander Gauland wichtige Rollen bei der AfD. Adam, früher Redakteur der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ) und der Zeitung »Die Welt«, ist ein ausgewiesener Konservativer. Sein antidemokratischer Vorschlag zur Einschränkung des Wahlrechts für »Inaktive und Versorgungsempfänger« machte Schlagzeilen und steht für den elitären Politikansatz der AfD.

Gauland gehörte zum konservativen Flügel der CDU/CSU, war Büroleiter des Frankfurter Oberbürgermeisters Walter Wallmann (CDU) und Geschäftsführer der »Märkischen Allgemeinen Zeitung«. Insgesamt entstammt die Führungsriege der AfD dem gehobenen Bürgertum, dessen Interessen sich in der Partei spiegeln. Wie bei allen Parteiprojekten rechts von der Union ist auch die AfD Anziehungspunkt für Gestalten der konservativen und extremen Rechten. Der Umgang mit diesem Personenkreis wird für den weiteren Weg entscheidend sein. Schon heute finden sich in ihren Reihen Personen mit einer deutlich rechten Geschichte. Mitglieder des ehemaligen »Bunds freier Bürger« oder Vertreter der Rechtspartei »Die Freiheit« haben sich auf den Weg zur AfD gemacht. Auch für frühere Mitglieder von DVU und »Die Republikaner« dürfte die AfD attraktiv sein. Wenn sie sich weiter in diese Richtung öffnet, werden auch deutlich rassistischere und islamfeindlichere Töne zu hören sein, die sich aber heute schon in der Partei finden lassen.

Programmatisch ist die AfD auf die Euro-Krise fixiert und tritt für eine Auflösung des Euro in seiner jetzigen Form ein. An dessen Stelle soll wahlweise die D-Mark oder ein kleinerer und von Deutschland noch stärker dominierter Währungsverbund treten. Der »Schutz der Steuerzahler« steht in der Propaganda der AfD ganz vorn, womit sie die Interessen des Mittelstands und die Ängste der KleinsparerInnen bedient. Keine Bankenrettung mit Steuergeldern, diese Forderung kommt an. Die Verantwortung für die Euro-Krise wird von der AfD nicht in der neoliberalen Finanzpolitik und der völligen Entfesselung der Märkte gesehen, stattdessen wird auf die verfehlte und verschwenderische Politik der Südländer verwiesen, denen gegenüber es einer härteren deutschen Gangart bedürfe. Ein »Europa der Nationen« ist die Vorstellung der AfD, worunter jedoch kein völkischer Nationalismus im Sinne der extremen Rechten verstanden wird. Rückführung der Entscheidungskompetenz auf die nationalen Parlamente und Abgrenzung gegenüber der Brüsseler Bürokratie sind hier die Positionen. Im Gegensatz zur völkischen Rechten tritt die Partei für eine geregelte Zuwanderung »qualifizierter und integrationswilliger« Fachkräfte ein, will jedoch eine »Einwanderung in unsere Sozialsysteme« verhindern und bewegt sich damit im Rahmen der Unionspolitik. Die von der AfD vertretene Forderung, dass AsylbewerberInnen in Deutschland arbeiten dürfen, wäre für die NPD unvorstellbar.

Insgesamt ist die programmatische Festlegung dünn und vom Bemühen gekennzeichnet, in viele politische Richtungen offen zu sein. Die offensive Unterstützung durch FamilienunternehmerInnen zeigt die ideologische und finanzielle Basis der Partei, die nicht unerheblich von der Spendenbereitschaft ihrer begüterten AnhängerInnen profitiert. In der konservativen Presse fand die AfD im Wahlkampf wohlwollende Aufmerksamkeit. Und auch von Seiten verbliebener Konservativer in der Union könnten die RechtspopulistInnen künftig Unterstützung bekommen.

Populismus

Der Aufstieg des Rechtspopulismus in Europa seit den 1990er Jahren war durch die Verschmelzung neoliberaler Ideologie mit Politikelementen der extremen Rechten gekennzeichnet. Im Gefolge der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) haben Rechtsparteien in Europa Erfolge gefeiert und es bis in die Regierungsverantwortung gebracht. Mit dem Begriff »Rechtspopulismus« werden unterschiedliche Parteien wie die FPÖ, die »Dänische Volkspartei«, die »Lega Nord«, der »Front National« oder die »Partei für die Freiheit« von Geert Wilders gefasst. Die Schnittmenge der AfD zu diesen Parteien besteht im chauvinistischen Abwehrnationalismus, in der Haltung zur EU und im politischen Stil.

Populismus beinhaltet den Bezug auf die Masse der Bevölkerung. Ihre Wünsche, Sehnsüchte und Bedürfnisse sollen zum Ausdruck gebracht werden. Populistische Argumentationen unterliegen einer Freund-Feind-Gegenüberstellung, die es erlaubt, die verschiedenen politischen Problemfelder einer klaren Einteilung in Gut und Böse zu unterstellen. Weiter ist der Populismus gekennzeichnet durch eine klare Gegenüberstellung von »wir hier unten«, die Beherrschten, und »die da oben«, die Herrschenden. Diese Gegenüberstellung erlaubt die Selbsteinschätzung als ausschließliches Objekt von Politik. Die populistische Partei oder Bewegung vertritt so die Interessen der kleinen Leute gegen »die da oben«. Eine spezifische Mischung aus personalisierten und kollektivistischen Argumentationen ist ein weiteres Kennzeichen des Populismus. Charismatische Persönlichkeiten und kollektive Identitäten (Nation, Volk, »Rasse«) ergänzen sich. Schließlich greift diese Art Agitation Ängste und irrationale Vorstellungen auf und ist selbst weitgehend anti-intellektualistisch.

Für den Rechtspopulismus sind diese Stilelemente politischer Agitation vielfältig nutzbar. Die Freund-Feind-Gegenüberstellung lässt sich für unterschiedliche Argumentationen nutzen. Im traditionellen »Rechtsextremismus« findet sich hier die Ein- und Ausschließung von Bevölkerungsgruppen entlang völkischer Kriterien. Die homogene völkisch-ethnisch definierte Nation wird von den nicht Dazugehörigen, den AusländerInnen, Fremden oder Anderen unterschieden. Diese traditionelle völkische Argumentation kann durch eine stärker den neoliberalen Leistungsgedanken betonende Argumentation ergänzt werden: Hier sind es dann vor allem die »Schmarotzer«, »Leistungsunwilligen« und AußenseiterInnen der Gesellschaft, die als nicht dazugehörig identifiziert werden. Beide Argumentationen finden sich bei allen Parteien des Rechtspopulismus, der vor allem an die weit verbreitete Politikverdrossenheit und das Misstrauen gegen die politische Klasse anknüpft. Der erfolgreiche Rechtspopulismus ist dabei durch seine Frontstellung gegen das etablierte politische Parteiensystem gekennzeichnet. Die Rede von den korrupten und reformunfähigen »Altparteien« und vom verknöcherten System soll den eigenen Standpunkt außerhalb dieses Systems bezeichnen. Die Attraktivität des Rechtspopulismus ergibt sich nicht allein durch die Inhalte, die in ähnlicher Form auch von den Etablierten angeboten werden, sondern durch den Ausschluss vom alten System der Volksparteien, das immer weniger Bindungskraft besitzt. Nur so kann sich der Rechtspopulismus zum Sprachrohr von »denen da unten« machen.

Fazit

Der AfD ist es gelungen, enttäuschte WählerInnen zu gewinnen. Die damit verbundene Erwartungshaltung dürfte in der von der AfD verkörperten Schutzfunktion vor den finanziellen Zumutungen der Eurokrise und generell der Angst vor einem immer anonymer und undurchschaubar agierenden Kapitalismus liegen, für den die EU und Brüssel die Projektionsfläche abgeben. Dass die Politik der EU maßgeblich von Deutschland dominiert wird, dass es deutsche Kapitalfraktionen sind, die für die Krise in Europa ein großes Maß an Verantwortung tragen – all das bleibt hinter der Schuldzuweisung an EU und Brüssel verborgen.

Diese Partei ist keine Nazipartei und sollte auch nicht so bezeichnet werden. Langfristiger Effekt solcher Etikettierungen ist die Schleifung des Tabus der extremen Rechten. Offensiv sollte die Frage gestellt werden, in welche Richtung sich die AfD entwickelt. Wer mit welchen Positionen in der AfD Einfluss gewinnen wird, muss beobachtet und thematisiert werden. Der Bundesparteitag im Januar 2014 in Aschaffenburg wird Indizien liefern, wohin die Reise geht. Klar ist aber: Teile der neuen und auch der extremen Rechten beziehen sich positiv auf die RechtspopulistInnen. Der Umgang mit diesen Personen wird der Maßstab sein, ob die Partei in Richtung extreme Rechte tendiert. Inhaltlich zentral wird sein, ob sich die AfD dem im Rechtspopulismus vorherrschenden Antiislamismus, einer Ethnisierung der sozialen Frage und einem völkischen Verständnis der Nation annähert. Doch auch wenn die AfD diese Entwicklung nicht nehmen sollte, wird sie eine Partei der politischen Rechten bleiben.

Sprung in die Parlamente

Bei der Bundestagswahl scheiterte die »Alternative für Deutschland«. Doch in drei Bundesländern, in denen die rechtspopulistische Partei sechs Prozent erhielt, sind 2014 Landtagswahlen.

von Sören Frerks und Ernst Kovahl

Bundesweit gaben am 22. September 2013 über zwei Millionen Menschen bei der Bundestagswahl der rechtspopulistischen Parteineugründung »Alternative für Deutschland« (AfD) ihre Zweitstimme. Aus dem Stand gelang ihr mit 4,7 Prozent fast der Sprung über die Sperrklausel von fünf Prozent. Sie gilt seitdem als aussichtsreiche Kraft im Kampf um Parlamentssitze.

Ländererergebnisse

Der Blick in die 16 Bundesländer zeigt eine Spreizung der AfD-Landesergebnisse von 3,7 bis 6,8 Prozent. Für eine völlig neue Partei ohne funktionierenden Unterbau ein erstaunlich homogenes Ergebnis. Unter der 5-Prozent-Hürde blieb die AfD in Bremen (3,7%), Niedersachsen (3,7%), Nordrheinwestfalen (3,9%), Hamburg (4,2%), Sachsen-Anhalt (4,2%), Bayern (4,3%), Schleswig-Holstein (4,6%), Rheinland-Pfalz (4,8%) und Berlin (4,9%). Fünf Prozent und mehr erreichte sie in Baden-Württemberg (5,2%), Saarland (5,2%), Hessen (5,6%), Mecklenburg-Vorpommern (5,6%), Brandenburg (6,0%), Thüringen (6,2%) und Sachsen (6,8%).
Neben den fast flächendeckenden Ergebnissen von über fünf Prozent in den ostdeutschen Bundesländern – mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt - fällt beim Blick auf die Wahlkreisergebnisse ein massiver Gürtel mit Ergebnissen über sechs Prozent für die AfD entlang der östlichen Grenze der BRD ins Auge: Von der Ostseeküste (Wahlkreis Vorpommern-Rügen / Vorpommern Greifswald I, 6,6%) hinunter bis zur Bayerischen Landesgrenze (Vogtlandkreis 6,7%). Darin der Wahlkreis Görlitz mit dem bundesweit höchsten Wahlkreisergebnis von 8,2 Prozent – unterbrochen nur vom Kreis Uckermark-Barnin mit weniger als fünf Prozent (4,8%). Doch Ergebnisse über sechs Prozent für die AfD gab es nicht nur in Ostdeutschland. Auch in einigen Regionen von Baden-Württemberg, Hessen und in Harburg übersprang die Partei sechs Prozent. In Pforzheim holte die Partei im Westen mit 7,2 Prozent das beste Wahlkreisergebnis. Dagegen schnitt sie im äußersten Nordwesten Deutschlands und in weiten Teilen Bayerns schlecht ab.

Keine Konkurrenz für die NPD

Der AfD-Erfolg ging nicht auf Kosten der NPD. Zwar verlor die Neonazipartei bundesweit leicht (- 0,2%), doch sie blieb stabil. Der Verlust lag eher in der eigenen Schwäche der Neonazis begründet als in der neuen Konkurrenz. Im Saarland konnte die NPD ihr Ergebnis sogar trotz einer starken AfD noch verbessern (+0,5%). Auch in Brandenburg und Thüringen, wo die AfD ihre zweit- und drittbesten Landesergebnisse holte, blieb die NPD stabil. In Sachsen, wo die rechtspopulistische Partei ihr bestes Ergebnis erzielte, verlor die NPD im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 ebenfalls nur leicht (-0,7%). Es scheint sogar eher anders zu sein: Gerade dort, wo die NPD stark ist, erreichte auch die AfD gute Ergebnisse. Mit der AfD könnte sich eventuell nun jenes rechte Milieu wahlpolitisch artikulieren, das einer klaren Neonazi-Partei seine Stimme verweigert, aber in Umfragen zur politischen Einstellung schon immer kenntlich wurde. In Thüringen erreichten beispielsweise die Parteien rechts der CDU gemeinsam fast zehn Prozent (AfD 6,2%, NPD 3,2%, REP 0,2%). Der jährlich von der Universität Jena erhobene »Thüringen Monitor« beobachtete 2012 bei fünf Prozent der Bevölkerung Thüringens »verfestigte rechtsextreme« politische Einstellungen, zudem hätten weitere sieben Prozent der Menschen »nicht verfestigte rechtsextreme Einstellungen« – ein Ensemble aus antidemokratischen, nationalistischen und rassistischen Einstellungen. Die Ergebnisse der Bundestagswahl in dem Land für die beiden eindeutig extrem rechten Parteien NPD und REP zusammen einerseits und der AfD andererseits korrelieren also grob mit den Umfragen zu politischen Einstellungen.

Wahlen 2014



Die nächsten Bewährungsproben für die AfD sind die Europawahl am 25. Mai 2014 und die Kommunalwahlen in mehreren Ländern. Doch noch wichtiger dürften die Landtagswahlen 2014 sein. Ausgerechnet in den drei Bundesländern, in denen die AfD ihre besten Ergebnisse erzielte (Sachsen, Thüringen, Brandenburg), werden die Länderparlamente neu gewählt. Während sich bisher die Parteien der extremen Rechten strukturell und thematisch in die Quere kamen und so Erfolge oft verhinderten, gibt es offenbar keine Konkurrenz von AfD und NPD.
Die neue Rechtspartei findet ihre WählerInnen nicht nur rechtsaußen, sondern im gesamten Parteienspektrum. Sie verbreitert so das Potential abgegebener rechter Stimmen und könnte so eine entscheidende Funktion einnehmen: Sie hat Strahlkraft in die Mitte der Gesellschaft und könnte auf lange Sicht die Zustimmung zu rechten Thesen erhöhen und sukzessive legitimieren. Zwar hat die AfD zum Beispiel bisher nicht bei den aktuellen Aufmärschen gegen Flüchtlinge das Podium gesucht, doch ihr Wahlkampf setzte auf die gleiche Stimmung. Die Botschaft ihrer Plakate »Kein Zuzug in unsere Sozialsysteme«, mit dem sie vor allem in Ostdeutschland warb, meinte dasselbe und umfasste sowohl die platte Parole »Ausländer Raus« als auch die vermeintlich rationale und finanzpolitisch begründete Argumentation »Das Boot ist voll«. Sollte sich die neue Partei nicht im internen Streit und in Skandalen verlieren, wird sie an ihr Bundestagswahlergebnis anschließen können und 2014 in die ersten Landtage einziehen. Es ist notwendig, sich die Wahlergebnisse der AfD schnell, im Detail und im Abgleich mit Sozialstrukturdaten anzuschauen, um zu erkennen: Welche gesellschaftlichen Strukturen und Bedingungen fördern den Aufstieg des Rechtspopulismus und welche bremsen ihn?

Hessens Rechte

Die Ergebnisse der Landtagswahl in Hessen

von Verena Grün

Von einem wirklichen Erfolg bei der Landtagswahl in Hessen 2013, die zeitgleich zur Bundestagswahl am 22. September stattfand, lässt sich bei keiner der angetretenen Parteien der extremen Rechten sprechen. Die NPD konnte ihr Ergebnis leicht steigern, kam aber trotzdem nur auf



1,1 Prozent. Lediglich 0,3 Prozent erreichten »Die Republikaner«, die ihr Ergebnis im Vergleich zu 2009 halbierten. »Die Rechte« trat nur in einem Wahlkreis und dort auch nur mit einem Direktkandidaten an. Im Wahlkreis Main-Kinzig III bekam der Landesvorsitzende Pierre Levien 290 Erststimmen (0,4 Prozent). Die »Alternative für Deutschland« (AfD) blieb mit 4 Prozent hinter ihrem Bundestags-Ergebnis.

NPD gewinnt hinzu

Trotz des desolaten Zustands der Partei und interner Streits hat die NPD gut 11.000 Stimmen hinzugewonnen und ihr Ergebnis von 0,9 Prozent auf 1,1 Prozent gesteigert. Damit bekommt sie nun wieder staatliche Wahlkampfkostenrückerstattung. Die Ergebnisse der NPD lagen zwischen 0,3 Prozent in einem Frankfurter Wahlkreis und 2,9 Prozent in der Wetterau, wo der Landes-Chef und Spitzenkandidat Daniel Knebel wohnt. Das zweitbeste Ergebnis errang die Partei im Wahlkreis Hersfeld, der Heimat des Vorsitzenden der »Jungen Nationaldemokraten« (JN), Martin Braun. Beim Vergleich der kreisfreien Städte mit den nicht-städtischen Landkreisen zeigt sich, dass die NPD in den Städten noch erfolgloser ist. Ebenso wenig überrascht, dass die Partei dort, wo sie über aktive Strukturen verfügt, die besten Ergebnisse erzielt, also in der Wetterau, im Main-Kinzig-Kreis und in Hanau.

Ein Wahlkampf der NPD hat in Hessen – abgesehen von den Kundgebungen im Rahmen der »Deutschlandfahrt« der Bundes-NPD – nicht stattgefunden, plakatiert wurde halbherzig. Als jedoch einige Stadtverwaltungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung Plakate der Partei abhängen ließen, konnte die NPD gerichtlich durchsetzen, dass sie wieder angebracht werden mussten. Außerdem dauerten die internen Querelen an. Einige aktive Mitglieder haben die Partei in den vergangenen Monaten in Richtung der im Herbst 2012 gegründeten Partei »Die Rechte« verlassen. Kein Wunder also, dass der NPD der kleine Wahlerfolg und die damit verbundenen finanziellen Zuwendungen gelegen kommen. Der Landesverband bilanziert: »Trotz der Schaumschläger der AfD und Hetze durch die Antifa und Medien haben wir gemeinsam ein beachtliches Ergebnis geschafft. Wir sind und bleiben auch künftig: Die einzige wirkliche Alternative für Deutschland!«

AfD scheiterte

Vollmundig sagte der Vorstandssprecher der AfD, Eberhard Clamor Freiherr von dem Bussche, kurz vor der Wahl, die hessische Gliederung sei »offen für ein Bündnis mit der CDU«. Er stellte sogar Forderungen: Ein Bündnis sei »nur bei einer grundlegenden Änderung der Politik der CDU sowie der Art und Weise, wie in Hessen Politik gemacht und regiert wird« denkbar. Das Ergebnis von vier Prozent war dann eine bittere Enttäuschung für die Partei.

Die AfD gewann in Hessen mehr als 126.000 Stimmen. In einigen Wahlkreisen kratzte sie an der 5-Prozent-Hürde oder konnte sie knapp überspringen. So zum Beispiel im Hochtaunus, hier erzielte sie mit 5,1 Prozent ihr bestes Ergebnis. Hier wohnen viele Besserverdienende und AkademikerInnen.

»Multi-Kulti-Gen«

Der Landesverband der AfD wurde am 5. Mai 2013 gegründet, standesgemäß im Frankfurter »Palais Thurn und Taxis«. Anwesend waren etwa 450 von damals 1.300 Mitgliedern. Zur ersten öffentlichen Veranstaltung kamen im März 2013 etwa 1.000 Gäste nach Oberursel (Hochtaunuskreis). Schon einen Monat später gab es den ersten großen Streit. Elf südhessische Kreisvorstände verlangten den Rücktritt des Landesvorstands, weil er unprofessionell arbeite. Kurz darauf schied dann auch einer der drei Landessprecher aus der Partei aus und äußerte massive Kritik an den verbleibenden Sprechern.

Der Landesvorstand besteht aus zehn Mitgliedern. Sprecher sind nun der Ex-CDU-Politiker und ehemalige Frankfurter Kämmerer Albrecht Glaser, der »selbstständige Asset Manager« Eberhard Clamor Freiherr von dem Bussche und der Anlageberater Simon Roger. Der stellvertretende Sprecher Wolfgang Hübner trat im April 2013 von den »Freien Wählern« zur AfD über, doch Fraktionsvorsitzender der »Freien Wähler« in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung ist er bis heute. Dort fiel er durch rechtspopulistische Aussagen auf, zum Beispiel durch die Wortschöpfung »Rotationseuropäer« für MigrantInnen. Kurz vor seinem Parteiaustritt ließ Hübner sich darüber aus, dass das Bekanntwerden der rassistischen Morde des »Nationalsozialistischen Untergrundes« von »verschiedenen Einwanderer-Lobbyisten in unverschämter Weise genutzt« werde. In einem Interview mit der neurechten Zeitschrift »Sezession« antwortete Hübner auf die Frage, wie er zur Haltung der AfD zu Einwanderung stehe: »Die jetzigen Aussagen gehen mir und vielen anderen gewiß nicht weit genug. [...] Einstweilen muß und kann ich damit leben, zumal die Freien Wähler in Frankfurt eine sehr ausgefeilte Position haben, die mir nicht genommen wird.« Sie waren 2011 mit dem Slogan »Damit Frankfurt Sarrazin beherzigt« in den Wahlkampf gezogen. Auch ein weiterer Hesse hat durch seine Äußerungen für Aufsehen gesorgt: Stefan Milkereit, zwischenzeitlich Bundesvorstandsmitglied der AfD, twitterte im November 2012: »Multi-Kulti-Gen führt zu Mutationen und damit zu Krankheiten, die vorher bei Reinrassigkeit nicht vorhanden waren. Wissenschaftlich erwiesen«. Dafür musste er im Mai 2013 zurücktreten.

Nur Kritik am Rentensystem

Neonazis hetzen verstärkt gegen Roma und Sinti. Im Bundestagswahlkampf setzte die NPD voll auf das Thema. Die Justiz hält die rassistische Propaganda für berechtigte Kritik und Meinungsfreiheit.

von Ernst Kovahl

»Wurden wir gefragt, ob wir Sinti und Roma – ich sage es, ich nenne das Kind beim Namen –, ob wir unzählige Zigeuner in unser Land lassen, die eben hier nichts anderes sind als kriminelle arbeitsscheue Elemente?« So offen hetzte der Vorsitzende der Thüringer NPD und Bundesorganisationsleiter der Partei Patrick Wieschke zum Auftakt des Bundestagswahlkampfes in Thüringen vor etwa 60 Neonazis. Aus seinem rassistischen Hass machte Wieschke bei dem Aufmarsch am 18. Mai 2013 im südthüringischen Sonneberg keinen Hehl. Schon seit einiger Zeit ist zu beobachten, dass die Hetze gegen Sinti und Roma immer mehr Raum in der Propaganda der NPD einnimmt: In Reden bei Aufmärschen, in Artikeln der eigenen Zeitungen, in Flugblättern und auf Social-Media-Plattformen.

»Geld für die Oma...«

In den beiden vergangenen Wahlkämpfen zum Bundestag und dem Hessischen Landtag setzte die NPD offensiv auf antiziganistische Ressentiments. So hetzte der Vorsitzende der Partei Holger Apfel im zentralen Werbespot der NPD: »Immer mehr Asylanten. Vor allem Sinti und Roma. Damit muss endlich Schluss sein!« Und auf einem der meist beachteten Wahlkampfplakate der NPD, die quer durchs Land an den Laternenmasten hingen, stand: »Geld für die Oma statt für Sinti und Roma.« Mit dem gleichen Motiv verbreitete die Partei auch ein Flugblatt. In schrillen Tönen warnten die Neonazis: »Immer mehr Städte in ganz Deutschland schlagen Alarm: sie fühlen sich mit den Risiken und Nebenwirkungen der Masseneinwanderung vor allem von sogenannten Sinti und Roma (besser bekannt als Zigeuner) von der Bundesregierung im Stich gelassen.« Mittlerweile seien »ganze rumänische Dörfer« nach Deutschland gezogen, behauptete die NPD. Als Konsequenz forderte die Partei Abschiebungen und einen Einwanderungsstopp.

Das Plakat löste breiten Protest aus. Anzeigen wurden erstattet, mehrere Städte ließen die rassistische Wahlwerbung entfernen, unter anderen Wiesbaden und Hanau. Auch in Bad Hersfeld ließ der Bürgermeister Thomas Fehling (FDP) Anfang September 2013 die Plakate abhängen. »Das ist diskriminierend und gehört nicht in unsere Stadt«, sagte er. Doch vor Gericht erlitt die Stadt – ebenso wie andere Kommunen – eine Niederlage. Das Kasseler Verwaltungsgericht entschied am 9. September 2013 auf Eilantrag der NPD, dass die Hetz-Plakate durch die Stadt wieder aufgehängt werden müssen. Volksverhetzung liege nicht vor: »Nach Auffassung des Gerichts könnte man den Slogan […] auch so auslegen, dass staatliche Gelder eher der älteren Generation zukommen sollen als den genannten Volksgruppen. Und dies bedeute dann eben nicht zwangsläufig eine Diskriminierung dieser Volksgruppen«, hieß es in einer Presseerklärung des Gerichts. Die Entscheidung sorgte dafür, dass andere Kommunen erst gar nicht mehr versuchten, gegen die Hetze vorzugehen. Diese Empfehlung wurde auch durch Justiz und Polizei vertreten, die von Städten und Gemeinden um Stellungnahme gebeten wurden. Die Staatsanwaltschaft Gera ließ zum Beispiel wissen, das Plakat erfülle »keinen Strafbestand«. Es stelle zwar »offenkundig« eine »ausländerfeindliche Meinungsäußerung« dar, diese sei jedoch mit der Meinungsfreiheit vereinbar. Und – ganz im Sinne der NPD – präsentierte sie eine interessante Interpretation des Plakates: »Es wird Kritik an Geldzuwendungen für die ethnische Minderheit der Sinti und Roma mit der Forderung nach einer sicheren Rente für (deutsche) Senioren verbunden.« Eine »besonders herabsetzende und die Menschenwürde der betroffenen Gruppe angreifende Äußerung liegt nicht vor«.

Neues Ausmaß

Der »Zentralrat Deutscher Sinti und Roma« resümierte, in den Wahlkämpfen des Herbstes 2013 sähen sich Sinti und Roma »einer Hetz-Kampagne durch die NPD und verwandte Gruppen (»Pro NRW«) ausgesetzt, die es in diesem Ausmaß bisher nicht gab«. Ausdrücklich wies die Organisation auf die konkreten Auswirkungen hin. Es habe »hunderte von Anrufen besorgter Sinti- und Roma-Familien aus ganz Deutschland« gegeben, »die wegen der entsprechenden NPD-Plakate, die auf den Schulwegen ihrer Kinder gerade in den kleineren Orten massiv plakatiert sind, emotional aufgebracht und unmittelbar betroffen sind«. Die Plakate der NPD lösten »bei den älteren Menschen, die den Holocaust überlebt haben, wieder massive Ängste aus«. Der Vorsitzende des »Zentralrates«, Romani Rose, fordert daher Ende August 2013 von der Bundesregierung gesetzliche Schritte zum Verbot diskriminierender und rassistischer Wahlwerbung, um sie zukünftig »unverzüglich aus dem Verkehr« ziehen zu können. »60 Jahre nach dem Holocaust« dürfe der Staat es nicht zulassen, »dass Angehörige einer Minderheit aufgrund ihrer bloßen Abstammung gesellschaftlich ausgegrenzt werden«, sagte Rose.

Hetze durch Partei und Fraktionen

»Zigeunerflut stoppen – Kriminalität bekämpfen«, das ist der Titel eines Flyers, den die NPD vertreibt. Im Hintergrund – und nur unscharf zu erkennen – eine Frau mit Kopftuch und Kindern zu sehen, darunter abgebildet der Lauf einer Pistole und drohend, ein ausgeklapptes Messer. Gegen die Verbreitung des Flugblattes erstattete der »Zentralrat der Sinti und Roma« im Mai 2013 bei der Staatsanwaltschaft Duisburg Anzeige und forderte – erfolglos – die Beschlagnahme des Druckwerks. Auch Facebook wurde vom »Zentralrat« aufgefordert, die Verbreitung des Motivs durch die NPD in dem Social Network zu unterbinden. Das Motiv sei »eine rassistische Aufstachelung zu Hass und Gewalt gegenüber Sinti und Roma, die in einer bedrohlichen Weise den öffentlichen Frieden gefährde«, schrieb der »Zentralrat«.

Die NPD setzt freilich nicht nur im Wahlkampf auf Hetze gegen Roma und Sinti, sondern auch in den Parlamenten. So stellte beispielsweise der NPD-Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eine Anfrage an die Landesregierung, ob sich »seit der Einwan-



derung von Zigeunern« die Zahl der Straftaten signifikant erhöht habe. Und einen Monat später, im April 2013, brachte er für seine Fraktion den Antrag »Armutsflüchtlinge stoppen – EU-Freizügigkeit für Bulgaren und Rumänen aussetzen!« ins Parlament ein. Gerade Sinti und Roma, das behauptete Pastörs in seiner Rede zur Begründung des Antrages, »verursachen […] unglaubliche Kosten« für den deutschen Staat. Und auch im Landtag von Sachsen hetzte die NPD. Der Abgeordnete und NPD-Bundesschatzmeister Andreas Storr bezeichnete in einer Landtagsdebatte im Januar 2013 Sinti und Roma als einen »Haufen ungebetener Gäste«. Er warf ihnen pauschal »offenkundigen Asylmißbrauch« und ein Leben »auf Kosten der Deutschen« vor. »Hunderttausende«, von ihm »ziganine Asylbetrüger« genannte Menschen, würden sich »mit dem Billigticket der Freizügigkeit auf den Weg nach Deutschland und Europa machen«.

»Zigeunerflut«

Auch in den Medien der NPD spielt antiziganistische Hetze regelmäßig eine Rolle. So titelten beispielsweise Anfang 2012 die kostenlosen Blätter der Thüringer NPD mit der Überschrift »Zigeunerflut in Deutschland«. Die Neonazis warnten vor einem angeblichen »Anstieg um 1.000 Prozent« bei der Einwanderung von Sinti und Roma. 180.000 Exemplare dieser Zeitungen mit Titeln wie »Bürgerstimme«, »Rennsteig Bote« oder »Saalestimme« bringt die Thüringer NPD viermal im Jahr unter die Leute. Medien und Politik in Deutschland würden der Vertretung der Sinti und Roma »gehorchen«, schrieb der NPD-Funktionär und Kreistagsabgeordnete im Wartburgkreis Tobias Kammler. Die »Zigeuner«, so Kammler, »eint oftmals der Hang zur Kriminalität, Verwahrlosung und Prostitution«. Deutsche würden in einigen Städten durch sie verdrängt, eine »Zigeunerflut« drohe. Die Polizei traue sich aus Angst nicht mehr in manche Stadtteile hinein, fabuliert der NPD-Politiker aus der Thüringer Provinz. Um dieser Situation Herr zu werden, müssten anstelle von »etablierten« PolitikerInnen nun »Männer und Frauen gewählt werden, die den Namen Volksvertreter tatsächlich verdienen«.

Kriminalität, »Überfremdung« durch massenhaften Zuzug, Drogen, Prostitution, Müll und ein unstetes Leben auf Kosten »der Deutschen« – das sind die Stichworte, mit denen die NPD hetzt. Entsprechend werden Flugblätter, Plakate und Zeitungen bebildert. Sie zeigen Gewalt, Dreck, Fremdheit und Verwahrlosung. Offen wird Angst geschürt. Zuletzt bediente sich die NPD noch eines weiteren Klischees. Nachdem in Griechenland und Irland vermeintlich entführte Kinder bei Roma- und Sinti-Familien gefunden wurden, griff die NPD das Thema begierig auf: »Blonde Maria bei Zigeunern kein Einzelfall? Was wollen Zigeuner mit geraubten kleinen blonden Mädchen?«, fragte die bayerische NPD auf ihrer Facebook-Seite.

Der Staat schaut weg

Doch mit ihrer Hetze gegen Sinti und Roma hat die NPD wenig zu fürchten. Sie kann an weit verbreitete Vorurteile in der Gesellschaft und in staatlichen Institutionen anknüpfen. Die jüngsten Entscheidungen der Gerichte zu den NPD-Plakaten im Bundestagswahlkampf machen klar, dass hier – vorsichtig gesagt – kaum ein Problembewusstsein vorhanden ist. Das zeigte sich auch in einer Entscheidung der Staatsanwaltschaft Erfurt vom Juli 2013. In einem Antrag an den Thüringer NPD-Landesparteitag 2013 schrieb die NPD über Sinti und Roma: »Diese halten sich meist nicht in Deutschland auf, um einer geregelten Arbeit nachzugehen und sind wie die meisten anderen Zuwanderer-Gruppen [...] auch nicht dafür bekannt, Anstrengungen zu unternehmen, um sich im Gastland anzupassen. Nahezu überall, wo diese ethnische Gruppe auftaucht, entstehen Probleme mit mafiös strukturierten Bettlergruppen und Kriminalität.« Und weiter: »Zigeuner sind [...] überdurchschnittlich häufig kriminell.« Die Staatsanwaltschaft lehnte es ab, wegen dieser rassistischen Äußerungen ein Ermittlungsverfahren gegen die NPD einzuleiten: »Die Schilderung, die ›Zigeuner‹ hielten sich meist nicht in Deutschland auf, um einer geregelten Arbeit nachzugehen, kann zwanglos als Feststellung eines tatsächlichen Befundes und damit als eine dem Schutz der Meinungsfreiheit unterfallende wahre Tatsachenbehauptung verstanden werden. Soweit geäußert wird, sie seien auch nicht dafür bekannt, Anstrengungen zu unternehmen, sich im Gastland anzupassen, ist dies ein Werturteil, das durch das Grundrecht der Meinungsfreiheit geschützt ist. Wahre Tatsachen dürfen immer geäußert, Werturteile immer abgegeben werden, solange sie keine Schmähkritik darstellen.« Insgesamt liest sich das Papier der Staatsanwaltschaft wie ein Nachschlagewerk, wie man ungestraft gegen Sinti und Roma hetzen kann.

Und auch die Bundesregierung interessiert sich nicht sonderlich für das Ausmaß antiziganistischer Gewalt und Diskriminierung. Gezählt werden solche Fälle nicht. Bei der Erfassung »Politisch motivierter Straftaten« würden sie nicht gesondert erfasst, wie die Bundesregierung im September 2013 in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drucksache 17/14754) im Bundestag mitteilte. Im umfangreichen und kleinteiligen »Themenfeldkatalog« zur Definition politisch motivierter Kriminalität fehlen Straftaten gegen Sinti und Roma als eigenständiges Kriterium. Daher, so die Bundesregierung, ließen sich antiziganistische Taten »nicht automatisiert aus der Gesamtzahl der Hassdelikte herausfiltern«.

»Lumdatal bleibt national«

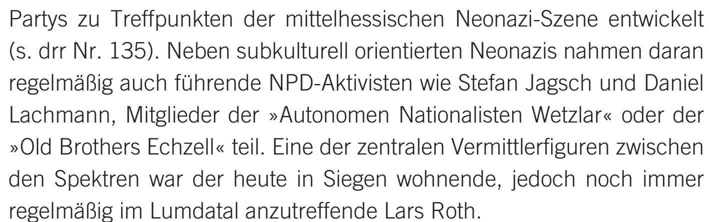
Im mittelhessischen Lumdatal im Landkreis Gießen sorgt eine Gruppe junger Neonazis seit zwei Jahren für Aufsehen.

von Stefan Schneider



^ *Lars Roth am 31. August 2013 beim Aufmarsch in Dortmund*

Ende 2011 wurden im Osten des Landkreises Gießen sechs Friedhöfe und mehrere jüdische Gräber geschändet. Regionale PolitikerInnen und Medien waren empört und überrascht. Bis dahin glaubte man, es gebe hier keine Neonazi-Szene. Doch tatsächlich hatte sich in Teilen des Landkreises seit Jahren eine vorwiegend im Bereich des RechtsRocks aktive Szene etabliert. Auch ein Teil der bis heute im Lumdatal aktiven Neonazis trat seit 2008 im Rahmen zahlreicher »Böhse-Onkelz-Partys« in Erscheinung. Nachdem 2004 der bundesweit bekannte Konzertort der »Berserker Kirtorf« im angrenzenden Vogelsbergkreis behördlich geschlossen worden war, hatten sich solche Partys zu Treffpunkten der mittelhessischen Neonazi-Szene entwickelt (s. drr Nr. 135). Neben subkulturell orientierten Neonazis nahmen daran regelmäßig auch führende NPD-Aktivisten wie Stefan Jagsch und Daniel Lachmann, Mitglieder der »Autonomen Nationalisten Wetzlar« oder der »Old Brothers Echzell« teil. Eine der zentralen Vermittlerfiguren zwischen den Spektren war der heute in Siegen wohnende, jedoch noch immer regelmäßig im Lumdatal anzutreffende Lars Roth.



Vom Onkelz-Fan zum Neonazi

Offenbar politisierte diese Szene auch einige der heute im Lumdatal aktiven Neonazis. Im November 2008 trugen bis dato politisch nicht in Erscheinung getretene Personen bei einem NPD-Aufmarsch in Fulda ein Transparent der Partei. Zunehmend selbstbewusst bekannten sich die jungen Neonazis durch das Tragen von »Combat 18«-T-Shirts auf regionalen Kirmes-Veranstaltungen und Diskoabenden zu ihrer Überzeugung. Mit den »Jungs & Mädels für's Grobe« sowie der »Division Mittelhessen« organisierte sich die Szene in kameradschaftsähnlichen Zusammenhängen. In offenen Jugendräumen und Grillhütten des Lumdatals wurden Partys veranstaltet. Unter Beteiligung der regionalen Bands »Rachezug« (Landkreis Gießen) und »Gegenschlag« (Vogelsberg) sowie Personen der ehemaligen »Blood & Honour-Sektion Südhessen« fanden RechtsRock-Konzerte statt. Während sich die ältere Generation damit zufrieden gab, wollten jüngere Neonazis ab 2010 mehr politisches Engagement. Doch die neu gegründete »Aktionsfront Freie Nationalisten Landkreis Gießen« blieb relativ erfolglos.

Bürgernahes Auftreten und Militanz

2011 traten dann die »Freien Nationalisten Lumdatal« erstmals in Erscheinung. In der Folge tauchten rechte Graffitis und Transparente an Brücken im Landkreis auf. Der Zusammenarbeit mit den »Autonomen Nationalisten Wetzlar« folgte die Einbindung in das »Freie Netz Hessen«. Und seit Herbst 2012 agiert die Gruppe aus etwa einem Dutzend junger Neonazis als »Infoportal Lumdatal«. Einer der in Lumdatal aktiven Neonazis ist der angehende Akademiker Philip Rabenau. Rabenau ist Mitglied der NPD-nahen Burschenschaft »Dresdensia-Rugia zu Gießen«. Mittels der Facebook-Seite »Lumdatal Stimme« und des vor Ort verteilten »Lumdatal Boten« versucht die Gruppe, sich bürgernah zu geben. Neben Hinweisen auf Radarfallen und Werbung für Dorffeste finden sich dort die üblichen Themen der Rechten, zum Beispiel Aufrufe zum Gedenken an die »Opfer von Dresden« oder Warnungen vor dem »Volkstod«. Geklagt wurde außerdem über Aktivitäten gegen Rechts. Im Frühjahr 2012 hatten VertreterInnen der Kirchen und die BürgermeisterInnen der Region das »Netzwerk für Demokratie & Toleranz« gegründet. Als Antwort darauf störten Mitglieder und SympathisantInnen der Neonazi-Gruppe Veranstaltungen und nahmen mit regelmäßigen Drohungen, Eierwürfen und Farbanschlägen auf Wohnhäuser jene ins Visier, die sich gegen die Neonazis wehrten. Als am 1. Mai 2013 die Hoftür am Haus der Bürgermeisterin Annette Bergen-Krause (SPD) von Rechten eingetreten wurde, wendete sich das Blatt. Die Behörden setzten fortan auf Präsenz vor Ort und Kontrollen, Hausdurchsuchungen und Auflösungen von Partys. Dies rief allerdings eine breite Unterstützung der hessischen Neonazi-Szene für die »Kameraden« in Lumdatal hervor. Unter dem Motto »Das Lumdatal bleibt national – gegen linke Hetze und Repression« riefen die »Jungen Nationaldemokraten« (JN) unter Leitung des Landevorsitzenden Martin Braun zu einer Kundgebung in Allendorf sowie einem Aufmarsch im nahen Grünberg auf. Dass trotz der kurzfristigen Mobilisierung etwa 40 Neonazis, darunter Mitglieder der NPD, des »Freien Netz Hessen«, der »Bruderschaft Hessen« sowie der Pressesprecher der Partei »Die Rechte«, Benjamin Kannegießer, kamen, verdeutlicht die hohe Akzeptanz und Unterstützung, welche die Lumdataler in Hessens Neonaziszene genießen.

Geschwächt, aber nicht tot

Aufgrund des staatlichen Drucks sah sich die Gruppe im Sommer 2013 genötigt, unter das legale Dach der JN als »Junge Nationaldemokraten Lumdatal« zu schlüpfen. Outing-Aktionen und zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen Rechts haben zur Diskreditierung einzelner Mitglieder der Gruppe im dörflichen Gefüge geführt. Wenn auch die Aktivitäten nachgelassen haben, dürfte die über Jahre gewachsene Neonazi-Struktur sich aber nicht von heute auf morgen zerschlagen lassen. Zu lange wurde die scheinbar unorganisierte Szene ignoriert. Dass das Problem jedoch nicht auf ein Dutzend Neonazis reduziert werden kann, wird mit Blick auf die regionalen Stimmenanteile der NPD bei den hessischen Landtagswahlen deutlich. In den Heimatorten der Neonazis im Lumdatal lag die NPD bei drei bis fünf Prozent der Stimmen und erzielte so erneut überdurchschnittliche Ergebnisse.

Krimineller Freundeskreis

Ihr Name klang harmlos, ihre Taten waren es nicht. »Freundeskreis Rade« nannte sich eine Neonazi-Kameradschaft, die 2011 und 2012 in Radevormwald (Oberbergischer Kreis/NRW) zahlreiche Angriffe auf MigrantInnen und vermeintliche Linke verübte. Seit Anfang September müssen sich acht junge Männer vor dem Landgericht Köln verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen die »Bildung einer kriminellen Vereinigung« (§129) vor.

von Hendrik Puls



^ *Tobias Ronsdorf und andere marschierten 2010 noch unter der Flagge von PRO*

Laut Anklageschrift sollen sich die angeklagten Neonazis im Alter von 18 bis 26 Jahren 2011 zum »Freundeskreis Rade« zusammengeschlossen haben, um »neonazistisches und ausländerfeindliches Gedankengut« zu verbreiten und Straftaten zu begehen. Die Staatsanwaltschaft wirft den Angeklagten außerdem vor, zahlreiche Sachbeschädigungen, Propagandadelikte und gefährliche Körperverletzungen begangen zu haben. So attackierten im Februar 2011 mit Knüppeln bewaffnete Neonazis einen Kioskbesitzer und dessen Sohn in Radevormwald-Dahlhausen. An der Kiosktür hinterließen sie einen Aufkleber mit der Aufschrift: »Rader Jugend gegen Multi-Kulti!«. Am 20. April 2011 griffen an der Wupper feiernde Neonazis vermeintlich linke Jugendliche an. Im Januar 2012 wurde ein Polizist mit Reizgas verletzt, als er einen Parolen sprühenden Neonazi verhaften wollte. Zur Verbreitung seines Gedankenguts nutzte der »Freundeskreis« Flugblätter, Plakate und eine Internetseite, auf der die Neonazis ankündigten: »Wenn die Zeiten härter werden, gehen wir in den Untergrund.«

Dazu kam es nicht mehr. Am 25. April 2012 ging die Polizei mit einer groß angelegten Razzia gegen 18 Verdächtige aus der Szene vor. Sie durchsuchte die Wohnungen der Beschuldigten und nahm drei von ihnen vorübergehend in Untersuchungshaft. Es war das erste und bis dato letzte Mal, dass in Nordrhein-Westfalen mittels des §129 gegen eine neonazistische Kameradschaft vorgegangen wurde. Einen Monat zuvor hatte die rheinland-pfälzische Polizei ebenfalls unter Zuhilfenahme des §129 das »Aktionsbüro Mittelrhein« ausgehoben. Nach dem Auffliegen des NSU wurde von den Strafverfolgungsbehörden erwartet, vehementer gegen die Neonazi-Szene vorzugehen. Mit der Polizeiaktion sollte auch ein politisches Signal ausgesendet werden. Im Mai 2012 folgte das auf Basis des Vereinsgesetzes erlassene Verbot der Kölner »Kameradschaft Walter Spangenberg«, im August 2012 das der »Kameradschaft Aachener Land«, der »Kameradschaft Hamm« und des »Nationalen Widerstands Dortmund«. Sicherlich waren die letztgenannten Neonazi-Gruppen in Hinblick auf ihre personelle Stärke, die ihnen zugerechneten Straftaten, ihren Aktionismus und nicht zuletzt ihrer Bedeutung für die Szene von ganz anderem Kaliber als der »Freundeskreis Rade«. Aber besonders 2011 führten die Aktivitäten des »Freundeskreises« zu einer starken Zunahme rechter Gewalt in Radevormwald. Der Organisierungsgrad der lokalen Szene, die auch in die überregionalen Netzwerke eingebunden wurde, stieg an.

Verbindungen zur »pro NRW«

Neben Waffen, Propagandamaterial und NS-Devotionalien förderten die Razzien zwei Mitgliedsausweise der rechtspopulistischen »Bürgerbewegung pro NRW« zu Tage. Im ebenfalls durchsuchten Radevormwalder Fraktionsbüro von »pro NRW« stellten Polizeikräfte unter anderem einen Kopierer sicher. Normalerweise grenzen sich die Rechtspopulisten öffentlich von Neonazis ab. Auch die Neonazi-Szene kann der in ihren Augen »systemkonformen« Partei nur wenig abgewinnen. Anders in Radevormwald, wo »pro NRW« 2009 mit 5,1 Prozent in Fraktionsstärke in den Rat einzog. Hier bestanden enge Kontakte. Und so sitzen gleich mehrere Personen auf der Anklagebank, die sich früher für die Partei oder deren »Jugend pro NRW Bergisches Land« betätigten. Selbst nach der Gründung der Kameradschaft ging man nicht auf Abstand zu »pro NRW«. Die jungen Männer besuchten »pro NRW«-Demonstrationen wie den »Marsch für die Freiheit« im Mai 2011 in Köln oder halfen bei Infoständen aus. Eine wichtige Rolle spielte dabei der damalige »pro NRW«-Fraktionsvorsitzende, Tobias Ronsdorf, der als Integrationsfigur fungierte. Der 24-Jährige ist angeklagt, einer der Rädelsführer der »kriminellen Vereinigung« gewesen zu sein. Er soll auch selbst zugeschlagen haben. Auch Ronsdorfs jüngerer Bruder muss sich als mutmaßliches Mitglied des »Freundeskreises« vor Gericht verantworten. Mit Marius Dörschel und Daniel Konrad sitzen zudem zwei Neonazis auf der Anklagebank, die für »pro NRW« als sachkundige Bürger in Ausschüssen des Stadtrats saßen. Der Angeklagte Daniel Kuckelsberg kandidierte bei der Kommunalwahl 2009 als Kandidat von »pro NRW«. Nach den Razzien leugnete der »pro NRW«-Chef, Markus Beisicht, diese Verbindungen. »Keinem Kandidaten, keinem Funktionsträger von uns kann man ernsthaft einen Kontakt zu Neonazis nachweisen«, so Beisicht im Interview mit dem WDR. Wenn Parteimitglieder mit »Verfassungsfeinden« kooperiert hätten, dann würden diese »natürlich unverzüglich aus der Partei ausgeschlossen.« Dennoch dauerte es vier Monate bis sich die Wege von Ronsdorf und »pro NRW« trennten.

Seit der Razzia haben die Neonazi-Aktivitäten in Radevormwald zwar nachgelassen, aber nicht aufgehört. Zwei der angeklagten Radevormwalder trugen noch am 21. September 2013 das Fronttransparent eines Naziaufmarsches im benachbarten Wuppertal. Auch »pro NRW« setzt mit neuem Personal die Ratsarbeit und die Agitation, aktuell besonders gegen zugewanderte Roma, fort.

Mit einem Urteil wird frühestens im Dezember 2013 gerechnet. Da einige der Angeklagten zum Tatzeitpunkt minderjährig oder heranwachsend waren, wurde die Öffentlichkeit mittlerweile vom Prozess ausgeschlossen.

»Keine normalen Bankräuber«

Vor zwei Jahren entdeckte die Polizei den NSU – zufällig.

von Andreas Speit



Am Morgen des 5. Novembers vor zwei Jahren identifizierte die Polizei eine der beiden Leichen: Uwe Mundlos, 38 Jahre. Am Samstagnachmittag war auch die Identität der zweiten Person bekannt: Uwe Böhnhardt, 34 Jahre. Mehrere Fingerabdrücke von Mundlos und eine Tätowierung bei Böhnhardt hatten der Polizei, die wegen eines Bankraubes am 4. November 2011 in Eisenach ermittelte, die Identitäten bestätigt. Eine gefundene Waffe, sagte Polizeidirektor Michael Menzel am 5. November 2013 vor dem Oberlandesgericht München, ließ ihn gleich am Freitag ahnen, »es nicht mit normalen Bankräubern zu tun zu haben«.
Im Saal A 101 verhandelt der 6. Strafsenat um Richter Manfred Götzl seit dem 6. Mai 2013 gegen den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU). Seit gut einem halben Jahr läuft in dem fensterlosen Raum der größte Terrorismusprozess gegen Neonazis in der Geschichte der Bundesrepublik. Ruhig sprach Menzel von dem Polizeieinsatz. Die Hauptbeschuldigte Beate Zschäpe verfolgte die Ausführungen sehr genau, hörte konzentriert mit gefalteten Händen zu – sprach doch der leitende Ermittler, der schnell vor Ort war, von den letzten Lebensstunden ihrer »Uwes«.
An dem Freitag vor zwei Jahren ging das 13-jährige Untergrundleben des NSU-Trios, das zehn Menschen ermordet, 14 Banküberfälle und mindestens zwei Bombenanschläge verübt haben soll, zu Ende. In Zwickau hatte Zschäpe, damals 36 Jahre alt, am Freitagnachmittag vor ihrer Flucht die gemeinsame Wohnung in der Frühlingsstraße in Brand gesetzt. Vier Tage später stellte sie sich in Jena der Polizei: »Ich bin die, die Sie suchen.« Menzel dürfte an diesen Tagen schon das politische Ausmaß erahnt haben: Eigentlich wollten sie zwei Bankräuber stellen, doch stattdessen fanden sie zwei Rechtsterroristen.
Keine Polizeiermittlung, keine Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, keine V-Leute- und Polizeispitzel-Information hatten die Ermittlungsgruppe und Sicherheitsstrukturen auf die Spur gebracht. »Dieser Vorgang ist objektiv betrachtet eine Niederlage für die Sicherheitsbehörden«, räumte der damalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Heinz Fromm, ein. Später musste er gehen. Im Bundesamt waren Akten zum NSU-Komplex geschreddert worden. Binnen eines Jahres räumten vier Chefs von Landesämtern des Verfassungsschutzes (VS) ihre Posten – auch weil sie ihre Geheimdienstaktionen und Verbindungsleute verschwiegen hatten: Ein Verschweigen und Vertuschen von mindestens 25 V-Leuten des Staatsschutzes, der Polizei, des Militärischen Abschirmdienstes und der VS-Stellen im Umfeld des NSU, das immer wieder neue Verschwörungsvorstellungen befeuert.
In Saal A 101 sagte Menzel am 51. Verhandlungstag auch gleich, dass die Fakten rund um den Wohnwagen in der Straße »Am Schafrain« auf keinen »dritten Mann« hingewiesen hätten. Kurz vor zwölf Uhr hatte am 4. November 2011 ein Streifenwagen das Fahrzeug der beiden nach dem Überfall einer Sparkasse entdeckt. Kaum hatten sich die zwei Beamten dem Fahrzeug genähert, sei zwei Mal auf sie geschossen worden. Die Polizisten seien hinter einer Mauer in Deckung gegangen, hätten nicht zurückgeschossen, aber das Wohnmobil genau beobachten können, sagte Menzel. Von den Beweisstücken und der Obduktion der Toten ausgehend, nehmen die ErmittlerInnen an, dass Mundlos seinen Freund mit der Pumpgun Winchester Modell 1300 Defender in die linke Schläfe schoss, dann ein Feuer legte, Flüssiggasflaschen öffnete und sich selbst mit der in den Mund gesteckten Waffe richtete. Zwei Patronenhülsen fanden die ErmittlerInnen neben ihm. Als Menzel ankam, hatte die Feuerwehr den Brand bereits gelöscht. Beim ersten Blick ins Innere, so Menzel, wusste er, dass die beiden Männer »offensichtlich tot« waren. Im Fahrzeug fiel ihm auf einem Tisch eine Patrone und dann auch eine Waffe auf – »wie sie auch die Polizei« verwendet. Bereits um 16 Uhr des 4. November wussten die ErmittlerInnen, dass diese Waffe der getöteten Kollegin Michèle Kiesewetter gehörte. Am gleichen Tag wurde klar, dass das Fahrzeug auf den Namen des heute Mitbeschuldigten Holger Gerlach angemietet und diese Tat »rechts motiviert« war. Die Auffindsituation und die Aussagen hätten keine Hinweise auf eine dritte Person ergeben, antwortete Menzel später auf Nachfragen des Nebenklägers der Angehörigen der Opfer. Erste Zeugenangaben zu einer Person die aus dem Caravan geklettert sei, hätten sich nicht erhärtet, sagte er.
»Keine Mine verzog Zschäpe«, obwohl über den Tod »ihrer Liebhaber« gesprochen wurde, sagte nach der 51. Verhandlung Gül Pinar, die Rechtsanwältin, die die Familien des vermutlichen NSU-Opfers Süleyman Tasköprü aus Hamburg mitvertritt. Was geht in »dieser Frau« vor, fragt sich nicht bloß Pinar. Oben auf der Balustrade versuchen BesucherInnen und JournalistInnen jede Regung und Verhaltensänderung der Angeklagten zu deuten, die seit der Verhaftung zu den Vorhaltungen schweigt. Längst ist ihr Auftritt im Saal A 101 zum Ritual geworden. Mit schnellen Schritten tritt sie aus einer Seitentür bis zur Anklagebank. Dreht sich sofort mit dem Rücken zu den Kameras der Medien, beginnt lächelnd ein Gespräch mit ihrer Verteidigung Wolfgang Heer, Wolfgang Stahl und Anja Sturm. Dieses Verhalten von Angeklagter und Rechtsbeistand verletzte jene Angehörigen, die im Gerichtssaal waren, immer wieder. Ohne Regung hörte Zschäpe auch zu, wenn Betroffene schilderten, was der Mord ihres Angehörigen und die Ermittlungen der Polizei für sie für Folgen hatten.
Am 51. Verhandlungstag schilderten Tochter und Ehefrau des NSU-Opfers Mehmet Kubasik, Gamze und Elif Kubasik, wie Gerüchte über die angeblichen kriminellen Machenschaften des Ermordeten ihr Leben nachhaltig belasteten. Die heute 28-jährige Tochter schilderte bemüht



^ *Beate Zschäpe kommt in den Gerichtssaal*

selbstbewusst, wie sie am 4. April 2006 zu ihrem Vater in den von der Familie betriebenen Kiosk in Dortmund gegangen sei, um zu helfen. Zu diesem Zeitpunkt lebte ihr Vater schon nicht mehr. Mit Kopfschüssen sollen Mundlos und Böhnhardt Mehmet Kubasik, wie alle ihre vermeintlichen Opfer, gegen 12.30 Uhr erschossen haben. Seitdem sei nichts wie es war, sagte die Tochter. Die Familie geriet in finanzielle Not, eine Ausbildung konnte sie damals nicht beginnen, aus Angst der »Mörder« würde nun sie verfolgen. Bis heute trauere ihre Mutter, und sie könne nicht schlafen. Auf Nachfrage ihres Rechtsbeistandes Sebastian Scharmer schilderte die angehende pharmazeutisch-technische Assistentin, wie gerade durch das Verhalten der Polizei – Nachfassen bei Familie und Nachbarn wegen angeblichem Drogenhandel sowie Durchsuchungen mit Drogenhunden – das Ansehen ihres Vaters schwand. Man tuschelte. In der Schule bekam ein Bruder Ärger, schlug sich mit einem Mitschüler. Ob sie den Namen wüsste, ob er deutscher oder türkischer Herkunft sei, fragte prompt Olaf Klemke. Der Verteidiger von Ralf Wohlleben, beschuldigt, eine der Mordwaffen für die drei mitorganisiert zu haben, wollte auch wissen, ob die Familie staatliche Hilfen bezogen hätte. Gamze Kubasik erkannte die Intention und konterte: »Wenn es der Fall war, dann hatten wir auch das Anrecht wie alle Bürger des Landes«. Klemke schob gleich nach, ob deutsche oder türkische Personen die Gerüchte verbreiteten. »Deutsche und Ausländer«, sagte Gamze Kubasik. Nicht nur ihr Rechtsbeistand wollte die Relevanz der Fragen klären, auch Richter Götzl betonte, dass es irrelevant sei, welche Nationalität die Gerüchtebetreiber hätten. Für Klemke nicht, er wollte eine Klärung. Mit Folgen: Nachdem auch Elif Kubasik sagte, dass durch die Gerüchte »mit Finger« auf sie gezeigt wurde und sie sich wie ihre Tochter fast ein Jahr lang nicht aus dem Haus gewagt hätte, schüttelte der Verteidiger nur genervt den Kopf. Götzl sah es: »Was gibt's?«, »Nichts«, antwortete Klemke.

Seit Prozessbeginn mussten verschiedene ErmittlerInnen einräumen, wie die NebenklägerInnen Angelika Lex und Mehmet Daimagüler betonten, dass ein »institutioneller Rassismus« die Ermittlungen bis zum Ende nachhaltig bestimmt habe. Am 32. Verhandlungstag schilderten verschiedene Zeugen – wie einst bei der Polizei – am 9. Juni 2005 zwei männliche deutsche Täter mit Fahrrädern nahe dem Döner-Imbiss von Ismail Yasir gesehen zu haben. Eine weitere Zeugin meinte, die zwei Personen als jene Männer von dem Bombenanschlag in Köln wiedererkannt zu haben. Der Vater von Süleyman Tasköprü, Ali Tasköprü, sagte am 50. Verhandlungstag, wenige Stunden nachdem sein Sohn in seinen Armen starb, den Beamten von zwei Männern bei ihrem Gemüseladen berichtet zu haben: groß, schlank, zwischen 25 und 30 Jahren, deutsch. Am 51. Verhandlungstag berichteten Gamze und Elif Kubasik, dass sie die ErmittlerInnen auf ihre Vermutung hingewiesen hätten, dass sieben Morde an türkischen Mitbürgern auf TäterInnen aus der rechtsextremen Szene deuten könnten. »Das kann man ausschließen«, hätten die Beamten lapidar gesagt. Eine weitere Zeugin sagte indes am gleichen Verhandlungstag erneut aus, was sie bereits der Polizei mitgeteilt hatte: Am 4. April habe sie vor Kubasiks Kiosk zwei deutsche Männer gesehen, die wie »Junkies oder Nazis« aussahen. Hinweise, die die ErmittlerInnen dreizehn Jahre beflissen nicht wahrnahmen – nicht wahrhaben wollten.

In den Verhandlungen, so beobachtete Pinar, reagierte Zschäpe bisher einmal kurz. »Ich hatten den Eindruck, dass sie, als Herr Yozgat mit dem Bild seines Sohnes vor ihr stand, berührt war«, sagt die Rechtsanwältin. »Warum haben sie meinen Sohn getötet?«, hatte der 58-jährige Frührentner energisch die Hauptbeschuldigten am 41. Verhandlungstag gefragt. Zschäpe schwieg. Auch ihr Rechtsbeistand ist nicht gerade sehr sprachgewaltig und interveniert im Vergleich zur 488 Seiten starken Anklage kaum. Einzelne ZeugInnen konnten bisher nicht sicher belegen, dass Zschäpe bei den Morden vor Ort war. Andere Aussagen von ErmittlerInnen bestätigten aber unlängst einzelne Anklagepunkte vom Anmieten der Wohnmobile bis zur Tarnung ihres Lebens. Auch für einen Angeklagten, der jeden Verhandlungstag demonstrativ lässig in Saal A 101 sitzt, haben sich die Vorhaltungen verdichtet. Die ErmittlerInnen offenbarten mehrmals, dass André Eminger bis zum zufälligen Auffliegen des NSU mit ihnen eng verbunden war. Auf seinem Computer wurden Daten zu möglichen Anschlägen gefunden. Im Saal waren auch schon einmal Kameraden »aus Solidarität« für ihn.

In der Szene fanden bisher für Wohlleben, der mal NPD-Vize in Thüringen war, Geldsammel-Aktionen für das Verfahren statt. »Freiheit für Wolle« prangte als Button auf der Facebook-Seite des NPD-Stadtrats Karsten Höhn aus Eisenach. Die NPD-Führung um Holger Apfel dürfte dieses sichtbare Engagement ihres Kommunalpolitikers verstimmt haben. In der Partei wird doch bemüht Distanz zum NSU gesucht. Die Grande wie Apfel nutzen denn auch die Verstrickungen des VS zur Verteidigung. Ihr Credo: Der NSU sei ein Geheimdienstprodukt.

In Saal A 101 scheinen Gericht und Generalbundesanwaltschaft bisher nicht die Einschätzungen des Bundeskriminalamtes und BfV hinterfragen zu wollen, dass mit den drei NSU-Gründungsmitgliedern und den vier Angeklagten die »terroristische Vereinigung« aufgeflogen sei. Einzelne Anträge von NebenklägerInnen, die versuchen, ein Netzwerk des NSU nachzuzeichnen, werden nicht verfolgt. Eine Entwicklung, vor der Pinar schon vor Prozessbeginn warnte. Sie sagte früh: »Wir sind empört, dass keine Empörung da ist.«

Da capo

Derzeit wird unter den Oppositionsparteien des bayerischen Landtags über die Neuauflage eines NSU-Untersuchungsausschusses diskutiert. Die Bilanz der bisherigen Arbeit ist ernüchternd.

von Robert Andreasch und Birgit Mair

Am 17. Juli 2013 legte Franz Schindler (SPD), der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses (UA) im bayerischen Landtag, den gemeinsamen Abschlussbericht vor. Der bayerische Verfassungsschutz sei zwar »auf dem rechten Auge nicht blind gewesen«, doch habe er die »Gefährlichkeit der rechten Szene grob fahrlässig unterschätzt«, sagte Schindler in seinem Resümee. Im Zuge der Ermittlungen zu der NSU-Mordserie habe es gravierende Fehler gegeben.
Es hätte wohl kaum die 31 Sitzungen des im Sommer 2012 eingesetzten parlamentarischen Gremiums gebraucht, um zu diesen Erkenntnissen zu gelangen. Auch Schindler sieht weiteren Aufklärungsbedarf: »Wir haben nur ein paar Mosaiksteinchen zum Gesamtbild beitragen können.«

Rassismus?
In den 262 Seiten des Abschlussberichts taucht das Wort »Rassismus« nur an zwei Stellen auf, der Begriff »Institutioneller Rassismus« kein einziges Mal. Dabei hätte schon der Sitzungsverlauf Anlass gegeben, sich mit der Menschenfeindlichkeit in der bayerischen Gesellschaft und ihren Behörden auseinanderzusetzen.

Die Behörden
Nur wenige der mit der Mordserie befassten Verantwortlichen entschuldigten sich im Ausschuss, einige der Vernommenen diffamierten die NSU-Opfer und deren Angehörigen erneut. Werner St. vom Polizeipräsidium Mittelfranken behauptete kontrafaktisch, das Mordopfer X sei »eine kriminelle Figur in jeder Richtung« gewesen. Ermittler berichteten von einer »türkischen Drogenmafia mit Sitz in Holland, die wie eine Krake ihre Fühler über ganz Europa« ausbreite, beschrieben den Mordtatort in Kassel als »Türkenmeile« oder wiederholten noch im Februar 2013 die Lügengeschichte, wonach das erste Mordopfer des NSU, Enver Şimşek, in Drogengeschäfte verwickelt gewesen sei. Franz-Josef W. vom Polizeipräsidium München bezeichnete eine Person mit dem rassistischen Begriff »Mischling« und offenbarte mit dem Kommentar, er habe »noch nie einen Neonazi auf einem Fahrrad gesehen« eine bis heute fehlende Einsicht.
Der bayerische NSU-Untersuchungsausschuss bestätigte deutlich, dass die neonazistische Szene systematisch durch Staatsanwaltschaft, Polizei und Verfassungsschutz verharmlost wurde. Terrorkonzepte wie »Führerloser Widerstand« waren den vorgeladenen Beamten aus dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht bekannt und selbst ehemalige Leiter der für »Rechtsextremismus« zuständigen Abteilungen wollten sich nicht mehr an »Blood & Honour« und »Combat 18« erinnern. Ein ehemaliger Verfassungsschutzpräsident gab an, nie von der zu seiner Zeit rund um den »Thüringer Heimatschutz« angelaufenen großen Geheimdienstoperation »Rennsteig« gehört zu haben.
Im krassen Kontrast dazu standen die Expertisen der eingeladenen antifaschistischen ExpertInnen Andrea Röpke und Prof. Hajo Funke. Mit ihrem immensen Detailwissen über die militante Szene der letzten Jahrzehnte einerseits und ihrer Analysefähigkeit andererseits beeindruckten sie die ParlamentarierInnen. Die neun Abgeordneten machten oft einen überforderten Eindruck, sei es mit dem Thema »militanter Neonazismus« (zumal die Fraktionen nicht ihre im Thema versierten KollegInnen in den Ausschuss entsandt hatten), mit dem Studium von Akten oder in der konkreten Befragung geladener Zeuginnen und Zeugen. Ein Beispiel: Das Kritischste, womit Innenminister Joachim Herrmann (CSU) konfrontiert wurde, war die Aufforderung, mehr MigrantInnen beim Verfassungsschutz einzustellen.

Medien?
MitarbeiterInnen des Innenministeriums wachten in den öffentlichen Sitzungen peinlich genau darüber, dass die ZeugInnen nicht gegen die Auflagen der behördlichen »Aussagegenehmigungen« verstießen. Elf Mal wurden die Befragungen und Diskussionen in nichtöffentlichen Sitzungen durchgeführt, zeitweise auch in sogenannten Geheimsitzungen, bei denen JournalistInnen nicht einmal in den Gängen des Landtags warten durften. Es dauerte daher nicht lange, bis keine oder nur noch wenige MedienvertreterInnen mehr zu den Ausschussterminen erschienen.

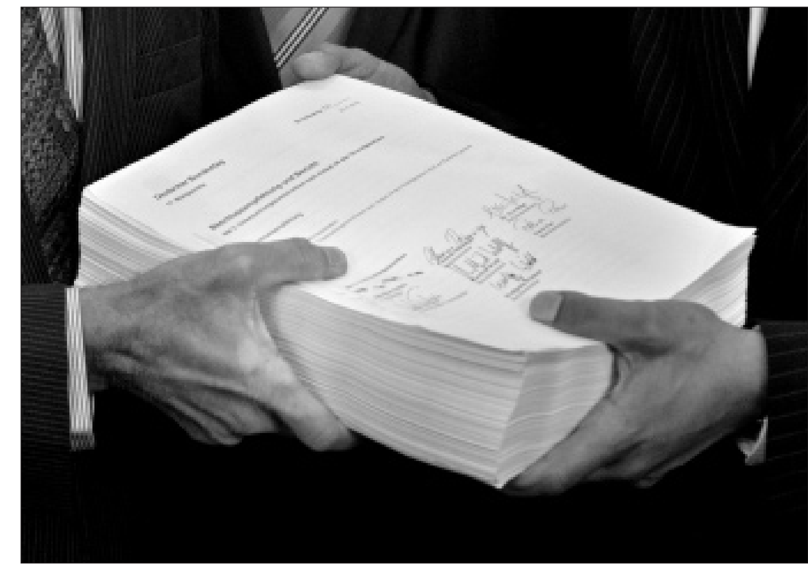
Politik?
Natürlich gab es auch kritische Nachfragen im Gremium und im Ergebnis auch einige neue Erkenntnisse, beispielsweise zur Neonaziszene oder zur V-Mann-Praxis des Verfassungsschutzes. Dass öffentlich wurde, dass der VS mit Kai Dalek einen jahrelang führenden Neonazi Nordbayerns als V-Mann geführt hat, ist einer der wenigen wichtigen Erfolge der Ausschussarbeit. Insgesamt muss die Aufklärung im Untersuchungsausschuss jedoch als weitgehend gescheitert betrachtet werden. Vereinzelte Forderungen von SPD und Grünen nach politischen Konsequenzen waren schon im bayerischen Landtagswahlkampf nur noch selten Thema.

Antifa?
Die Verantwortung für die magere Bilanz liegt jedoch nicht nicht nur bei den Mitgliedern des parlamentarischen Gremiums. Gescheitert ist der Untersuchungsausschuss auch daran, dass parallel zu den Sitzungen kaum Aufklärung aus der bayerischen Zivilgesellschaft eingefordert wurde. Mit Ausnahme der »nordbayerischen Bündnisse gegen rechts« haben sich die meisten demokratischen AkteurInnen überhaupt nicht zum NSU-UA verhalten. Die kleine Antifa-Szene Bayerns war erst recht nicht in der Lage, öffentlichen Druck rund um die parlamentarische Untersuchungsarbeit aufzubauen. Ein Zeichen hierfür waren auch die ZuschauerInnenplätze bei den Sitzungen im bayerischen Landtag: Anders als beim Untersuchungsausschuss des Bundestags blieben sie weitgehend leer.

Alles geklärt?

Eine Bilanz der eineinhalbjährigen Arbeit des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag

von Gerd Wiegel



^ typisch inszeniertes Pressebild

Am 22. August 2013 fand die letzte Sitzung des Untersuchungsausschusses des Bundestages zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) statt, die Arbeitsergebnisse und der 1.300 Seiten lange Bericht wurden vorgestellt. Ein genauer Blick in die öffentlich zugängliche Drucksache mit der Nummer 17/14600 lohnt sich, denn der Bericht ist sicher nicht nur die längste Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und dem Terror des NSU von staatlicher Seite, sondern auch eine Bestandsaufnahme und Einschätzung zur Entwicklung der extremen Rechten seit den 1990er Jahren und deren Kulmination in den Taten des NSU – soweit sie im Konsens der Parteien des Bundestages möglich war. Aus antifaschistischer Sicht muss man nicht alle getroffenen Einschätzungen teilen. Dennoch bietet der Bericht einen detaillierten Überblick zur ideologischen und organisatorischen Vorgeschichte des NSU und die bisher ausführlichste Darstellung zur Fahndung nach dem Trio und zu den Ermittlungen zur Mord- und Anschlagsserie.

Staatliche Mitverantwortung

Immerhin, wer hätte gedacht, in einem Bundestagsdokument unter der Überschrift »Eindruck staatlicher Gleichgültigkeit verstärkt Radikalisierung« zur rassistischen Pogromstimmung Anfang der 1990er Jahre zu lesen: »Die Bilder von Rostock-Lichtenhagen gingen nicht nur um die Welt, sondern vermittelten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich zu extrem rechten Jugendszenen hingezogen fühlten und sich in so genannten ›Kameradschaften‹ organisierten, klare Botschaften: Auch bei schwersten Straftaten würde die Polizei nur zögerlich auf Seiten der Angegriffenen einschreiten, eine effektive Strafverfolgung wäre kaum zu befürchten«. Die staatliche Mitverantwortung für die Entwicklung, die hier ihren Ausgang nahm, wird zumindest teilweise konstatiert.

Auch zum Versagen von Polizei und Verfassungsschutz im Zusammenhang mit dem NSU führt der Bericht Beispiele auf, die fassungslos machen. Gerade vor dem Hintergrund der einseitig auf die Opfer ausgerichteten Ermittlungsarbeit zur Mord- und Anschlagsserie bleibt es unverständlich, warum der Begriff des strukturellen Rassismus im Bericht nicht zur Beschreibung der Ursachen falscher Ermittlungsarbeit auftaucht. Damit wird die Chance verpasst, nach gesellschaftspolitischen Ursachen jenseits individuellen Fehlverhaltens zu fragen, die für den ethnisierenden und rassistischen Blick jenseits individueller Einstellungen einzelner ErmittlerInnen verantwortlich sind.

Differenzen

Bei aller für die Arbeit produktiven Gemeinsamkeit von CDU/CSU bis hin zur Fraktion DIE LINKE lagen bei der Bewertung staatlichen Handelns die Grenzen der Gemeinsamkeit. Deshalb – aber auch aus Zeitgründen – konnten zahlreiche Aspekte nicht oder nicht mit der gebotenen Gründlichkeit bearbeitet werden. Zum Beispiel die Frage nach möglichen UnterstützerInnen des NSU an den Tatorten, die eine genauere Befassung mit den lokalen Nazi-Szenen und ihren möglichen Kontakten zum NSU-Trio erfordert hätte. Und so auch die Frage nach den bis heute nicht befriedigend geklärten Schredderaktionen im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), die vor allem V-Mann-Akten aus dem »Thüringer Heimatschutz« und damit aus dem Umfeld des NSU betrafen. Allein die genauere Klärung der Rolle der Geheimdienst-Quelle »Tarif«, für den laut eines Berichtes des Magazins »Der Spiegel« (2.10.2013) ein »Kennverhältnis« zu dem mutmaßlichen NSU-Mitglied Uwe Mundlos vom BfV nicht ausgeschlossen wird, wäre für die Aufklärung wichtig gewesen. Aber auch die Akte »Tarif« wurde am 11. November 2011 im BfV geschreddert.

Unklar und vom Ausschuss eingestandenermaßen zu kurz behandelt wurde auch der nach wie vor mysteriöse Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn. Bis heute laufen im Bundestag Akten aus Baden-Württemberg ein, die jedoch nicht mehr vom Ausschuss gemeinsam bewertet werden können. Die Verbindungen der Polizei zur Naziszene (Stichwort »Ku-Klux-Klan«) hätten ebenso eine intensivere Arbeit erfordert, wie die nachweislichen Kontakte des Trios nach Baden-Württemberg.

Politische Konsequenzen?

Einigen konnten sich die Fraktionen auf 44 politische Empfehlungen für Polizei, Justiz, Verfassungsschutz, V-Leute-Führung und Demokratieförderung. Wichtig sind hier unter anderem die Verpflichtung der Polizei, bei Gewalttaten gegen Menschen mit Migrationshintergrund dokumentierbar in Richtung eines rassistischen Motivs zu ermitteln, sowie die auch von der CDU/CSU vertretene Forderung, die Bundesprogramme zur Auseinandersetzung mit der extremen Rechten auf eine dauerhafte und bessere finanzielle Grundlage zu stellen.

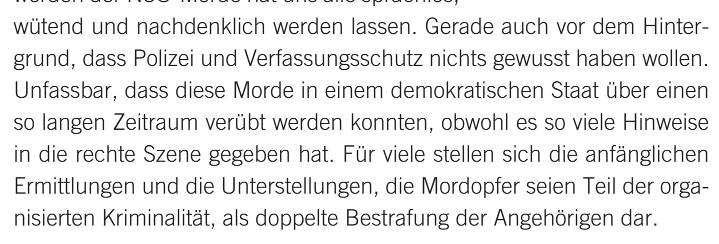
Der Ausschuss hat nach Aussage aller Fraktionen bis zum Abschluss seiner Arbeit keine Anhaltspunkte oder Beweise dafür gefunden, dass staatliche Stellen an den Taten des NSU beteiligt waren, diese unterstützten oder billigten. Diese Feststellung stößt auf viel Kritik, ohne dem jedoch bislang mehr als Indizien, Vermutungen und Theorien entgegenstellen zu können. Jedoch haben die vom Ausschuss in Teilen aufgedeckte Arbeit der Verfassungsschutz-Behörden und das V-Leute-System dazu beigetragen, dass ein Schatten des Verdachts bleiben wird. Die Rolle des Verfassungsschutzes, wie sie im Bericht und im Sondervotum der Fraktion DIE LINKE dargestellt werden, legen als dringende Schlussfolgerung das Ende des V-Leute-Systems und die Auflösung des Verfassungsschutzes nahe. Aber so wie alle anderen Folgerungen werden auch diese nur mit ausreichendem gesellschaftlichem Druck umsetzbar sein.

»... entsprechende Konsequenzen ziehen«

Am 22. August legte der parlamentarische NSU-Untersuchungsausschuss seinen über 1.000 Seiten langen Abschlussbericht vor. Dass der »nicht zu leugnende [...] institutionelle [...] Rassismus bei den Ermittlungsbehörden« nicht thematisiert worden ist, beklagt die »Türkische Gemeinde in Hamburg und Umgebung e. V.« (TGH) in einer Pressemitteilung. Mit der Vorsitzenden der TGH, Nebahat Güçlü, sprach Margarete Schlüter von »der rechte rand« über institutionellen Rassismus, die NSU-Morde und die daraus resultierenden Folgen für Menschen mit türkischem Hintergrund.



drr: Frau Güçlü, was wurde Ihnen aus der Community über die Ermittlungen berichtet?
NG: Die »Türkische Gemeinde in Hamburg und Umgebung« (TGH) verfügt über 17 Mitgliedsvereine. In diesen sind Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur, Bildung, Religion und unterschiedlichen Alters aktiv. Eines unserer Hauptaktionsfelder ist das der antirassistischen Arbeit und die Unterstützung der Gerichts- und Beschwerdeverfahren zur Durchsetzung der Rechte von Personen, die von Rassismus oder Diskriminierung betroffen sind. Wir führen mit verschiedenen Stellen Gespräche, sitzen in Gremien und hören ganz genau hin, wenn uns über Rassismus berichtet wird. Das Bekanntwerden der NSU-Morde hat uns alle sprachlos, wütend und nachdenklich werden lassen. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass Polizei und Verfassungsschutz nichts gewusst haben wollen. Unfassbar, dass diese Morde in einem demokratischen Staat über einen so langen Zeitraum verübt werden konnten, obwohl es so viele Hinweise in die rechte Szene gegeben hat. Für viele stellen sich die anfänglichen Ermittlungen und die Unterstellungen, die Mordopfer seien Teil der organisierten Kriminalität, als doppelte Bestrafung der Angehörigen dar.



Würden Sie das institutionellen Rassismus nennen?
Ja. Die Ermittlungen sind geprägt von rassistischen Vorverurteilungen und das kritisieren wir massiv. Daher ist die Erwartungshaltung gegenüber den Behörden und der Politik sehr groß, nicht nur die Morde aufzuklären, sondern auch entsprechende Konsequenzen in der Umgestaltung der Institutionen zu ziehen.

Ist dies einer der Gründe, weshalb einer im Juli diesen Jahres veröffentlichten Studie, »Ergebnisse der ersten Befragung zu den NSU-Morden«, zufolge ungefähr zwei Drittel der befragten türkischen Community in Deutschland nicht an eine lückenlose Aufklärung der Morde glauben?
Eindeutig ja. Aus der Community ist zu hören, dass wenn die Behörden zehn Jahre geschlafen haben, nicht mehr an lückenlose und transparente Aufklärung geglaubt wird. Es gibt große Zweifel an der Arbeit des VS und der Polizei, und ob diese frei sind von rassistischen Stereotypen. Grund hierfür ist auch der alltäglich erfahrene Rassismus durch die Gesellschaft und Behörden. Das Vertrauen in den Rechtsstaat und die Demokratie ist erschüttert. Warum sollten diese Menschen mit ihrer Erfahrung an eine Aufklärung glauben, wenn sie immer wieder von Rassismus betroffen sind?

Aus der Studie geht des Weiteren hervor, dass sich 64,5 Prozent der Befragten von den NSU-Morden sehr stark persönlich betroffen fühlt und sie für 67,7 Prozent Einfluss auf die private Lebensplanung haben. Was bedeutet das konkret?
Die Menschen sind verängstigt. Eltern haben Angst um ihre Kinder. Von einigen wird es als ein Unglück betrachtet, dass ihr Kind migrantisch aussieht. Es werden Klingelschilder entfernt, aus Angst heraus, es könnten zum Beispiel die Scheiben eingeworfen werden. Manche Ehepaare nehmen deshalb auch den deutschen Nachnamen des Partners/der Partnerin an. Doch eine regelrechte Zwangsgermanisierung ist die falsche Antwort. Stattdessen sollte der Anspruch gelten: Wie kann die Gesellschaft dahingehend verändert werden, damit alle so leben können wie sie wollen? Die Community ist wachsamer geworden, organisiert sich verstärkt.

Sind Sie der Meinung, dass seit dem Bekanntwerden der Morde durch den NSU ein Umdenken sowohl beim Verfassungsschutz als auch bei der Polizei stattgefunden hat?
Ich glaube schon, dass eine neue Sicht da ist. Ob von einem Umdenken zu sprechen ist, was das Minimalste wäre, wird die Praxis zeigen. Vonnöten ist nicht nur eine lückenlose Aufklärung, sondern auch die interkulturelle Öffnung der Behörden und die Schulung der MitarbeiterInnen für eine Sensibilisierung für Rassismus.

In mehreren Bundesländern, in denen der NSU mordete, wurden Ermittlungsausschüsse eingerichtet. Warum ist das in Hamburg bisher nicht geschehen?
Die Fraktionen hätten diesen beantragen müssen. Leider ist das versäumt worden. Wir hätten einen Ermittlungsausschuss in Hamburg sehr begrüßt.

Welche Maßnahmen müssten ergriffen werden, um sowohl dem institutionellen als auch dem gesellschaftlichen Rassismus entgegenzuwirken?
Es muss eine Partizipation auf Augenhöhe stattfinden. Antagonismen müssen abgebaut werden, interkulturelle Bildung verstärkt werden. Interkulturelle Praxis sollte zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe gemacht werden. Hierfür müssen Mittel freigegeben werden, um Rassismus zu bekämpfen. Die flächendeckende Einrichtung von Beratungsstellen sowie die juristische, materielle und psychologische Unterstützung von durch Rassismus Betroffenen ist notwendig. Voraussetzung ist jedoch die Anerkennung der Tatsache, dass es sowohl gesellschaftlichen als auch institutionellen Rassismus gibt.

Vielen Dank für das Gespräch.

Prozess-Blockaden durchbrechen

Seit Mai 2013 läuft vor dem Oberlandesgericht München der Prozess gegen das mutmaßliche Mitglied des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) Beate Zschäpe und vier mutmaßliche Unterstützer der Nazi-Terrorgruppe. Für »der rechte rand« sprach Ernst Kovahl mit Alexander Hoffmann, einem Anwalt der NebenklägerInnen.



drr: Welche Erwartungen haben die NebenklägerInnen an den Prozess?
Hoffman: Gerechtigkeit, Aufklärung, Anerkennung des Unrechts, eine Entschuldigung von den verantwortlichen PolitikerInnen und der Polizei. So vielfältig die Schicksale und die Betroffenheit durch die NSU-Verbrechen sind, so individuell sind die Erwartungen. Es gibt auch NebenklägerInnen, die keine Erwartungen an den Prozess und an den bundesdeutschen Staat haben und nur wollen, dass im Prozess keine falsche Geschichte geschrieben wird.

Kann der Prozess die Erwartungen erfüllen?
Das ist noch nicht zu beantworten. Viele Erwartungen werden aber nicht erfüllt werden, denn ein Strafprozess arbeitet sich an der durch das Gericht zugelassenen Anklage ab, und die hat den Prozessstoff stark eingeschränkt. Angeklagt sind fünf Personen. Die Anklage zeichnet das Bild einer abgeschotteten terroristischen Vereinigung aus Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, die vereinzelt Unterstützung, zum Beispiel durch die Beschaffung von Waffen oder die Bereitstellung falscher Identitäten, erhalten hat. Die Anklageschrift ignoriert, dass die Morde einer breit von der Naziszene der 1990er Jahre getragenen Ideologie folgten. Auch wird ignoriert, dass die Unterstützung, die die Morde und Anschläge ermöglichte, durch ein festes Netzwerk erfolgte und das mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die Durchführung der Morde unter Einbeziehung weiterer Personen geschah. Die Mitglieder des NSU hatten jederzeit Kontakt zu diesem Netz, sie lebten nicht versteckt und einsam im Untergrund. Der bisherige Prozessverlauf zeigt, dass das Gericht und die Bundesanwaltschaft entschlossen sind, diesen Aspekten sowie den Bemühungen um Aufdeckung des Verhaltens staatlicher Stellen möglichst geringen Raum zu geben. Es ist unsere Aufgabe als Vertretung der NebenklägerInnen im Auftrag unserer MandantInnen die Blockade zu durchbrechen.

Zwei Fragen sind zentral: Welche Bedeutung hatte Rassismus für das Entstehen des NSU und die erfolglose Fahndung? Und welche Rolle spielten staatliche Institutionen?
Die Ideologie des NSU ist durch einen menschenverachtenden, eliminatorischen Rassismus geprägt. Die polizeiliche Ermittlung war erkennbar durch die Vorstellung geprägt, dass Nichtdeutsche per se eine besondere Nähe zu kriminellem Verhalten und zu kriminellen Organisationen aufweisen. Insoweit gibt es Ermittlungsroutinen, die Ermittlungen in Richtung rassistischer Tatmotivation quasi unmöglich machen. Abgearbeitet werden umfassende Ermittlungen im familiären Umfeld, in bestimmte kriminelle und politische Milieus. Der Blick über den vorgegebenen Tellerrand wird unmöglich gemacht. Dazu kam das Bestreben von Staatsschutzstellen und Verfassungsschutzämtern, ihre Verbindungen, Kontakte und Verantwortlichkeiten, die bis ins engste Umfeld der jetzt Angeklagten reichten, zu verschleiern. Außerdem wurde ab 2005 versucht, jeden Skandal, der durch die Bekanntgabe des vorhandenen Wissens über die rassistische Mordserie zwangsläufig entstanden wäre, zu vermeiden. Welche Rolle Geheimdienste spielten, ist nicht geklärt. Wenn wir in dem laufenden Prozess darlegen können, dass der NSU nicht nur aus drei Personen und einigen Helfern bestand, wenn wir darlegen können, dass das angebliche Polizeiversagen Ergebnis eines auch in der Polizeiarbeit verankerten staatlichen Rassismus ist, wäre dies bereits ein großer Erfolg.

Wohin will die Anklage im Prozess?
Die Anklage will eine abgestufte Verurteilung. Zschäpe soll für alle Taten des NSU eine lebenslange Haftstrafe, möglichst mit anschließender Sicherungsverwahrung bekommen, die übrigen Angeklagten langjährige bis lebenslange Haftstrafen, je nach der jeweiligen Beteiligung und ihrem Verhalten nach Aufdeckung der Straftaten. Die Bundesanwaltschaft will die Diskussion über die NSU-Morde symbolisch und faktisch abschließen.

Werden die Interessen der Opfer und ihrer Angehörigen ausreichend berücksichtigt?
Besonders der Beginn des Prozesses, das Hickhack um die Akkreditierung von JournalistInnen, die Verzögerung des Prozessbeginns waren belastend. Auch die Zumutung, dass NebenklägerInnen im Gericht ständig auf den auf freiem Fuß befindlichen Angeklagten André Eminger treffen, ist belastend. Andererseits ist der Prozess den Regeln des Strafprozessrechts unterworfen. Die NebenklägerInnen wollen kein prozessuales Sonderrecht. Viel wichtiger wäre, wenn Politik und staatliche Stellen endlich zu ihrer Verantwortung stehen und alle offenen Fragen aufklären statt weiter zu verschleiern. Daneben muss die Frage der Entschädigung und der Gewährung von Unterstützung vor dem Hintergrund der staatlichen Mitverantwortung neu diskutiert werden.

Wie wird es mit dem Prozess weitergehen?
Gerade haben die ersten Vernehmungen von Nazis aus dem Umfeld der Angeklagten begonnen. Es wird jetzt darum gehen zu verhindern, dass sich alle als Aussteiger, Randfiguren und Mitläufer darstellen. Wenn es uns gelingt, die Naziszene Thüringens in den 1990er Jahren darzustellen, die ideologische Ausrichtung von Gruppen wie »Thüringer Heimatschutz« und »Blood & Honour«, in denen sich die Angeklagten und ihr Umfeld bewegten, kommen wir den Motiven für die Morde und Anschläge auf die Spur.

Danke für den Einblick

Das Problem-Amt

Ein Plädoyer für die Auflösung des Verfassungsschutzes, der aufgrund seiner Geschichte und dem damit zusammenhängenden strukturellen Unvermögen nicht dazu beitragen kann, die Demokratie zu schützen.

von Martin Kutscha



Immer noch versuchen manche PolitikerInnen, das Versagen der Verfassungsschutzämter bei der Verfolgung der NSU-Terrorzelle als eine Abfolge scheinbar unerklärlicher »Ermittlungspannen« darzustellen. Es passt nicht in ihr Weltbild von neutral-rechtsstaatlich handelnden Behörden, dass dieses Versagen kein Zufall ist, sondern strukturelle Ursachen hat. Nur der Blick auf solche Hintergründe kann aber erklären, warum etwa die Thüringer Verfassungsschutzbehörde »die Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden bei der Suche nach dem Trio massiv beeinträchtigt hat«, wie das vom dortigen Innenministerium in Auftrag gegebene Gutachten dreier unabhängiger Juristen feststellen musste.

Was steckt dahinter? Sicher spielte das Bemühen der »Verfassungsschützer« eine Rolle, eine Enttarnung der von ihnen geführten V-Leute zu verhindern, und zwar selbst um den Preis der weiteren Begehung schwerer Straftaten. Darüber hinaus ist aber anzunehmen, dass zumindest einige der Verfassungsschutzbediensteten symbiotische Beziehungen zu Mitgliedern der Neonaziszene pflegen. Schon angesichts des Scheiterns des NPD-Verbotsverfahrens im Jahre 2003 sprach der Osnabrücker Staatsrechtler Jörn Ipsen ironisch davon, »dass Bedienstete des Verfassungsschutzes und Parteifunktionäre über Jahre hinweg eine Art Symbiose eingegangen sind, die sich für beide Seiten – ohne zeitliche Begrenzung – als vorteilhaft erwiesen haben dürfte«. Nehmen wir als ein Beispiel von vielen nur den ehemaligen Landesvorsitzenden der NPD in Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Frenz. Nach seiner Enttarnung 2002 bekannte er freimütig, dass er dem dortigen Verfassungsschutz über drei Jahrzehnte als V-Mann diente und das dafür erhaltene Geld in den Aufbau seiner Parteigliederung investierte.

Die politische Einäugigkeit dieser Behörden wird freilich verschleiert, indem sie und die verantwortlichen Innenminister unisono behaupten, die Tätigkeit der Ämter sei unparteiisch und diene der Bekämpfung des »Extremismus«. Mit diesem bewusst unscharfen Begriff wird der Öffentlichkeit suggeriert, dass die Demokratie ausschließlich von den Rändern der Gesellschaft bedroht werde. Dabei zeigen aktuelle sozialwissenschaftliche Untersuchungen (zum Beispiel die »Mitte-Studien« der Friedrich-Ebert-Stiftung), wie weit demokratiefeindliche und rassistische Einstellungen in die Mitte der Gesellschaft reichen. Davon aber oder auch von Verfassungsbrüchen der Staatsgewalt ist in den jährlichen »Verfassungsschutzberichten« kein Sterbenswörtchen zu lesen. Tatsächlich können die Verfassungsschutzbehörden als Teil der staatlichen Exekutive den mit ihrem Namen verbundenen Anspruch schon aus institutionellen Gründen gar nicht wirksam erfüllen. Unsere Verfassung, das Grundgesetz, zielt nämlich vor allem auf den Schutz der BürgerInnen vor den Übergriffen der Staatsgewalt – nicht umgekehrt. Deshalb stehen die Grundrechte des Einzelnen am Anfang; erst dann folgen die Staatsorganisationsnormen. Die Verbürgung der verschiedenen Freiheitsrechte und das emphatische Bekenntnis zur Unantastbarkeit der Menschenwürde in Art. 1 sind nicht zuletzt eine unmittelbare Antwort auf die Barbarei der Nazi-Diktatur, deren Überwindung bei der Verabschiedung des Grundgesetzes ja gerade vier Jahre zurücklag.

Zur Bekämpfung des Neonazismus ist der Verfassungsschutz aus den dargestellten Gründen völlig untauglich. Neben Bildungs- und Präventionsarbeit, ist der konsequente Einsatz von Polizei und Staatsanwaltschaft gefordert. Wer indessen meint, der Verfassungsschutz sei als Aufklärungsinstrument unentbehrlich, sollte durch den »NSU-Skandal« längst eines Besseren belehrt worden sein. Nicht so das Innenministerium. Bereits kurze Zeit nach dem Auffliegen des NSU am 4. November 2011 wurden Sofortmaßnahmen beschlossen, die auf folgenden vier Voraussetzungen beruhen: Erstens sollen für die Informationsgewinnung weiterhin V-Leute eingesetzt werden. Zweitens habe es einen ungenügenden Informationsaustausch sowohl zwischen Polizei- und Geheimdiensten als auch zwischen Bundes- und Länderbehörden gegeben. Zum Dritten müssten das Bundeskriminalamt sowie das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) gegenüber den Länderbehörden gestärkt werden und viertens müssten die Zuständigkeiten der Generalbundesanwaltschaft und deren Möglichkeiten, Verfahren an sich zu ziehen, erweitert werden. Statt die Institution des Verfassungsschutzes zu hinterfragen, wurden Kommunikation und Befugnisse zentralisiert, und im November 2011 das BfV gegenüber den Ländern gestärkt. Sicherheitsbehörden übergreifend wurde am 16. September 2011 das »Gemeinsame Abwehrzentrum Rechts« (GAR) eingerichtet, welches mit der Überführung in ein »Gemeinsames Abwehrzentrum Extremismus und Terrorismus« (GETZ) im November letzten Jahres die Institutionalisierung der Extremismusthese par excellence darstellt. Des Weiteren wurde im September 2012 die »Datei gegen Rechtsextremismus« (RED), welche einen Datentausch zwischen Polizei- und Geheimdienstbehörden erleichtern soll, freigeschaltet. Der Aktionismus beschränkt sich auf die strukturelle und organisatorische Ebene. Dabei wäre eine Schulung und Sensibilisierung der zuständigen Exekutive ein erster Schritt, um diese in die Lage zu versetzen, neonazistisches und rassistisches Verhalten als solches zu erkennen.

Die ergriffenen Maßnahmen lassen die Schlussfolgerung zu, dass es in erster Linie um die Stärkung der Verfassungsschutzämter geht. Eine demokratische Lösung ist jedoch nur durch die Abschaffung des Verfassungsschutzes zu erreichen, wie sie jetzt unter anderem in einem Memorandum der Humanistischen Union und zweier anderer Bürgerrechtsorganisationen gefordert wird.

Eine Chronik des NSU – IX

(22. August bis 22. Oktober 2013)

von Ernst Kovahl

22. August: Der »Zentralrat der Muslime in Deutschland« fordert Konsequenzen aus dem Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses (UA) des Bundestages zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU). Rassismus in der Gesellschaft müsse aufgearbeitet und die Sicherheitsbehörden reformiert werden.

27. August: Die »Türkische Gemeinde in Deutschland« legt einen »Schattenbericht« zur NSU-Mordserie und politischen Konsequenzen vor. Die Organisation fordert weitere Aufklärung und Schritte gegen Rassismus und Neonazismus.

28. August: »Der Spiegel« berichtet, dass das mutmaßliche NSU-Mitglied Beate Zschäpe in die Taten von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos eingeweiht war. Nach deren letzten Banküberfällen 2011 habe sie im Internet nach Polizeimeldungen aus den Orten gesucht.

29. August: Das Münchener Oberlandesgericht (OLG) lädt den Polizeibeamten Martin A., der 2007 einen dem NSU zugerechneten Anschlag in Heilbronn überlebte, als Zeugen. Der UA des Bundestages hatte auf seine Aussage verzichtet.

1. September: Thüringen will den Geheimdienst stärker an das Innenministerium anbinden, V-Leute besser kontrollieren und einen zivilgesellschaftlichen »Beirat« zur Begleitung der Spitzelarbeit aufbauen.

2. September: Der Bundestag debattiert den Abschlussbericht des NSU-UA. Angehörige der Opfer nehmen an der Sitzung teil.

2. September: Der NDR berichtet über Kontakte der späteren NSU-Mitglieder zu Hamburger Neonazis. So soll unter anderem Böhnhardt 1997 an einer Schulung von Szene-Anwältin Gisa Pahl teilgenommen haben. Das »Deutsche Rechtsbüro« habe auch auf einer möglichen Spendenliste des NSU gestanden.

5. September: Im NSU-Prozess werden Überwachungsvideos von 2004 aus Köln gezeigt, auf denen neben Böhnhardt und Mundlos kurz vor dem Bombenanschlag weitere Personen zu sehen sind, die nach Ansicht von NebenklägerInnen in bisher ungeklärtem Zusammenhang zum NSU stehen könnten.

6. September: Im NSU-Prozess sagt eine Zeugin, sie habe die mutmaßlichen Mörder von Ismail Yasar 2005 gesehen und 2006 auf Videoaufnahmen vom Bombenanschlag in Köln wiedererkannt. Die Polizei verfolgte diese Spur nicht.

7. September: Der Präsident des »Zentralrats der Juden in Deutschland«, Dieter Graumann, kritisiert die früheren Aussagen von Sicherheitsbehörden, es gebe in Deutschland keinen Rechtsterrorismus.

9. September: Im Thüringer UA sagt der frühere Leitende Oberstaatsanwalt in Gera, Arndt Koeppen, es habe in seiner Behörde immer Spekulationen gegeben, dass der Geheimdienst die Fahndung nach den 1998 Abgetauchten sabotiert habe.

11. September: Am 13. Todestag von Enver Şimşek wird in seiner Heimatstadt Schlüchtern eine Gedenktafel enthüllt.

11. September: Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster im Streit um die Versetzung zweier Mitarbeiter des »Bundesamtes für Verfassungsschutz« wegen Aktenvernichtungen wird bekannt. Die Vorgesetzten des Beamten, der für die Vernichtung verantwortlich war, können wieder auf ihre Posten zurückkehren.

12. September: Ein NSU-Opferanwalt fordert für Baden-Württemberg einen UA. Es gebe zu viele Unklarheiten mit Bezügen zu dem Bundesland. Die Gewerkschaft »IG BAU« fordert die Fortsetzung des Bundestags-UA nach der Wahl.

16. September: Der 21-jährige Florian H. verbrennt in seinem Auto in Stuttgart-Bad Cannstatt. Er sollte von der »Ermittlungsgruppe Umfeld« des Landeskriminialamtes (LKA) Baden-Württemberg zu möglichen NSU-Kontakten befragt werden. Die Polizei geht von Selbstmord aus.

17. September: Die Verteidigung von Zschäpe verlangt vom Gericht mehr Geld und lässt deswegen Prozesstermine platzen. Unter anderem wegen dieser Forderung reisen mehrere ZeugInnen und Angehörige der Opfer umsonst zum Prozess.

1. Oktober: Der frühere hessische Geheimdienst-Mitarbeiter Andreas Temme wiederholt im NSU-Prozess seine Behauptung, er habe, obwohl er vor Ort war, von dem Mord in einem Kasseler Internetcafé nichts mitbekommen.

1. Oktober: Der MDR berichtet, die Geheimdienst-Quelle »Tarif« sei der langjährige führende Neonazi Michael See. Er hatte unter anderem Verbindungen zum »Thüringer Heimatschutz« und mutmaßlichen NSU-Mitgliedern und -helfern. See lebt heute in Schweden.

4. Oktober: Der »Bayerische Rundfunk« enthüllt, dass auch bei der Fahndung nach den Tätern des ebenfalls mutmaßlichen NSU-Bombenanschlags im Juni 1999 in einer Nürnberger Kneipe die Polizei vor allem das türkische Opfer und drei türkische Gäste verdächtigte; für einen Deutschen am Tatort interessierte sie sich nicht.

17. Oktober: Im NSU-Prozess sagt ein ehemaliger Schweizer Waffenhändler, er habe die mutmaßliche NSU-Tatwaffe »Česka« mit Schalldämpfer an einen Kunden in der Schweiz verkauft. Von dort gelangte sie offenbar über Zwischenhändler an den mutmaßlichen NSU-Helfer Carsten Schultze.

17. Oktober: Bei einer Razzia in einem Chemnitzer Computerladen im Zusammenhang mit dem NSU werden eine Softairwaffe und ein Luftdruckgewehr gefunden. Der Ladeninhaber ist verdächtig, bei der Beschaffung der NSU-Waffen geholfen zu haben.

20. Oktober: Die SPD Baden-Württemberg lehnt die Forderung der Jusos nach einem NSU-UA ab. Ende 2013 will Landesinnenminister Reinhold Gall (SPD) einen Bericht vorlegen.

22. Oktober: NebenklägerInnen aus dem NSU-Prozess verlangen neue Ermittlungen zum hessischen Geheimdienstler Temme. An seiner früheren Fahrtroute zur Arbeit liegen mehrere ausgespähte mögliche NSU-Anschlagsziele in Kassel.

Protokolle aller Verhandlungstage am Münchner OLG im NSU-Prozess gibt es unter www.nsu-watch.info, die Stellungnahmen der NebenklägerInnen unter www.nsu-nebenklage.de.

Zwischentags in Berlin

Beinahe wäre der diesjährige »Zwischentag« ins Wasser gefallen – doch dann zog die AVZ Event GmbH Logenhaus ihre wenige Tage zuvor ausgesprochene Kündigung aufgrund der guten Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren zurück. Ohne weiteren Schaden oder ernstzunehmende Intervention konnte so das derzeit größte Treffen der vermeintlich intellektuellen extremen Rechten über die Bühne gehen.

von Lucius Teidelbaum



Ist das noch konservativ? Zumindest behaupten das die Initiatoren und Organisatoren der 2013 zum zweiten Mal stattfindenden »Freien Messe«, Götz Kubitschek und Felix Menzel, nur zu gern von sich. Sicherlich, wer davon ausgeht, dass selbst die CDU und die CSU der 1950er Jahre tatsächlich konservative Parteien gewesen seien, kann zu einer solch verqueren Selbstwahrnehmung kommen. Allerdings passt dazu nicht, dass es bereits im Vorfeld einen Disput zwischen Kubitschek und der Wochenzeitschrift »Junge Freiheit« (JF) gab, die sich auch gern als »konservativ« bezeichnet. Die blieb nämlich dieses Jahr dem »Zwischentag« fern und stellte die Veranstaltung gar unter den Verdacht der Rechtsabweichung. Dabei war letztes Jahr noch alles irgendwie in Ordnung. Chefredakteur Dieter Stein hatte zwar mit Vertretern der »Deutschen Burschenschaft« eine Kontroverse um die Bewertung des 20. Juli 1944 auszutragen – für ihn »Helden«, für die anderen eher »Hochverräter« (s. drr Nr. 139), aber ein Rückzug der JF stand nicht zur Debatte. Doch zwischenzeitlich hat sich das Verhältnis angespannt, wobei zu den Hintergründen viele »Latrinenparolen« im Umlauf sind, über deren vielleicht zumindest partielle Richtigkeit wohl nur die Betroffenen selbst etwas sagen könnten. Eines ist indes offensichtlich, Kubitschek und Stein haben verschiedene Wege eingeschlagen. Die Berliner Wochenzeitung möchte sich breiter aufstellen, noch mehr AbonnentInnen gewinnen, um vielleicht doch noch einmal so etwas wie eine rechte »taz« zu werden. Entsprechend präsentierte sie sich nicht auf dem »Zwischentag« 2013 und auch der Chefredakteur blieb der Veranstaltung fern.

Dafür folgte im Nachgang ein Verriss, JF-Autor Henning Hoffgard begründete die Absage damit, dass »das Konzept der Messe immer mehr eine Schlagseite bekam«. Dies veranlasste wiederum Kubitschek, auf dem Blog »Sezession« eine erboste und deutliche Kritik zu führen. Dabei möchte die »Messe« doch vor allem ein »Großereignis« sein, »ein kraftvoller, mächtiger Beweis für die Vielgestaltigkeit und die Anziehungskraft eines Milieus...«, was der JF wohl etwas zu viel Heterogenität beziehungsweise zu viel Offenheit nach ganz rechts ist. Immerhin wurde auf der Veranstaltung am 5. Oktober gleich zwei Aktivisten Redezeit eingeräumt, denen gelinde gesagt mehr als nur eine Nähe zum Faschismus nachgesagt werden darf: Gabriele Adinolfi, 1954 in Italien geboren, ist seit seiner Jugend bei der extremen Rechten aktiv. Er war unter anderem Mitbegründer der »Terza Posizione« (»Dritte Position«), aus der die bewaffnete Organisation »Nuclei Armati Rivoluzionari« (NAR, »Bewaffnete revolutionäre Zellen«) hervorging – ihr wird der Anschlag auf den Bahnhof von Bologna im Jahr 1980 mit 85 Toten und über 200 Verletzten zugeschrieben. Um der Verhaftungswelle in Folge des Anschlages zu entgehen, flüchtete er nach Frankreich. Dort lebte er 20 Jahre lang und fand Anschluss an die »neurechte« »GRECE« um Alain de Benoist. Anschließend konnte Adinolfi nach Italien zurückkehren, wo er heute für den rechten Think-Tank »Centro Studi Polaris« tätig ist und als ein Stichwortgeber der bei »Casa Pound« organisierten NeofaschistInnen gilt. Der zweite »Rechtsaußen«-Redner war Márton Gyöngyösi, Abgeordneter der »Jobbik« im ungarischen Parlament, der durch antisemitische Äußerungen aufgefallen war. Im Februar 2012 hatte er im Interview mit der englischen Zeitung »Jewish Chronicle« die Opferzahlen der 400.000 ermordeten und deportierten ungarischen Jüdinnen und Juden in Frage gestellt. Sein Kommentar dazu: »Mit den Zahlen herum zu spielen ist ein fantastisches Geschäft geworden.« Im November 2012 schließlich forderte Gyöngyösi im ungarischen Parlament die Offenlegung der Parlamentsabgeordneten und Regierungsmitglieder jüdischer Abstammung und mit israelischer Staatsbürgerschaft.

Loyalität und Nähe

Kubitschek geht in dem Blog der Zeitschrift »Sezession« des »Instituts für Staatspolitik« (IfS) auf die in verschiedenen Zeitungen im Nachgang erhobenen Vorwürfe hinsichtlich des Auftritts von Márton Gyöngyösi und dessen Forderungen ein: »Ernsthaft: Márton Gyöngyösi hat zuhause im ungarischen Parlament die alte Frage nach der Loyalität im Zeitalter offener Grenzen gestellt«, schreibt er. »Diese Frage wird in Deutschland nicht explizit, aber implizit in Polizeikreisen und in der Bundeswehr natürlich auch aufgeworfen: Inwiefern ist der moslemische Unteroffizier im islamischen Einsatzgebiet zweifelsfrei loyal? In den USA gab der eine oder andere Bewaffnete bereits eine blutige Antwort auf diese Frage. Und dass sich derlei Loyalitätsfragen auf der Ebene hoher politischer Beamter oder mächtiger Wirtschaftsführer mit doppelter Staatsbürgerschaft ebenso stellen, ist eine Binsenweisheit.« Wenig einfallsreich, wie hier versucht wird, einen klar antisemitisch motivierten Vorstoß zu rechtfertigen – es wäre im Übrigen wohl auch nicht das erste Mal, dass Ungarn Jüdinnen



und Juden erfassen würden. Ab 1944 fuhren auch von dort die Züge nach Auschwitz. Auf dem »Zwischentag« war Gyöngyösi auf Einladung des englischen Verlags »Arktos«, der sein Programm dort ausstellte. Im Angebot eine Mischung zeitgenössischer ›neurechter‹ Autoren sowie englische Übersetzungen und Neuauflagen neofaschistischer Autoren der Nachkriegszeit – mit Konservativismus hat das wenig gemein. Auch die Ausstellung zur »Konservativen Revolution« sowie weite Teile des ausstellenden »Uwe Berg Verlags«, Reprints entsprechender Autoren dieses Spektrums, haben mit dem, was heute als ›konservativ‹ angesehen wird, kaum etwas zu tun – es ist wohl treffender, diese Strömung der 1920er Jahre als deutsche Entsprechung des italienischen Faschismus und deren ideologische und spätere personelle Schnittmenge mit dem »Nationalsozialismus« zu interpretieren.
Etwas mehr als 30 Verlage, Zeitschriften und Initiativen hatten im Logenhaus in Berlin-Wilmersdorf schließlich ihre Stände aufgebaut, an denen entlang die rund 700 BesucherInnen flanierten. Ausgestellt hat selbstverständlich der »Verlag Antaios« von Kubitschek, das Magazin »Sezession«, dessen Chefredakteur er ist, sowie das »Institut für Staatspolitik«, dem er offiziell über mehrere Jahre angehörte. Auch dabei die »Blaue Narzisse«, ein vorwiegend von Felix Menzel vorangetriebenes Projekt, der »Regin-Verlag«, die österreichische Monatszeitschrift »Der Eckart«, die belgische Zeitschrift »TeKoS« und die »Identitäre Bewegung Frankreich«, »Politically Incorrect« und die »German Defence League«. Im Vergleich zum letzten Jahr wurde eine größere internationale Bandbreite geboten. Auch die Zusammensetzung des Publikums hat sich verändert. Es gaben sich deutlich mehr Besucher als Mitglied einer Burschenschaft zu erkennen und die Beteiligung der »Identitären« zog entsprechend jugendliches Klientel an.

Kein Publikum für Kunst und Kultur

Angezogen haben dürfte die Masse der BesucherInnen aber vor allem das umfangreiche Begleitprogramm. Auf zwei räumlich getrennten Podien wurden diesmal jeweils politische und kulturelle Themen präsentiert. Die Veranstaltungen auf dem politischen Podium, welche »die großen aktuellen Themen, die Deutschland und insbesondere das konservative Lager bewegen« behandeln sollten, dauerten je 35 Minuten. Von der Präsentation der organisierenden Institutionen ging es über die Zukunft Europas, den NSU, konservative Bildungszentren, allgemeine Bildungsfragen und die »Identitären«. Die mit Spannung erwartete kontroverse Diskussion um die Zukunft der »Deutschen Burschenschaft« konnte nicht stattfinden. Der eingeladene Kritiker hatte abgesagt. Wie im Vorjahr erwies sich Karl-Heinz Weißmann in der Podiumsdiskussion mit Georg Turner (von 1986 bis 1989 Senator für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin) zu der »Massen-Uni« als Publikumsmagnet. Etwa 200 BesucherInnen der »Freien Messe« folgten Weißmann als maßgeblichem Ideologen des IfS. Das »Kultur-Podium« fand dagegen deutlich weniger Anklang, die Mischung aus Lesungen und Präsentationen wirkte willkürlich. So fand sich auch Platz und Zeit für Manuel Ochsenreiter, Chefredakteur der monatlich erscheinenden Zeitschrift »Zuerst!«. Er referierte über den Syrien-Konflikt, seine unverhohlene Sympathie für das Assad-Regime und für die »Hizbollah« kaum zügelnd. Zum Abschluss griff der nationalistische Pop-Rocker Sacha Korn aus Berlin-Teltow zur Akustikgitarre. Doch nur noch knapp 50 ZuschauerInnen hörten ihm zu, während rundherum bereits abgebaut wurde. An seinem Auftritt hatte sich auch im Vorfeld Kritik erhoben, war der Musiker doch im sachsen-anhaltischen Landtagswahlkampf 2011 auf der »Schulhof-CD« der NPD mit drei Liedern vertreten.

Weiter mit Menzel?

Insgesamt gelang es mit der Veranstaltung nicht, über den Kern der rechten bis extrem rechten, deutlich männlich geprägten Szene hinaus Attraktivität zu entfalten. Phasenweise glich die Veranstaltung eher einem ›Familientreffen‹, viele kannten sich. Vernetzung ist schließlich – neben der Bildungsarbeit – ein Ziel des »Zwischentags«. Auch auf der Homepage wird unter der Rubrik »kontaktbörse« explizit dazu aufgerufen. Allzu hoffungsvoll schauten allerdings viele der deutschen Vortragenden nicht in die Zukunft, hierzulande sind sie weit davon entfernt, tatsächliche politische oder diskursive Macht zu entfalten. Interessant wird im kommenden Jahr, bei der Wiederauflage der »Messe«, zu beobachten sein, ob Kubitscheks Adlatus Felix Menzel der Aufgabe gewachsen ist, die ihm sein ›älterer Freund‹ zugedacht hat, nämlich der Organisation des »Zwischentags« 2014. Schienen doch dem jungen ›Intellektuellen‹ bisher selbst die Anzüge, die er trug, eher zu groß zu sein.

Nationale Antworten

Die Zeitschrift »Compact« hält nationalistische Antworten für das autoritäre Krisenbewusstsein der Mitte bereit.

von Klaus Niebuhr

Die Zeitschrift »Compact« lädt für den 23. November nach Leipzig zu einer »Konferenz für Souveränität«. Antifeministische und homophobe Themen bestimmen die Agenda der Tagung. Die Zeitschrift selbst löst den programmatischen Untertitel »Magazin für Souveränität« durch konsequent nationale Antworten ein.
Die Konferenz steht unter dem Motto »Werden Europas Völker abgeschafft?«. Eva Herman, Thilo Sarrazin und Peter Scholl-Latour sind als ReferentInnen ebenso angekündigt wie der Theologe und langjährige Autor der »Jungen Freiheit« (JF) Ulrich Schacht. Im Ankündigungstext wird die demographische Katastrophe eines »sterbenden Europa« beschworen. Ganz im Duktus rechter Familienkonzepte heißt es dort: »Nur aus der Verbindung von Mann und Frau kann [...] neues Leben hervorgehen, nur diese Verbindung gewährleistet [...] die biologische Fortexistenz der europäischen Völker. Nur wenn die »sexuelle Umerziehung« gestoppt wird, werden Jungen und Mädchen [...] stabile Liebesbeziehungen bilden können. [...] hier geht es um die Gefahren aus der Pornographisierung und der Gender-Mainstream-Verunsicherung [...].« Aus Frankreich ist Béatrice Bourges angekündigt, eine der Wortführerinnen der konservativen Bewegung gegen die Homoehe, um aus deren Kampagnen zu lernen. Die antifeministisch motivierte Abwehr des Gendermainstreamings ist immer wieder Thema. In der Ausgabe vom Mai 2013 entwarf Eva Herman ein Panorama rechtskonservativer Gesellschaftskritik, in dem sie Demographie und Familienpolitik als Schlüsselthemen des angeblich allgegenwärtigen Verfalls traditioneller Werte benannte.

Euroskepsis, Antiamerikanismus

Wie weit rechts sich »Compact« positioniert, variiert je nach Thema durchaus stark. Extrem rechte Positionen zu Aspekten der Geschichte des Nationalsozialismus finden sich ebenso wenig wie offen rassistische Argumentationsmuster. In der Frage der Zukunft des Euro werden Positionen vertreten, die sich auch in der Programmatik der »Alternative für Deutschland« (AfD) wiederfinden. Deren Wortführer wie Joachim Starbatty und Karl Albrecht Schachtschneider kommen im Heft ausführlich zu Wort und stehen für Veranstaltungen der Zeitschrift zur Verfügung. Mit Frauke Petry – eine der drei BundessprecherInnen der AfD (s. drr Nr. 144) – ist die AfD bei der »Konferenz für Souveränität« prominent vertreten. Seit langem prophezeien »Compact«-AutorInnen den nahen Zusammenbruch des Papiergeldsystems in Folge der Eurokrise. Dagegen helfe nur eine Rückkehr zu den nationalen Währungen und eine Abkehr von der Globalisierung aller Wirtschaftsbereiche. Linkskeynesiaistische Analysen gehen hier einher mit Forderungen nach wirtschaftlicher Autarkie Deutschlands und einer antisemitischen Assoziationsrhetorik zum Thema Zinsen. Ein Dossier in Heft 10/2012 stand unter dem Titel: »Wie der Finanz-Vampirismus uns alle aussaugt«.
Geht es um die US-amerikanische Außenpolitik des zurückliegenden Jahrzehnts, bestimmen rechtsgewendete antiimperialistische Klischees den Diskurs. In Übereinstimmung nicht nur mit rechten Argumentationsmustern wird Israel und den USA vorgeworfen, die alleinige Verantwortung für die Eskalation der Kriege im Nahen Osten zu tragen.

Verschwörungslegenden

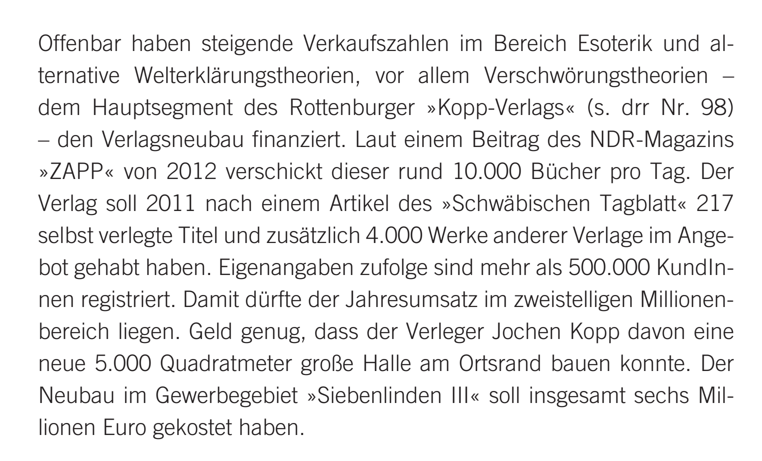
Wiederkehrendes Thema von »Compact« ist der Einfluss von Geheimdiensten auf Ereignisse der Zeitgeschichte. Zentraler Gegenstand verschwörungstheoretischer Betrachtungen ist dabei der NSU-Komplex. Eine Artikelserie und ein ganzes Sonderheft wurden diesem Thema gewidmet. Autor Kai Voss geht es dabei um den Nachweis, die Neonazis des NSU seien gar nicht die handelnden AkteurInnen der Mordserie gewesen. Den rechten Terror als Aktion eines Geheimdienstensembles aus CIA und Verfassungsschutz zu interpretieren, und somit neonazistische AktivistInnen als deren Handpuppen erscheinen zu lassen, diese Auffassung wird auch durch die NPD vertreten. Dass es nachweisbare Geheimdienstaktivitäten im engen Umfeld des NSU gab und der Verfassungsschutz eine politische Mitverantwortung für die Untaten des NSU trägt, wird hier zu einer breit angelegten Geheimdienstverschwörung ausgeschmückt, die mehr auf kausalen Zirkelschlüssen denn auf nachweisbaren Fakten beruht. Die Auffassung, die Gewalt gegen Deutsche sei gegenüber der rechten Gewalt das gravierendere Problem, wie im Juli-Heft diesen Jahres in einem Dossier erläutert, teilt die Zeitschrift mit anderen rechten Publikationen wie »Junge Freiheit« und »Sezession«. Als Quelle bezieht sich »Compact« hierbei auf das rechte Onlinelexikon »Metapedia«, welches seine Zahlen wiederum der vom neurechten Verlag »Edition Antaios« betriebenen Homepage »Deutsche Opfer – Fremde Täter« entnommen hat.
Die von Jürgen Elsässer, dem ehemaligen Wortführer antideutscher Publizistik, geleitete Zeitschrift verarbeitet linke Versatzstücke und ordoliberalen Diskurs in einer verwirrenden Mischung. Doch Schlüsselthemen wie Euro und Familienpolitik werden aus konsequent rechtskonservativer, eben »souveräner«, also nationalistischer Sicht kommentiert und eingeordnet. Bemerkenswert an der zweiten von ihm initiierten »Konferenz« ist die Zusammenstellung der ReferentInnen. Dass Peter Scholl-Latour sich gerne in Szene setzt ist nichts neues, auch die Teilnahme von Eva Herman, die ihre konservativen Thesen beim »Kopp-Verlag« veröffentlicht, ist folgerichtig. Etwas anders sieht es bei Frauke Petry und Thilo Sarrazin aus. Zwar teilen beide die ideologische Stoßrichtung der Konferenz; ob die Verbindung zu »Compact« sich – gerade für die AfD – auszahlen wird, bleibt abzuwarten. Ist sie doch gerade damit beschäftigt jegliche Verbindung zum rechten Lager abzustreiten. Als Gewinner steht jetzt schon Elsässer fest: Zusätzlich zu Eintrittspreisen von 35 Euro pro Person (AbonnentInnen) bis 400 Euro (VIP für nicht AbonnentInnen) kann er sich mit bekannten Namen schmücken.

»Kopp-Verlag« unter neuem Dach



Der schwäbische »Kopp-Verlag« hat im August 2013 am Ortsrand von Rottenburg neue Räumlichkeiten bezogen. Am Bau des neuen Verlagssitzes war auch eine Baufirma beteiligt, die Nazis aus dem Umfeld des NSU beschäftigt.

von Lucius Teidelbaum



Offenbar haben steigende Verkaufszahlen im Bereich Esoterik und alternative Welterklärungstheorien, vor allem Verschwörungstheorien – dem Hauptsegment des Rottenburger »Kopp-Verlags« (s. drr Nr. 98) – den Verlagsneubau finanziert. Laut einem Beitrag des NDR-Magazins »ZAPP« von 2012 verschickt dieser rund 10.000 Bücher pro Tag. Der Verlag soll 2011 nach einem Artikel des »Schwäbischen Tagblatt« 217 selbst verlegte Titel und zusätzlich 4.000 Werke anderer Verlage im Angebot gehabt haben. Eigenangaben zufolge sind mehr als 500.000 KundInnen registriert. Damit dürfte der Jahresumsatz im zweistelligen Millionenbereich liegen. Geld genug, dass der Verleger Jochen Kopp davon eine neue 5.000 Quadratmeter große Halle am Ortsrand bauen konnte. Der Neubau im Gewerbegebiet »Siebenlinden III« soll insgesamt sechs Millionen Euro gekostet haben.

Lokaler Gegenwind

Vor Ort erhielt Kopp im Jahr 2011 für die notwendige Baugenehmigung problemlos die Mehrheit der Stimmen im Stadtrat. Laut dagegen äußerte sich vor allem Alfred Bodenmiller (CDU), der für die kommunalpolitische Liste »Bürgerfreundliche Heimat« im Stadtrat sitzt und dort eine Fraktionsgemeinschaft mit dem Vertreter der Linkspartei bildet.

In einem empörten Artikel auf Kopp-Online wandte sich im Oktober 2011 der Kopp-Bestseller-Autor und antimuslimische Rechtspopulist Udo Ulfkotte (s. drr Nr. 117) zuerst gegen die Linkspartei und dann gegen deren vermeintlichen Vertreter Bodenmiller. Er benannte dabei fälschlicherweise den CDU-Abgeordneten als Linkspartei-Vorsitzenden in Rottenburg und veröffentlichte dessen Telefonnummer und Adresse mit der Empfehlung, sich doch selbst an den Stadtrat zu wenden. Gespiegelt wurde der Beitrag auch von dem Anti-Islam-Prediger Michael Merkle alias »Michael Mannheimer« aus Heilbronn auf dessen Blog zusammen mit einer Bild-Collage, die Bodenmillers Porträt mit einem fiktiven SED-PDS-Linkspartei-Ausweis verband. Das Publikum verstand den Wink, und es brach ein brauner Shitstorm über den Politiker herein, er erhielt sogar Morddrohungen.

Bodenmiller zeigte daraufhin Merkle wegen Beleidigung an und dieser wurde erstinstanzlich zu einer Geldstrafe von 2.800 Euro verurteilt, ist aber in Berufung gegangen. Merkles Anwalt war Michael C. Schneider aus Frankfurt, der auch für das rassistische Hetzportal »PI-News« schreibt. Im Umfeld von »PI-News« wird auch der Internet-Pranger »Nürnberg 2.0« betrieben, auf dem sich ein Steckbrief Bodenmillers findet. Der Name »Nürnberg 2.0« lehnt sich an die Nürnberger Prozesse an, in denen NS-Kriegsverbrecher zu Tode verurteilt wurden.

Statt ihrem derart angegriffenen Kollegen beizustehen, betonten viele LokalpolitikerInnen in der Diskussion um den Neubau, dass der Verlag ja nicht verboten sei und die Stadt die Steuereinnahmen und Arbeitsplätze benötige. Tatsächlich ist der Verlag ein größerer Arbeitgeber. Laut »Tagblatt« beschäftigt er derzeit 80 MitarbeiterInnen.

Kritisiert wurde auch, dass der »Kopp-Verlag« seit 2007 das Rottenburger Volleyball-Bundesligateam mitsponserte, woraufhin sich der Verlag im Februar 2013 aus der Finanzierung zurückzog. Der Geschäftsführer des TV Rottenburg, Norbert Vollmer, empörte sich daraufhin: »Es ist eine sehr böse Masche, alles was einem nicht gefällt, in die rechtsradikale Ecke zu stellen.«

Überregionale Unterstützung

Bei dem Neubau des Verlagshauses half eine von Thüringer Neonazis betriebene Baufirma mit. Die Firma »Chaosbau 24« hatte gemäß der Timeline ihrer inzwischen gelöschten Facebook-Präsenz im September 2012 am neuen Kopp-Verlagshaus mitgebaut. Unter dem Namen »Chaosbau 24« arbeiteten nach Erkenntnissen der Linkspartei-Landtagsabgeordneten Katharina König die beiden Thüringer Thomas Gerlach aus Meuselwitz bei Altenburg und André Kapke aus Magdala im Landkreis Weimarer Land. Beide können dem Umfeld des NSU zugerechnet werden. Daneben arbeitete ein weiterer Neonazi aus Jena auf dem Bau. Thomas Gerlach machte am 6. September 2012 ein Foto vom Verlagsgebäude und stellte es auf seinem Foto-Blog online.

Wehrte der Verlagschef Jochen Kopp anfangs noch ab und sah eine Verschwörung gegen sich im Gange (»Masche der Linken aus Tübingen, die mit Bodenmiller zusammenarbeiten«), so musste er später die Richtigkeit dieser Informationen zugestehen (»Ein sauberer Beweis«). Auch die für den Neubau verantwortliche Firma »Baresel GmbH« aus Stuttgart gab zu, dass André Kapke tatsächlich auf der Baustelle gearbeitet hat: »Er wurde von einem Nachunternehmer beauftragt, ohne uns davon in Kenntnis zu setzen. Dies verstößt gegen unsere Vertragsbedingungen«.

Die Erwerbstätigkeit von ostdeutschen Neonazis in Westdeutschland seit der Wende ist in Bezug auf die NSU-Mordserie generell zu wenig beleuchtet worden. Dabei geht es nicht nur um einen zeitweiligen Aufenthalt für ein paar Wochen, sondern auch um das jahrelange Niederlassen im Westen nach einem Umzug.

Lebensgefährlich verletzt

Neonazis haben im sachsen-anhaltischen Bernburg einen Imbissbetreiber lebensgefährlich verletzt. Am Abend des 21. September 2013 verließ der Mann, der in der Türkei geboren wurde, zusammen mit seiner Lebensgefährtin sein Schnellrestaurant im Bahnhof der Stadt. Eine Gruppe von neun jungen, alkoholisierten Männern beschimpfte den Mann rassistisch und verprügelte ihn so schwer, dass er später im Krankenhaus ins künstliche Koma versetzt werden musste. Die Polizei nahm die Männer am Tatort zunächst fest, ließ jedoch sechs wieder frei. ZeugInnen zufolge war jedoch die gesamte Gruppe am Angriff beteiligt. Drei Männer im Alter von 24, 28 und 29 Jahren, die alle aus dem benachbarten Schönebeck (Elbe) stammen, befinden sich noch immer in Haft. Gegen sie wird wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung ermittelt. Zwei von ihnen sind der Polizei als »rechtsmotiviert« bekannt.

Mertensacker gestorben

Adelgunde Mertensacker, Vorsitzende der Partei »Christliche Mitte« (CM) ist am 12. Oktober 2013 im Alter von 73 Jahren gestorben. Nur wenige Stunden zuvor war sie als Bundesvorsitzende der katholisch-fundamentalistischen Partei wiedergewählt worden. Zur Bundestagswahl 2013 war die CM zwar zugelassen worden, jedoch nicht angetreten. Im Juli diesen Jahres hatten LGBT-AktivistInnen Strafanzeige gegen Mertensacker gestellt. In einem Flugblatt der Partei heißt es unter anderem: »Homos haben mehr als sechs Millionen Aids-Tote zu verantworten, die sie ihrer widernatürlichen Lustbefriedigung geopfert haben.« Homosexuelle Beziehungen seien »naturwidrige Trieb-Verirrungen«. Nach Ansicht der AktivistInnen werden in dem Flugblatt Lesben und Schwule als kranke, egozentrische, sexsüchtige und unglückliche Menschen verunglimpft, was den Straftatbestand der Volksverhetzung erfülle.

Rommel, der Hund!

Wie die Polizeidirektion Hannover mitteilt, konnte sie am 23. Juli 2013 zwei Männer festnehmen, die in ein Möbelhaus eingestiegen waren. Die Einbrecher, die sich in einem Altpapiercontainer versteckten, hatten die Rechnung jedoch ohne die Spürnase des eingesetzten Polizeihundes »Rommel« gemacht. Ob der Vorname des Hundes Erwin lautet, ist nicht bekannt.

»Der Landser« am Ende

Die »Bauer Media Group« hat nach Kritik des US-amerikanischen Simon Wiesenthal Centers die zweiwöchig erscheinende Zeitschrift »Der Landser« eingestellt. In einem offenen Brief hatte das Wiesenthal Center ein Verbot der seit 1957 erscheinenden Publikation wegen Verherrlichung des Nationalsozialismus und Verharmlosung des Holocaust gefordert. Die Bauer Media Group hatte »Der Landser« 1970 mit dem Erich Pabel Verlag erworben und seitdem weitergeführt. Die Mediengruppe ließ nach der heftigen Kritik aus den USA ein Rechtsgutachten erstellen, welches zu dem Ergebnis kam, »Der Landser« stehe im Einklang mit den in Deutschland geltenden Gesetzen. Lediglich aufgrund der »Portfoliostrategie des Unternehmens« habe man sich nun dazu entschieden das Blatt einzustellen.

Nazi-Graffiti in Salzwedel

Unbekannte Neonazis haben in den Morgenstunden des 3. Oktober 2013 im sachsen-anhaltischen Salzwedel über 100 neonazistische Graffiti in der Altstadt gesprüht. Wenige Tage später gab die Polizei bekannt, sie hätte einen 21-jährigen Mann als einen der Tatverdächtigen ermittelt und dessen Wohnung durchsucht. Das Innenministerium sieht derweil »keine besondere Problemlage« in der Stadt. Die Reaktion des Innenministers Holger Stahlknecht (CDU): flächendeckende Videoüberwachung im Land – offen und verdeckt.

Neonazi-Präsident zurückgetreten

Nach kritischen Medienberichten ist Lars Weber, der Präsident des thüringischen Fussballvereins »Ballsportgemeinschaft Wismut Gera«, im Oktober diesen Jahres zurückgetreten. Laut einer Erklärung des Vereins sei »ein Imageschaden entstanden, der seine Ursache in der undifferenzierten Betrachtung hat« und nicht etwa in der Nähe des Präsidenten zur rechten Szene. So darf Weber laut eines Urteils des Thüringer Oberlandesgerichts aus dem Jahr 2008 als Neonazi bezeichnet werden. Die Sicherheitsfirma Webers, »Alpha DSD« mit Sitz in Gera, tritt weiterhin als Sponsor des Vereins auf. Der Nachwuchsleiter des Vereins Jens »Sascha« Seidel wurde ebenfalls abberufen. Über ihn hatte die »taz« berichtet, er habe Trainingseinheiten mit »Heil Hitler!« begonnen und mit »Sieg Heil!« beendet. Die gegnerische Mannschaft habe er bei einem Jugendturnier als »Judenschweine« beschimpft.

1.000 Neonazis feiern ungestört

Über 1.000 Neonazis konnten am 12. Oktober 2013 im fränkischen Scheinfeld ungestört beim »Live H8«-Festival zu RechtsRock feiern. Angekündigt waren im Vorfeld die Bands »Act of Violence«, »White Resistance«, »Division Germania«, »Faustrache« und »Überzeugungstäter« sowie Verkaufsstände von »PC-Records«, »Ansgar Aryan«, »Gjallarhorn-Klangschmiede« und »FSN-TV«. Organisator des braunen Musik-Spektakels war der NPD-Funktionär Patrick Schröder. Er wählte als Veranstaltungsort eine Diskothek, deren 28-jähriger Pächter Philipp S. als Sympathisant der rechten Szene gilt. Die Behörden vor Ort waren bereits vorab vom Konzert informiert, machten dieses jedoch bewusst nicht öffentlich. Die Neonazi-Szene feiert das Festival derweil als vollen Erfolg, »den man der nationalen Bewegung längst nicht mehr zugetraut hätte!«

Amphetamine und Waffen

Das Landeskriminalamt Thüringen hat am 29. August 2013 mehrere Immobilien durchsucht, die von Neonazis genutzt werden. Es handelt sich dabei um die Wohnungen von drei Beschuldigten in Crawinkel (s. drr Nr. 143), die Wohnung eines Beschuldigten im Erfurter Ortsteil Bischleben-Stedten und einen rechten Szenetreffpunkt in Ballstädt. Die Beamten fanden dabei unter anderem Maschinenpistolen, ein geklautes Smartphone und Amphetamine. Einer der Beschuldigten wurde aufgrund eines EU-Haftbefehls festgenommen, der aus den Ermittlungen österreichischer Sicherheitsbehörden im Kontext mit dem Neonazi-Projekt »Objekt 21« resultiert (s. drr Nr. 141). Ein weiterer Beschuldigter befand sich zum Zeitpunkt der Durchsuchung bereits wegen einer Verurteilung wegen Körperverletzung in Haft.

Klingendes Heldengedenken

Am 24. September jährte sich der Todestag von Ian Stuart Donaldson zum 20. Mal. Der 1993 bei einem Verkehrsunfall gestorbene Sänger der RechtsRock-Band »Skrewdriver« war einer der Gründungsväter der RechtsRock-Bewegung und deren zentraler Organisation, dem neonazistischen Musiknetzwerk »Blood & Honour«.

von Jan Raabe



»Es ist schon lange her, als noch die Mauer stand. Da hörten wir zum ersten Mal eine Band aus Engeland. Skrewdriver war ihr Name und wir flippten völlig aus. Und was wir alle dachten, dass sprach ihr Sänger aus. – Ian Stuart, du warst der Allerbeste. Ian Stuart, wir werden dich nie vergessen«, singt Michael Regener, besser bekannt als Kopf der Band »Die Lunikoff Verschwörung«, am 28. September 2013 in Charkow in der Ukraine. Hunderte von TeilnehmerInnen gedenken bei dem Lied des verstorbenen Sängers, Dutzende recken den Arm zum »Hitlergruß«. Die OrganisatorInnen des Konzerts gehören dem transnationalen Netzwerk »Blood & Honour« (B&H) an. Das 1987 unter der Federführung von Ian Stuart gegründete Netzwerk ist auf die Verbreitung neonazistischer Musik und die Durchführung ebensolcher Konzerte spezialisiert. In vielen Ländern sind die nationalen Divisionen der Organisation verboten, in Deutschland geschah dies 2000. Trotzdem existieren international in mindestens 20 Ländern Strukturen, welche jedoch teils unter anderem Namen, so zum Beispiel unter der Chiffre »28«, agieren. Ian Stuart Donaldson ist nicht nur als Gründer von B&H, sondern auch als politischer Aktivist und Musiker der unbestrittene Held des RechtsRock und vor allem von »Blood & Honour«.

Der Unfalltod Ian Stuarts 1993 – er war mit seiner Band auf dem Weg zu einem Konzert – wird in der Szene verschwörungstheoretisch als Mord durch Geheimdienste oder das »Weltjudentum« gedeutet, was Stuarts Bedeutung zusätzlich überhöht. Die Konzerte zu seinem Gedenken verklären ihn zum »Märtyrer«.

Musik mobilisiert

Mindestens ein gutes Dutzend solcher sogenannter »ISD-Memorial-Konzerte«, fanden im September und Oktober 2013 statt. Die Größe der Konzerte und die auftretenden Bands lassen teilweise Schlüsse über die aktuellen Dimensionen der nationalen Szene und deren Vernetzungs- und Organisationsgrad zu. Auf dem Konzert in der Ukraine spielten beispielsweise neben der deutschen »Lunikoff-Verschwörung« noch sechs weitere Bands. Darunter bekannte Namen wie »Sokyra Peruna« aus Weißrussland, »Warlord« aus England oder »Antisystem« aus Russland. Den Reigen der diesjährigen »ISD-Konzerte« eröffnete am 7. September 2013 »Blood and Honour Australien«, auch hier spielte neben den australischen Bands »Ravenous«, »Open Season« und »The Commiknockers« eine Band aus England, »Brutal Attack«. Es folgte sieben Tage später ein »ISD-Konzert« in der Tschechischen Republik auf dem einerseits Bands aus dem eigenen Land, aber auch Bands aus der Slowakei auftraten. Am Wochenende darauf fand in England, wie in den Jahren zuvor ein zweitägiges Festival statt. Vor ca. 600 TeilnehmerInnen, darunter nach Schätzungen 300 Deutsche, spielten vor allem englische Bands wie »Legion of St George«, »Brutal Attack«, »March or Die« oder »Whitelaw«. Als internationale Gäste standen »Sleipnir« (D), »Gesta Bellica« (IT) und »Aryan« (CAN) auf der Bühne. Organisiert wurde das Konzert von der englischen »Blood & Honour«-Sektion. Während das Konzert in England ohne Störung ablief, mussten die Schweizer »Blood & Honour«- Strukturen am 21. September, nachdem AntifaschistInnen den ursprünglichen Veranstaltungsort recherchiert hatten und damit an die Öffentlichkeit gegangen waren, und in der Folge die Polizei die Nutzung der Festhütte verhinderte, auf einen zweiten Veranstaltungsort ausweichen. Das Event fand dann in einem Berghaus in der Schweizer Gemeinde Ebnat-Kappel statt. Neben der Schweizer Band »Amok« traten »Preserve Wite Aryans« (Est), »Sniper« (FIN) und »Chingford Attack« (GB) vor 300 TeilnehmerInnen auf. »Blood & Honour Hexagone« in Frankreich organisierte wiederum eine Woche später sein »ISD-Konzert«. Angekündigt war nur eine französische Band (»Frakass«), je eine aus Deutschland und Italien (»Faustrecht« und »Still Burning Youth«) und gleich drei aus England (»Brutal Attack«, »March or Die«, »Blackout«). Zeitgleich war für Schweden ein Konzert der »Hammerskins« angekündigt, neben zwei schwedischen Bands standen hier die Deutschen von »Kommando Skin« und »Division Germania« auf dem Programm. Die italienischen »Veneto Fronte Skinheads«, welche ebenfalls zum »Blood & Honour«-Netzwerk gehören, luden am 5. Oktober zum Gedenkkonzert ein. Für den gleichen Tag wurde zu einem »ISD-Konzert« mit den amerikanischen Bands »Max Resist« und »White Knuckle Driver« in Kalifornien geladen, die Ankündigung verkündete aber verheißungsvoll »more international acts«.

Grenzüberschreitendes Bedeutung

Die aufeinander abgestimmte Konzertreihe belegt sowohl die weiterhin hohe internationale Bedeutung des »Blood & Honour«-Netzwerks als auch den hohen Vernetzungsgrad dieser Szene. Auch die hohe Zahl der Bands, welche international auftraten, belegt die engen transnationalen Beziehungen. Die Mobilisierungsfähigkeit ist dabei, wie das Konzert in England belegt, konstant hoch, jedoch von Land zu Land unterschiedlich. Das Konzert in der Ukraine verweist nochmal auf den Boom rassistisch-neonazistischer Jugendkultur auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Die hohe Präsenz der englischen Bands, welche ansonsten bei Konzerten der RechtsRock-Szene, die im laufenden Jahr stattfinden, nicht festzustellen ist, belegt den Status Englands als »Mutterland« des RechtsRock. Des Weiteren ist festzustellen, dass auch 13 Jahre nach dem Verbot der deutschen »Blood & Honour«-Sektion deutsche Bands weiterhin fest in das internationale Netzwerk dieser Organisation eingebunden sind.

»… manche Dinge sind einfach nicht unpolitisch«

»Antifaschismus und Rassismus sind fester Bestandteil meiner Songs und Musik«, sagt Manolis, der unter dem Namen MC Yinka in Griechenland Hip-Hop macht. Mit Pavlos Fyssas, den ein Neonazi am 18. September 2013 ermordete, stand MC Yinka seit sieben Jahren über Musik-Projekte in Kontakt. Für »der rechte rand« sprachen Barbara Manthe und John Malamatinas mit MC Yinka über Rassismus in Griechenland, das staatliche Vorgehen gegen die »Goldene Morgenröte« und die Reaktionen der Athener Hip-Hop-Szene auf den Mord.



drr: Manolis, was geschah nach dem Mord an Pavlos Fyssas?

MY: Am Anfang gab es einen Aufbruch. Am Tag des Mordes fand eine Demonstration am Tatort statt, an der ich teilgenommen habe. Ich war auch bei der Beerdigung, um von Pavlos Abschied zu nehmen. Es gibt bis heute immer noch Demonstrationen, vor allem in Athen; es herrscht ein allgemeiner Aufruhr. Wir versuchen nun, dass sich alle politischen, sozialen, antifaschistischen und antirassistischen Initiativen dem Kampf anschließen. Es war ein politisches Verbrechen und diejenigen, die es als unpolitisch darstellen wollen, sollen es schwer haben.

Sogar die Straße, in welcher der Mord stattfand, wurde in Pavlos-Fyssas-Straße unbenannt. Wäre Pavlos unter anderen Umständen getötet worden, im Rahmen eines einfachen Kneipenstreits, hätte das nicht denselben Effekt gehabt wie jetzt, denn diese Tat war Teil einer organisierten Aktion der Mörderbanden der »Goldenen Morgenröte«.

Die Gesellschaft war an einen Punkt gekommen, wo Giorgos Roupakias, der Mörder, ein Messer zog und dachte, dass sein Rücken gestärkt ist. Er dachte, er würde sauber aus der Sache rauskommen. Weil er und die anderen Mitglieder bis jetzt meistens sauber rausgekommen sind.

Was die staatlichen Stellen angeht: Alle versuchen die Situation für sich auszunutzen; sicher, es gibt auch großen Druck von außen. Griechenland wird die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen und es tut dem Image der Regierung nicht gut, wenn eine kriminelle Vereinigung im Parlament sitzt. Aber es ist schon etwas seltsam: Vor zwei bis drei Monaten hätte es nicht so eine Reaktion von der Seite des Staates gegeben.

Erstarkende Neonazis, wachsende Armut und eine rassistische Migrationspolitik: Ist die griechische Gesellschaft ein gefährliches Gemisch, das bald explodieren kann?

Seht mal, diese Entwicklungen sind nicht neu. Sie sind schon seit vielen Jahren zu beobachten, nur verschärfte sich die Situation in letzter Zeit. Noch schlimmer machen es polizeiliche Aktionen, die unter dem Namen »Xenios Zeus« (»Gastfreundlicher Zeus«) gegen »Illegale« laufen, und rassistische Pogrome, die tagtäglich auf den Straßen Athens stattfinden. Im letzten Jahr wurden im Land über 800 rassistische Vorkommnisse registriert. Und wenn einE MigrantIn eine Anzeige erstatten will, werden erstmal seine beziehungsweise ihre Aufenthaltspapiere verlangt. Es gibt eine allgemeine negative, rassistische Stimmung – wegen der Krise; aber auch wie die Regierung und die europäische Gemeinschaft mit dem Thema Migration umgehen, trägt dazu bei.

Das Außenbild Athens verändert sich, es verfällt, und das stört viele; dann hört man Aussagen wie »Die Ausländer sind schuld und nehmen uns die Jobs weg« oder »Als sie kamen, begann die Krise«.

Aber was ich sagen möchte ist, dass wir keine Explosion erwarten. Mit den Ereignissen nach dem Mord an Pavlos wurde die »Goldene Morgenröte« geschwächt, ihr Wahlpotential ist abgefallen. Jetzt können wir hoffen, dass die Prozente weiter sinken, vor allem, weil die Neonazis mit schweren Anklagen konfrontiert sind. In Agios Panteleimonas beispielsweise, einem Athener Stadtviertel, in dem es in der Vergangenheit rassistische Ausschreitungen gab, herrscht derzeit ein Klima nach dem Motto: »Das sind Neonazis und keine Patrioten.« Ich höre von vielen Leuten, dass sie nach dem Mord ihre Ansichten gewechselt haben.

Die HipHop-Szene hat nach dem Mord an Pavlos unter anderem eine Pressekonferenz organisiert …

Pavlos war in viele Musikinitiativen in der Stadt involviert. Er hatte das »Seven Sins«, einen Hip Hop-Club im Zentrum Athens, mit übernommen. Pavlos war einer der bekannteren Menschen der Hip-Hop-Szene und so etwas wie ein Bindeglied. Zu der gemeinsamen Pressekonferenz, die unterschiedliche Hip-Hop-Musiker organisiert hatten, wurde ich zwar eingeladen, war jedoch verhindert. Aber so wie sich die Pressekonferenz entwickelt hat, hat mich dieser Vereinigungsversuch der Hip-Hopper nicht so überzeugt. Die Veranstaltung hat meine Meinung nicht vollständig repräsentiert.

Warum nicht?

Bei der Pressekonferenz stand das Bild von Pavlos an erster Stelle. Es ist gut, dass es diese Initiative gab. Gestört hat mich jedoch, dass sie das eigentliche Thema nicht kümmert. Das Thema war für die einfach, dass unser Freund Pavlos ermordet worden ist. Aber das eigentliche Thema ist meiner Meinung nach, dass ein Faschist in einer Operation von Schlägertrupps einen Mord begangen hat. Und nicht, dass wir jetzt das machen, was Pavlos sich erträumt hat – die Vereinigung der Hip-Hop-Szene. Die ganze Hip-Hop-Szene/Bewegung soll ein Konzert organisieren im Namen von Pavlos. Gut, ich respektiere das. Sie waren Freunde und ich kann dazu nichts Schlechtes sagen.

Und es war gut, dass sie die Wochenzeitung »Proto Thema« kritisiert haben, die in heuchlerischer Manier Pavlos auf ihrem Titelblatt hatte. Eine Zeitung, die bisher immer einen Platz für die »Goldene Morgenröte« gehabt hatte. Trotzdem, ich sage als Manolis: Einige Sachen halten wir als Gemeinschaftsprojekt viel zu sauber, ohne politischen Charakter. Aber manche Dinge sind einfach nicht unpolitisch.

Vielen Dank für das Gespräch.

Kehrtwende in Griechenland?

Es brauchte den Mord an einem »echten Griechen«, bevor der Staatsapparat tätig wurde. Seit dem 28. September 2013 aber sitzen der Generalsekretär und Fraktionsvorsitzende der neofaschistischen »Chrysi Avgi« (Goldene Morgendämmerung), Nikos Michaloliakos, sein Parlamentskollege Giannis Lagos und eine Reihe Parteifunktionäre in Untersuchungshaft.

von Heike Schrader



^ *Protest gegen die Verhaftung der Führer von Chrysi Avgi im Oktober in Athen*

In der Nacht zum 18. September ermordete ein Neonazi in der griechischen Hafenstadt Piräus den 34-jährigen Antifaschisten und Rapper Pavlos Fyssas mit Messerstichen in Herz und Bauch. Auch der Täter befand sich unter den festgenommenen Mitgliedern von »Chrysi Avgi«, die zehn Tage später in Haft kamen. Pavlos Fyssas ist bei weitem nicht das erste Opfer der Schlägerbanden der »Goldenen Morgendämmerung«. Mindestens zwei Morde und eine ganze Reihe Mordversuche finden sich in der vom griechischen Ministerium für Öffentliche Ordnung und Bürgerschutz zusammengestellten Liste von Verbrechen, die mutmaßlich Mitglieder der neonazistischen Organisation begangen haben. Die Opfer waren ausschließlich MigrantInnen. An die Justiz ging die Liste allerdings erst nach dem Mord am Griechen Pavlos Fyssas.

Toleranz aufgegeben

»Der Aufstand der Bürger nach dem letzten Verbrechen und die großen antifaschistischen Demonstrationen zwangen die Regierung dazu, die politische ›Toleranz‹ gegenüber den Verbrechen der Organisation aufzugeben«, schreibt der bekannte griechische Journalist Dimitris Psarras in seinem Buch »Chrysi Avgi«. Der Angriff der Nationalsozialisten in Griechenland«, das im Dezember auf Deutsch erscheinen wird. Nun endlich raffe sich der Staat auf, »das zu tun, was bereits vor vielen Jahren hätte getan werden müssen, lange bevor die »Chrysi Avgi«, den Zerfall des Wohlfahrtsstaates und des politischen Systems in Griechenland in den letzten drei Jahren ausnutzend, ihre heutige Stärke erreichte.«
StarjournalistInnen und (Spitzen-)PolitikerInnen geben sich überrascht, wenn täglich »neue« Informationen über die Gräueltaten und paramilitärischen Strukturen der Nazibande bekannt werden: Immer mehr ehemalige und aktive Mitglieder der »Chrysi Avgi« nutzen die Chance, sich mit Aussagen vor dem ermittelnden Richter ins Zeugenschutzprogramm zu flüchten. Sie versuchen damit auch die Gefahr zu minimieren, wegen einer eventuellen eigenen Beteiligung an früheren Gewalttaten zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Umschwung bei Medien und Politik

Die meinungsbildenden privaten Fernsehkanäle (vor-)verurteilen nun dieselben Neonazis, die sie bis vor dem Mord an Fyssas noch als authentische, wenn auch etwas extreme Stimme hofiert hatten. So hatte der bekannte Journalist des großen privaten griechischen Fernsehsenders »SKAI« und der angesehenen konservativen Tageszeitung »Kathimerini«, Babis Papadimitriou, wenige Tage vor dem Mord an Fyssas angeregt, über eine Regierungseinbindung der »Chrysi Avgi« nachzudenken. Angesichts steigender Umfragewerte für die neonazistische Partei hatte Papadimitriou gesagt: »Warum sollten wir nicht die Unterstützung einer ernsthafteren »Chrysi Avgi« in einer konservativen Allianz akzeptieren – wie es jüngst in Norwegen der Fall war?« Die Angriffe der »Chrysi Avgi«-AnhängerInnen auf MigrantInnen waren dagegen bisher verschwiegen oder die These von Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Ausländerbanden verbreitetet worden. Auf einmal jedoch führen polizeiinterne Untersuchungen zur Suspendierung von Beamten, die mit den Neonazis gemeinsame Sache gemacht haben. Dabei hatten Linke und AntifaschistInnen immer wieder von PolizeibeamtInnen berichtet, die beispielsweise bei Anzeigen wegen Mietrückständen migrantischer MieterInnen die griechischen VermieterInnen direkt an die regionale Abteilung der »Chrysi Avgi« verwiesen. Fotodokumente und Zeugenaussagen belegen, dass mit Messern und Knüppeln bewaffnete Neonazis in Begleitung von BeamtInnen der Bereitschaftspolizei Jagd auf antifaschistische DemonstrantInnen machten.
Auch in der Politik ist nun eine Kehrtwende zu beobachten. Die Regierung, die vor kurzem noch eine Initiative für ein Gesetz zurückzog, das unter anderem die Leugnung des Holocaust und verbale rassistische Angriffe unter Strafe gestellt hätte, schreibt sich jetzt auf die Fahnen, der neonazistischen Gefahr ihren Stachel gezogen zu haben. Ein Umdenken in Sachen institutionellem Rassismus ist freilich nicht zu beobachten: Es bleibt bei Massenrazzien gegen dunkelhäutige oder als »ausländisch« klassifizierte Menschen, bei der Verweigerung der griechischen StaatsbürgerInnenschaft für im Lande geborene Kinder von MigrantInnen und beim Versuch, die Stimmen der als »Protestwähler« verharmlosten NazianhängerInnen mit rassistischen Aussagen einzusammeln.

Halbe Million AnhängerInnen

Erschreckend aber ist es, dass die Zahl der Menschen, die der Partei ihre Stimme geben würden, auch nach dem Mord an Fyssas nicht unter das Niveau der Wahlen im vergangenen Jahr gefallen ist. Zwar ist »Chrysi Avgi« in allen Umfragen von früheren Werten von bis zu 15 Prozent auf etwa sieben Prozent abgesunken. Dies entspricht ziemlich genau der Stimmenzahl, die ihnen 2012 18 Abgeordnete im Parlament und den erforderlichen Rückhalt für ihre Angriffe beschert hatte. Die griechischen Neonazis verfügen über fast eine halbe Million AnhängerInnen, die genau wissen, welcher Ideologie sie ihre Stimme – und eventuell auch mehr – geben.
Der erste Schritt in der Bekämpfung der neuen Neonazis sei gemacht, und selbst wenn sie wolle, könne die Regierung nun nicht mehr zurück, schreibt Autor Psarras. »Doch die Bekämpfung der rassistischen Ideen, der Intoleranz und des kriegerischen Nationalismus steht erst am Anfang.«

Sieger sehen anders aus

Anfangs schien es nicht so, als würde 2013 ein erfolgreiches Jahr für die parteiförmige extreme Rechte Österreichs: Die FPÖ hatte nach mehreren Wahlniederlagen auf Länderebene mit internen Verwerfungen zu kämpfen und ging nicht gerade gestärkt in den Nationalratswahlkampf. Am Ende stand sie jedoch wieder als Siegerin da, wenn auch nicht in befürchtetem Ausmaß.

von Heribert Schiedel

Drei Prozent konnte die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) bei der Nationalratswahl am 29. September 2013 dazugewinnen. Mit 20,5 Prozent wurde sie drittstärkste Kraft und erreichte doch keines ihrer ursprünglichen Wahlziele. Weder konnte sie die konservative »Österreichische Volkspartei« (ÖVP) überholen noch eine ÖVP-Mehrheit mit der »Sozialdemokratischen Partei Österreichs« (SPÖ) verunmöglichen. Zudem erlitten die »Freiheitlichen« in ihrem Hauptzielgebiet Wien sogar Stimmenverluste. Und im Vergleich zur vorherigen Wahl 2008 haben sie gemeinsam mit der rechtspopulistischen Abspaltung »Bündnis Zukunft Österreich« (BZÖ), das aus dem Nationalrat geflogen ist, bundesweit gar mehr als 100.000 Stimmen verloren. Dass sich FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache dennoch in Siegerpose warf, gehört zu seinem politischen Geschäft, braucht er doch den Nimbus der Stärke, ja Unbesiegbarkeit, um erfolgreich zu sein. Aber dass nach den Wahlen auch Linke in den Chor vom »Wahlsieger FPÖ« einstimmten, überrascht doch ein wenig.

Aus WählerInnenstromanalysen geht hervor, dass die Partei nur 69 Prozent der Stimmen von 2008 halten konnte und ihre Gewinne vor allem ehemaligen BZÖ-Stimmen verdankt. Ein Drittel von deren vormaligen WählerInnen wechselte zu den Freiheitlichen, während nur vier Prozent der SPÖ- und drei Prozent der ÖVP-WählerInnen nun für die FPÖ stimmten. Entsprechend dem »Gender-Gap« in der extremen Rechten wählten auch diesmal deutlich mehr Männer (28 Prozent) und weniger Frauen (16 Prozent) die »dritte Kraft«. In der Gruppe der Frauen bis zum Alter von 29 Jahren kam die FPÖ gar nur auf neun Prozent, in der männlichen Vergleichsgruppe jedoch auf 30 Prozent. Der idealtypische FPÖ-Wähler ist zusammengefasst immer noch ein junger Arbeiter ohne höhere Bildung mit pessimistischer Zukunftssicht, ausgeprägter Parteipolitikverdrossenheit, Law and Order-Mentalität, starken Vorbehalten gegenüber der Europäischen Union und vor allem mit Ressentiments gegenüber MigrantInnen. Diese schürte und bediente die Partei diesmal mit der Parole von der »Nächstenliebe«, die auf die »eigenen Leute« beschränkt bleiben solle.

Neonazi-Verstrickungen

Unter der 2005 beginnenden Obmannschaft Straches begannen sich die Berichte über Neonazi-Verstrickungen von Freiheitlichen zu häufen – in einem Ausmaß, das sogar Österreichs oberster Verfassungsschützer Peter Gridling unlängst von einem »politischen Skandal« sprechen ließ. Anfang 2013 rückte diesbezüglich vor allem die oberösterreichische FPÖ ins Zentrum des medialen Interesses: Einer ihrer Gemeinderäte veröffentlichte auf facebook Gedichte der »Hitler Jugend« und posierte im T-Shirt der Neonazi-Band »Ad Hominem«. Ein Ortsparteiobmann und –gemeinderat bezeichnete »Schindlers Liste« öffentlich als »jüdischen Propagandafilm«. Und ein weiterer Gemeinderat unterließ es, die Parteiführung über seine Vorstrafe zu informieren: Der damalige Neonazi war 2004 wegen gefährlicher Drohung zu einer Haftstrafe auf Bewährung verurteilt worden, weil er zwei Jahre davor in einer E-Mail dem damaligen wissenschaftlichen Leiter des »Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes«, Wolfgang Neugebauer, gedroht hatte, ihn umzubringen. Schließlich ist da noch der FPÖ-Klubchef im Linzer Gemeinderat, Sebastian Ortner: Eine Tageszeitung veröffentlichte Mitte April 2013 ein Video, das ihn Ende der 1980er Jahre bei einer der berüchtigten Wehrsportübungen von Gottfried Küssels »Volkstreuer außerparlamentarischen Opposition« (VAPO) zeigt. Dass Ortner – mit seinem damaligen Namen Müllegger – auf einer Liste Küssels als Kameradschaftsführerstellvertreter geführt wird, war bereits davor allgemein bekannt. Ortner betonte jedoch stets, er habe mit dem Neonazismus gebrochen und seit Anfang der 1990er Jahre keine Kontakte in die Szene mehr gehabt. Als dann publik wurde, dass er noch 1995 beim neonazistischen und kurz darauf behördlich aufgelösten »Verein Dichterstein Offenhausen« referiert hatte, meinte er, sein Ausstieg sei einer in Etappen gewesen. So sah es auch die Landesspitze seiner Partei, die Ortner weiterhin eine Chance zur Resozialisierung geben wollte. Nachdem aber durchgesickert war, dass der FPÖ-Politiker noch 2006 zu einem Treffen deutscher Neonazis nach Dresden gereist und dort vom NPD-Führungskader Holger Apfel mit Umarmung begrüßt worden war, musste Ortner alle Ämter zurück- und die FPÖ-Mitgliedschaft niederlegen.

Am Höhepunkt der jüngsten Neonazi-Skandalwelle in Oberösterreich sah sich FPÖ-Landesobmann Manfred Haimbuchner gezwungen, Maßnahmen gegen den »rechten Rand« zu versprechen: »Bevor man fragwürdige Leute aufstellt, ist es besser, niemanden aufzustellen. Ich werde aufräumen bei jenen Leuten, die am rechten Rand Probleme machen.« Ein paar Tage später antwortete Haimbuchner auf die Frage, warum »die nationalsozialistische Ideologie für freiheitliche Funktionäre so attraktiv« sei, es gebe in der FPÖ »tatsächlich ein Problem«, dem »man sich stellen« müsse: »Jede Partei hat einen Narrensaum. Die FPÖ hat eben diesen Narrensaum, den gibt es. Bei uns schaut man natürlich […] mit Argusaugen auf diesen Rechtsaußen-Rand. Ich gebe das offen zu, wir haben da ein Problem.«

Wie weit dieser Narrensaum mittlerweile bis ins Zentrum der Partei reicht, wurde zu Beginn der heißen Wahlkampfphase im August deutlich, als die geschlossene facebook-Gruppe »Wir stehen zur FPÖ« aufflog: Unter der Teilnahme von rund 150 Personen, darunter zahlreiche lokale FPÖ-Obleute und -Mandatare, wurden dort Postings veröffentlicht, in denen offen Adolf Hitler verehrt, Muslime und Andersdenkende mit Mord bedroht und Juden wüst beschimpft wurden. Auf Straches facebook-Seite war zu dieser virtuellen Neonazi-Gruppe zu lesen: »Engagierte Unterstützer unserer Gemeinschaft haben diese Gruppe auf die Beine gestellt. Finde ich toll!«. Nach ihrem Auffliegen wurde dieser Eintrag schnell wieder gelöscht. Die prominenteren Mitglieder wie der Wiener Klubobmann Johann Gudenus konnten sich nicht erklären, wie sie in die Gruppe gekommen waren und behaupteten, die inkriminierten Einträge nicht gelesen zu haben. Noch weniger Schuldbewusstsein zeigte FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl, der über die Berichterstattung zu diesem Skandal von einem »Schmuddeljournalismus ohne Substanz« und einer »konzertierte[n] Aktion von linken Agitatoren im laufenden Wahlkampf« sprach. Aber die FPÖ hatte ohnehin nichts zu befürchten, weigern sich doch mittlerweile die meisten Medien, die Partei als das zu bezeichnen, was sie ist – extrem rechts.

Innerparteiliche Verwerfungen

Nach ihren – vor allem dem Auftreten des autoritär-populistischen »Teams Stronach« zuzuschreibenden – Niederlagen bei den Landtagswahlen in Kärnten, Niederösterreich und Tirol wurden die bis dahin so siegverwöhnten »Freiheitlichen« von (mehr persönlich denn politisch mo-



tivierten) Fraktionskämpfen gebeutelt. Unter Burschenschaftern machte schon länger die Angst die Runde, Strache werde auf dem Weg zur politischen Macht gleich seinem einstigen Vorbild Jörg Haider zu viele inhaltliche und personelle Opfer bringen. Unüberhörbar wurde ihre Unzufriedenheit erstmals 2010, als Strache unter größter Geheimhaltung nach Israel reiste, wo er sich (vergeblich) um einen Koscher-Stempel seitens offizieller Stellen bemühte. Bereits davor stießen sich nicht wenige in der Partei daran, wie Strache im Bundespräsidentschaftswahlkampf 2010 der FPÖ-Kandidatin Barbara Rosenkranz in den Rücken fiel, nachdem sie öffentlich die (partielle) Abschaffung des NS-Verbotsgesetzes verlangt hatte – also nicht mehr tat, als die gültige Parteilinie zu vertreten. Die unter strengster Geheimhaltung zwischen Strache und den Kärntner BZÖ-Abtrünnigen im Juni 2010 verhandelte »Kooperation« sorgte ebenfalls für ein Rumoren unter »echten« Freiheitlichen, die sich überrumpelt fühlten. Aber erst nach den jüngsten Wahlniederlagen brachen die Konflikte wieder offen aus, zuerst in Niederösterreich, wo Rosenkranz gegen ihren Widerstand den Vorsitz abgeben musste. Dass ihr Nachfolger Walter Rosenkranz, »Alter Herr« der Burschenschaft »Libertas«, die bereits 1878 »judenrein« war und 2006 den neonazistischen »Bund freier Jugend« (BfJ) mit einem »Förderpreis« auszeichnete, gerade mal 65 Prozent der Delegiertenstimmen auf sich vereinen konnte, verweist auf die anhaltende Spaltung in der niederösterreichischen FPÖ. In anderen Ländern sieht es nicht viel besser aus: Im Burgenland wurde Straches Statthalter Johann Tschürtz am letzten Parteitag mit gerade mal 71 Prozent als Obmann bestätigt, in Tirol musste mit Gerald Hauser ein weiterer Strache-Mann nach jahrelangen parteiinternen Machtkämpfen und der Wahlniederlage vom April diesen Jahres den Sessel für den Korporierten Markus Abwerzger räumen.

Verharmlosungen

Einige Medien, allen voran das Boulevardblatt »Österreich«, das schon länger versucht, mit Strache und von diesem bestimmten bildhaften Inszenierungen Auflage zu machen, schreiben sich eine FPÖ nach ihrem Geschmack zu recht. Dazu behaupten sie etwa eine weltanschauliche Differenz zwischen dem Parteiobmann und der korporierten Entourage. Jüngst diente der (nicht ganz freiwillige) Rückzug von Martin Graf (Burschenschaft »Olympia«) aus dem Nationalrat als Beleg für die These, wonach Strache den Einfluss der Burschenschafter in der FPÖ wieder zurückdrängen wollen würde. Gegen eine angeblich von Strache gewünschte und versuchte Mäßigung der FPÖ sprach auch die Listenerstellung zur Nationalratswahl, fanden sich an wählbarer Stelle neben der völkischen Übermutter Barbara Rosenkranz doch so einschlägig Belastete wie Reinhard E. Bösch oder Hans-Jörg Jenewein. Bösch holte sich seine Schmisse bei der Wiener Burschenschaft »Teutonia«, die nicht weniger weit rechts außen steht als die berüchtigte »Olympia«. Die »Teutonia« hielt noch in den späten 1960er Jahren das »Judentum« für eine »biologische, kulturelle und wirtschaftliche Gefahr« und galt in den frühen 1990er Jahren aufgrund zahlreicher personeller Überschneidungen als korporierter Arm der neonazistischen VAPO. Jenewein wiederum referierte 2008 bei der »Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik« (AFP), der sogar vom Innenministerium attestiert wird, sie weise eine »ausgeprägte Affinität zum Nationalsozialismus« auf.

Auch Strache selbst machte deutlich, was von den kolportierten Behauptungen, die FPÖ würde im Wahlkampf etwas schaumgebremst agieren, zu halten ist: Hat er doch am Parteitag in Linz Mitte Juni angedroht, »als Kanzler dafür [zu] sorgen, eine Minuszuwanderung einzuführen« – also »Ausländer« ausweisen und deportieren zu wollen. Was die Stammklientel hören will, wollen (zu) viele GegnerInnen nicht wahrhaben. Anstatt sich offensiv mit dem Rassismus der »Freiheitlichen« auseinanderzusetzen, beschränken sie sich vielerorts darauf, der FPÖ fehlende Politikqualitäten anzukreiden. Oder, wie SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky einmal vorwarf: »Sie sind eine Risikopartei und das ist das Problem. Sie fahren Zick-Zack-Kurse und stehen für nichts.« Diese Ignoranz gegenüber den Inhalten der FPÖ paart sich dann oft mit einem allgemeinen Alarmismus, der dauernd den Faschismus wiederkommen sieht. Sie macht es der SPÖ heute auch so schwer, mit ihrer anhaltenden »Ausgrenzung« der FPÖ zu argumentieren. Als Grund für die eigentlich selbstverständliche Abgrenzung bleibt dann neben der Unberechenbarkeit nur die »antieuropäische« Haltung der FPÖ. Und so hat sich die SPÖ-Spitze die nach den jüngsten Wahlen vor allem von gewerkschaftlicher Seite betriebene Enttabuisierung der Zusammenarbeit mit der FPÖ selbst zuzuschreiben.

Blau-schwarze Regierung in Norwegen

Weitestgehend von der Öffentlichkeit unkommentiert ist Norwegen nach den Parlamentswahlen vom 9. September deutlich nach rechts gerückt. Zum ersten Mal ist die »Fremskrittspartiet«, in der Anders Breivik von 1999 bis 2006 Mitglied war, Teil der Regierung.

von Stein Lillevolden



Siv Jensen

Am meisten Aufsehen erregte in der Regierungserklärung die Einigkeit darüber, für abgewiesene AsylbewerberInnen geschlossene Heime zu errichten, die bisher unbewaffnete norwegische Polizei zu bewaffnen, Arbeitspflicht für SozialhilfeempfängerInnen sowie die Privatisierung bisher öffentlicher Aufgaben einzuführen. Es ist zweifelhaft, ob die blau-schwarze Regierung eine Mehrheit im Parlament für die Einführung geschlossener Heime für abgelehnte AsylbewerberInnen aufbringen kann – das norwegische Grundgesetz und internationale Verträge verbieten es, Menschen ohne Urteil festzusetzen. Aber selbst ein Kompromiss in dieser Sache würde eine Verschärfung der Politik gegenüber Flüchtlingen und ImmigrantInnen bedeuten. Die beiden Parteien »Venstre« und »Kristelig Folkeparti« stehen zwar für eine liberalere Flüchtlingspolitik, aber stützen die blau-schwarze Regierung aus dem opportunistischen Wunsch heraus, mehr Macht für sich zu gewinnen.

Ausreichendes Wahl-Ergebnis

Die »Fremskrittspartiet« (»Fortschrittspartei«) erzielte 16,3 Prozent der Stimmen – ein Rückgang von 6,6 Prozent gegenüber den Parlamentswahlen von 2009 – und ist somit die drittstärkste Partei im Parlament. Da die konservative Partei »Høyre« 9,6 Prozent zulegte und damit auf 26,8 Prozent kam, war das Ergebnis ausreichend, um ein blau-schwarzes Regierungsprojekt auszuhandeln. Eine Mehrheit im Parlament ist allerdings abhängig von der Unterstützung der liberalen Partei »Venstre« (5,2 Prozent) und der christdemokratischen Partei »Kristelig Folkeparti« (5,6 Prozent). Nach langen Verhandlungen wurde klar, dass die beiden kleinen Parteien an einer Koalitionsregierung nicht teilnehmen wollen, aus Furcht davor ihre WählerInnen würden sie für die Politik der beiden großen rechten Parteien verantwortlich machen.

Autoritärer Populismus

Die »Fremskrittspartiet« ist seit ihrer Gründung 1973 eine Symbiose von zwei widersprüchlichen Richtungen: einem autoritären nationalkonservativen Rechtspopulismus und einem neoliberalen Wirtschaftsflügel. Die Partei entstand aus Anders Langes »Steuerverweigerer- und Antiestablishmentpartei«, die der »Fremskridtspartiet« von Mogens Glistrup, dem Vorläufer der »Dansk Folkeparti« (»Dänische Volkspartei«, DF), ähnelte. Die Verwandtschaft mit der DF bestreitet die norwegische »Fremskrittspartiet« jedoch heftig und nennt die dänische liberale Partei »Venstre« ihre Schwesterpartei, da die DF zu extrem sei und keine liberale ökonomische Politik führe.

Anders Lange starb 1974, ein Jahr nachdem seine Steuerverweigererliste ins Parlament gewählt wurde, worauf Carl I. Hagen, Direktor der Zuckerfirma »Tate&Lyle«, die Parteiführung übernahm. In der Folge wurden wirtschaftsliberale Modelle Bestandteil der populistischen Rechtspartei. Zugleich war Carl I. Hagen ein zynischer Populist, der schnell einen Nutzen darin sah, Stimmung gegen die Immigration zu machen. ImmigrantInnen und AsylbewerberInnen als die große Bedrohung von Sicherheit und Wohlstand wurden das alles überschattende politische Thema der Partei (s. drr Nr. 122), das ihr Zulauf verschaffte. Parallel wurden die liberalen »Milton Friedman«-AnhängerInnen systematisch aus der Partei gedrängt, da sie auf die Bevölkerung in einem sicheren Wohlstandsstaat abschreckend wirkten.

Hagen führte seine Partei autoritär und entfernte alle, die seiner Position gefährlich werden konnten. Auch nach außen war er so dominant, dass keine andere Partei eine Zusammenarbeit mit ihm wünschte. Schließlich trat er 2006 zurück, um dem weiteren Erfolg der Partei nicht im Wege zu stehen. Siv Jensen wurde neue Parteivorsitzende (s. drr Nr. 109), nachdem sie Hagen mehrere Jahre lang loyal unterstützt hatte. Obwohl sie dem wirtschaftsliberalen Flügel nahe steht, war sie immer anpassungsfähig und greift zu populistischen Angriffen, wenn diese von Nutzen sind.

Doppelkommunikation

Der ehemalige Vorsitzende Carl I. Hagen mischte auch im aktuellen Wahlkampf mit. Allen Versuchen, die die »Fremskrittspartiet« unternahm, um die strittigsten Themen abzuschwächen, wirkte er entgegen. Er sprach jedesmal das »Ausländerthema« an, wenn Siv Jensen es niederspielte, und er benutzte den Chef der Oslo-Abteilung seiner Partei, Christian Tybring-Gjedde, dazu, den Schwerpunkt des Wahlkampfes auf die »schleichende Islamisierung« der Gesellschaft und andere rassistische Themen zu legen.

Dadurch entstand eine Doppelkommunikation, in der die alte Führung ihren klassischen, populistischen Wahlkampf führen konnte, während Siv Jensen und die »neue« Führung gegenüber den anderen Parteien verantwortungsvoll und moderat auftraten. Diese Doppelkommunikation hat ohne Zweifel einen positiven Effekt auf die Wahlergebnisse und die nachfolgenden Verhandlungspositionen gehabt. Innerhalb der Partei hat diese jedoch auch zu Spannungen geführt, die sich schnell zu Unruhen entwickeln können, wenn die »verantwortungsvolle« Linie nicht zu Resultaten in den politischen Kernfragen der »Fremskrittspartiet« führt.

Allein die Tatsache, dass die »Fremskrittspartiet« zum ersten Mal als regierungswürdig angesehen wird, signalisiert eine gefährliche Entwicklung. Immerhin wird die »Fremskrittspartiet« in so hohem Maße mit ihrem Widerstand gegen MigrantInnen und insbesondere MuslimInnen identifiziert, dass sie diesen stellenweise im Wahlkampf gar nicht anzusprechen brauchte.

Ausstieg bei der EDL

Die Mitbegründer und Anführer der »English Defence League« (EDL), Stephen Yaxley-Lennon und Kevin Carroll, haben die islamfeindliche Organisation verlassen. Yaxley-Lennon, der unter dem Pseudonym Tommy Robinson auftritt, begründete seine Entscheidung damit, er könne die »extremistischen Elemente« in der EDL nicht mehr kontrollieren. Er habe die Gefahren des »rechten Extremismus« erkannt und möchte nun auf islamistische Ideologie statt mit Gewalt mit besseren, demokratischen Ideen reagieren. Demonstrationen seien kein geeignetes Mittel für seine politischen Zwecke und nicht mehr länger produktiv. Bei Märschen der EDL war es in der Vergangenheit regelmäßig zu gewalttätigen Ausschreitungen und Übergriffen gekommen. Im Vereinigten Königreich wird der »Ausstieg« von AntifaschistInnen kritisch beäugt. Yaxley-Lennons Gründe für den Ausstieg seien lediglich persönlicher Natur. An den politischen Einstellungen und dem Hass der beiden ehemaligen EDL-Anführer gegenüber MuslimInnen habe sich nicht viel geändert. Es wird vermutet, es handele sich bei dem Rücktritt lediglich um eine PR-Aktion. Stephen Yaxley-Lennon hat bereits die Gründung einer neuen Partei angekündigt.

Uneinsichtig bis zum Tod

Der Nazi-Kriegsverbrecher Erich Priebke ist am 11. Oktober 2013 im Alter von 100 Jahren im Hausarrest in Rom gestorben. Eine geplante Trauerfeier bei der erzkonservativen Pius-Bruderschaft wurde nach heftigen Protesten wieder abgesagt. Der Ort seines Grabes wird bislang geheim gehalten. Priebke hatte bis zu seiner Auslieferung 1995 unbehelligt in Argentinien gelebt. 1998 wurde er wegen seiner maßgeblichen Beteiligung am Massaker in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom im Jahr 1944 zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Bei dem Kriegsverbrechen waren 335 Menschen getötet worden (s. drr Nr. 144). Seine Strafe verbüßte der frühere SS-Hauptsturmführer im Hausarrest bei seinem Anwalt Paolo Giachini. Bis zu seinem Tod verteidigte er seine Taten und entschuldigte sich nicht.

Noch ‘ne Nazi-Partei

Am 28. September 2013 hat sich in Heidelberg die Neonazi-Gruppierung »Der dritte Weg« gegründet. »Ein Dutzend Aktivisten aus dem gesamten Bundesgebiet« haben sich dafür zusammengefunden, heißt es auf der Internetseite der selbsternannten »nationalrevolutionären« Partei. Ziel der Partei sei die Schaffung eines deutschen Sozialismus, fernab von ausbeuterischem Kapitalismus wie gleichmacherischem Kommunismus. Ein drohender Volkstod müsse abgewendet werden. Zudem wird im Zehn-Punkte-Parteiprogramm die »Einführung der Todesstrafe für Kindermord und andere Kapitalverbrechen« und die »friedliche Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen« gefordert. Unter der Überschrift »Heimat bewahren« heißt es dort weiter: »Zur Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes sind die Überfremdung Deutschlands und der anhaltende Asylmißbrauch umgehend zu stoppen. Kriminelle sowie dauerhaft erwerbslose Ausländer sind aus Deutschland stufenweise auszuweisen.« Geleitet wird die Partei laut »Blick nach rechts« vom ehemaligen NPD-Funktionär Klaus Armstroff aus dem rheinland-pfälzischen Weidenthal.

Jagd auf MigrantInnen

Anfang Oktober 2013 ist es in der russischen Hauptstadt Moskau zu rassistischen Ausschreitungen gekommen. Hintergrund ist der Tod eines jungen Russen Anfang Oktober, der laut seiner Freundin von einem »Nicht-Russen« erstochen wurde. Auf Bildern einer Überwachungskamera wollen viele Menschen den Tatverdächtigen aufgrund seines Aussehens als »Migrant aus Zentralasien oder dem Kaukasus« erkannt haben. Im Stadtteil Birjuljowo lieferten sich daraufhin tausende BürgerInnen zusammen mit organisierten Neonazis Straßenschlachten mit der Polizei. Sie forderten lautstark die Ausweisung von GastarbeiterInnen und versuchten einen Gemüsemarkt zu stürmen, auf dem vorwiegend MigrantInnen arbeiten. Die russischen Sicherheitskräfte griffen als Reaktion auf die rassistischen Unruhen konsequent durch – gegen die MigrantInnen. Es wurden Suchaktionen gegen »illegale« EinwanderInnen gestartet, zum Teil auch durch Bürgerwehren. Rund 1.200 GastarbeiterInnen wurden vorübergehend festgenommen. Zudem wurde der Gemüsemarkt für mehrere Tage geschlossen. Rassistische Parolen dominierten auch die im September stattgefundene Bürgermeisterwahl in Moskau.

Neonazi wegen Mord verurteilt

Der als »Maschsee-Mörder« bekannt gewordene Neonazi Alexander K. wurde am 23. Oktober 2013 vor dem Landgericht Hannover zu zwölf Jahren Haft verurteilt und in eine Psychiatrie eingewiesen. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass er im Jahr zuvor eine 44-jährige Prostituierte, nachdem sie sich über seine rechten Ansichten lustig gemacht hatte, erst erstochen, dann zerstückelt und danach die Leichenteile in den Maschsee geworfen hatte. Alexander K., der sich im Internet als Nazi-Rapper darstellte, sei jedoch aufgrund seiner schweren Persönlichkeitsstörung sowie wegen seines Alkohol- und Drogenmissbrauchs erheblich vermindert schuldfähig. Ein psychiatrischer Sachverständiger attestierte dem 25-Jährigen ein hohes Rückfallrisiko, er sei schwer therapierbar und von Gewalt- und Tötungsfantasien besessen. In der Wohnung hatten die Fahnder unter anderem ein Foto des norwegischen Mörders Anders Breivik gefunden. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, die Verteidigung hat angekündigt in Revision zu gehen.

Bombenpläne gegen Antifa?

Vier Neonazis aus Baden-Württemberg sollen den Plan gehabt haben, eine Bombe mit Hilfe eines ferngesteuerten Flugzeugs über einer antifaschistischen Kundgebung abzuwerfen. Die Polizei hatte Anfang September 2013 in Freiburg und in den Kreisen Freudenstadt und Emmendingen einen Szenetreff sowie die Wohnungen der Verdächtigen durchsucht. Sie fand dabei einen funktionsfähigen Sprengsatz, der laut LKA in einem Umkreis von 20 bis 30 Metern Menschen schwer bis tödlich verletzt hätte und mehrere Modellflugzeuge. Der mutmaßliche Drahtzieher der Aktion, der 23-jährige wohnungslose Oliver R., befindet sich seit der Razzia in Untersuchungshaft. Er hatte am 31. August 2013 bei einer Demonstration der Neonazi-Partei »Die Rechte« in Dortmund einen Sprengkörper in Richtung von Gegendemonstranten geworfen und dabei fünf Personen verletzt. Die drei weiteren Tatverdächtigen sind der 22-jährige Karl W. aus Baiersbronn bei Freudenstadt, der 24-jährige Sascha H. aus Freiburg und der 42-jährige Robert E. aus Malterdingen bei Emmendingen.

Verfassungsschutz versus Demokratie

von Sören Frerks

Der Begleitband zur Tagung »Wer schützt die Verfassung?«, die Anfang 2013 in Dresden stattfand, ist umfangreich und die darin enthaltene Kritik der AutorInnen aus Politik, Journalismus und Wissenschaft am Verfassungsschutz reicht weit: von den Skandalen des Geheimdienstes und deren Aufklärung, über das politische System, das die Dienste trägt, bis hin zur Frage nach der Notwendigkeit einer Reform der Demokratie.
Claus Leggewie und Horst Meier räumen mit einem vorschnellen Urteil auf: Nicht der Verfassungsschutz selbst ist die Wurzel des Problems unkontrollierbarer Geheimdienste, sondern der Kampfbegriff »Freiheitlich demokratische Grundordnung«. Er ermöglicht die Diskreditierung jeder verdächtigen Opposition durch Extremismustheorie und ideologisches Gutdünken. Das ändert nichts an ihrer Forderung nach Abschaffung des Spitzelapparates. Denn der Verfassungsschutz ist »eine politische Behörde der jeweiligen Regierung«, wie Heribert Prantl festhält. Das Versagen gegenüber Neonazis, das weit vor der Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) begann, ist folgerichtig, denn die antikommunistischen Grundfesten der Dienste machten den Kampf gegen Links zum Kerngeschäft.
Die Überlegungen, wie ein »Nach den Diensten« aussehen kann, werden in einigen Aufsätzen leider vom realpolitischen Rahmen gebremst. Derweil nutzt das CDU/CSU-geführte Innenministerium das allgemeine Dilemma. Statt den Verfassungsschutz abzuschaffen, gelingt den Konservativen der totalitäre Schachzug: noch mehr Anti-Extremismus-Zentren und eine Stärkung des Bundesamtes. Gleichzeitig sehen sich die Ausschüsse weitreichender Geheimhaltung und zahlreichem Quellenschutz gegenüber. AutorInnen der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE legen dar, wie lückenlose Aufklärung verhindert wurde beziehungsweise wird. Sie berichten von Vertuschung und Aktenvernichtung. Obgleich eine Systematik schwer nachzuweisen ist, ist klar, »dass der Geheimdienst massiven Einfluss auf die Strafverfolgung nahm«. Das Fazit: seit den 1990er Jahren hat sich wenig verändert.
Auch die Artikel zum Verfassungsschutz in den Bundesländern, dessen Agitation in der politischen Bildung und die Plädoyers zur Stärkung der Zivilgesellschaft wollen weiterdenken und das nicht nur auf dem Papier. Damit ist das Buch ein wichtiger Beitrag zur aktuellen Debatte.

Weiterdenken – Heinrich Böll Stiftung Sachsen (Hg.): Wer schützt die Verfassung? Demokratie und die Zukunft des Verfassungsschutzes. Dresden: Eigenverlag, 2013, 236 Seiten. Kostenfreier Download unter www.weiterdenken.de

AfD auf dem Prüfstand

von Margarete Schlüter

Mit Parolen wie »Mehr Brüssel = weniger Demokratie« oder »Einwanderung ja. Aber nicht in unsere Sozialsysteme!«, Wahlkampfveranstaltungen und einer Demonstration bestritt die »Alternative für Deutschland« (AfD) den Wahlkampf für die Bundestagswahl am 22. September. Mit 4,7 Prozent verpasste die AfD nur knapp den Einzug in den Bundestag. Seit der Parteigründung im April 2013 wird kontrovers diskutiert: Ist die AfD als eine rechtspopulistische Partei einzuordnen?
Im Auftrag der »Heinrich Böll Stiftung« arbeitet der Rechtspopulismusforscher Alexander Häusler »den Grad, den Einfluss und die Bedeutung rechtspopulistischer, rechtskonservativer und marktradikaler Politikvorstellungen in der AfD« heraus. Ausgehend vom Vergleich der traditionellen extremen Rechten mit der modernisierten Rechten, den RechtspopulistInnen, untersucht er, ob die AfD in der Bundesrepublik Deutschland die bisherige rechtspopulistische Lücke zu schließen vermag. Häusler beginnt bei dem politischen Entstehungskontext der AfD wie auch deren Vorläuferorganisation, der »Wahlalternative 2013«. Im Anschluss daran werden die Struktur, der Aufbau, das Parteiprogramm, das Führungspersonal, das parteipolitische Umfeld und das WählerInnenklientel der AfD beleuchtet. Durch die Darstellung der politischen Entwicklungen in ausgewählten Landesverbänden wird deutlich, dass die AfD – allen ihren Bekundungen, weder rechts noch links zu sein, zum Trotz – über Personal verfügt, das bei der Partei »Die Republikaner« oder »Die Freiheit« aktiv war, Mitglied in Burschenschaften ist oder aber in rechten Zeitschriften publiziert. Von Bedeutung ist daher auch die vorgenommene Analyse der Reaktionen im rechten Spektrum, die von Abgrenzung bis Hoffnung auf die Etablierung einer neuen rechten Partei reichen. Anschließend beurteilt Häusler das Ergebnis bei der Bundestagswahl und gibt einen Einblick in das WählerInnenmilieu und die WählerInnenwanderungen. Als Ergebnis hält er fest, dass die AfD sich derzeit noch in der Konsolidierungsphase befinde und aufgrund dessen keine umfassende Bewertung vorgenommen werden könne. Inwiefern die herausgearbeitete Tendenz zu einer rechtspopulistischen Ausrichtung sich verfestigen wird, hängt nicht zuletzt von ihrer »politischen Aufstellung zu den kommenden Wahlen zum Europaparlament sowie den ebenfalls 2014 stattfindenden Landtagswahlen ab«.
Die Studie ist eine der wenigen umfassenden Untersuchungen zur AfD und eignet sich besonders für die Debatte um die politische Einordnung dieser jungen Partei und deren WählerInnenklientel.

Heinrich Böll Stiftung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Die »Alternative für Deutschland« - eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung. Düsseldorf: Eigenverlag, 2013, 94 Seiten. Kostenfreier Download unter: www.boell-nrw.de/downloads/AFD_Studie_FORENA_HBS_NRW.pdf

Der lange Schatten der »Goldenen Morgenröte«

von Sören Frerks

Mit der Broschüre »Neonazistische Mobilmachung im Zuge der Krise« von Dimitris Psarras ist nun eine der wenigen deutschsprachigen Analysen zum Aufstieg der »Chrysi Avgi« (CA, »Goldene Morgenröte«) in Griechenland erschienen – wurde die Partei doch »von den meisten politischen Beobachtern bis 2012 völlig unterschätzt«.
Im selben Jahr verzeichnete sie einen enormen Stimmenzuwachs von 0,29 Prozent (2009) auf 6,97 Prozent. Dimitris Psarras betont, dass damit nicht wie in anderen Teilen Westeuropas eine neurechte oder postfaschistische, sondern eine strikt nationalsozialistische Partei die politische Bühne betreten hat. Während sie im Parlament die Austeritätspolitik stützt, ist ihre Politik der Straße offene Gewalt, organisiert durch eine ›halbmilitärische‹ Struktur im Inneren.
Psarras schafft es, nicht nur das ideologische Porträt, sondern den langen Schatten der CA nachzuzeichnen, der hinter ihrem derzeitigen Erfolg liegt. Das Resümee: seit dem Metaxas-Regime 1936-1940 kungelt die griechische Gesellschaft und Politik mit Nationalismus, Rassismus und faschistischen Organisationen – darin liegt der Ursprung der »Goldenen Morgenröte«.
Sie griff eine anti-makedonische Stimmung auf, die seit den 1990er Jahren keimte, wie auch einen sich ausbreitenden Antisemitismus. Fremdenfeindlichkeit ist in Europa nirgendwo stärker verbreitet und Selbstjustiz gegen MigrantInnen ist mittlerweile en vogue. Ähnlich klingende Parolen gehören denn auch zum Repertoire der beiden Volksparteien, die sich strategisch der »politischen Agenda von LAOS angenähert“ haben und diese erste rechte Partei Griechenlands 2011 an der Regierung beteiligten – ein Fanal. Allesamt Türöffner, welche die CA zu nutzen wusste und daher unter prekär Beschäftigten, Erwerbslosen und UnternehmerInnen 2012 ihre WählerInnenschaft fand.
Ob die apokalyptischen Analogien, die Psarras zur Weimarer Republik und der Geheimorganisation »Gladio« in Italien zieht, unwirklich oder nah an der Realität eines ›tiefen Staates‹ sind, bleibt ungewiss. Klar ist: dieser Beitrag war längst überfällig. Eine umfangreiche Fortsetzung erscheint im Dezember im Laika Verlag, Edition Provo.

Rosa Luxemburg Stiftung (Hg.): Neonazistische Mobilmachung im Zuge der Krise. Der Aufstieg der Nazipartei Goldene Morgenröte in Griechenland. Berlin: Eigenverlag, 2013, 50 Seiten. Kostenfreier Download unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_Neonazistische_Mobilmachung.pdf

der rechte rand ist ein Magazin von und für AntifaschistInnen.
Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
6 Ausgaben pro Jahr: 18,- Euro (Inland) mit Lastschriftverfahren,
20,- Euro ohne Lastschriftverfahren
Abo der rechte rand, Postfach 304180, 20324 Hamburg
Postgiro Hannover, BLZ 250 100 30, Konto 44 55 86 - 301

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift der rechte rand bis auf Widerruf.
Ab der nächsten Ausgabe möchte ich für 6 Ausgaben ein
[ ] Inlandsabo für 18,- Euro
[ ] Auslandsabo für 25,- Euro
[ ] Soli Inlandsabo für 25,- Euro
[ ] Super Soli Inlandsabo für 50,- Euro bestellen.
Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter. Wir verschicken frühzeitig eine E-Mail als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige E-Mail-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der E-Mail-Adresse sind umgehend mitzuteilen.

Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen. Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.
Dieses Formular ist nur mit Unterschrift, Adresse (inkl. E-Mail-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an die oben genannte Adresse oder per Mail an: abo@der-rechte-rand.de schicken.
Danke für die Bestellung und viel Spaß beim Lesen.
Redaktion
der rechte rand

Name ____________________ E-Mail-Adresse ________________________
Anschrift ____________________ Unterschrift ________________________

Photos

Medienservice Erzgebirge – Daniel Unger (Titelbild, Seite 3)
Christian Ditsch/version-foto.de (Seite 5)
Mark Mühlhaus/attenzione (Seiten 6, 31)

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Herausgeber: Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr. 16, 30161 Hannover

Postanschrift und Aboverwaltung:
Magazin der rechte rand
Postfach 304180, 20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: Interdruck Berger und Herrmann GmbH
Erscheinungsweise: 6x im Jahr